



30. Jahrgang · 2003 · Heft 4

Franz Steiner Verlag

Vierteljahreszeitschrift für
Stadtgeschichte, Stadtsoziologie,
Denkmalpflege und Stadtentwicklung

Begründet von Otto Borst



Schwerpunkt:

Stadtkultur. Tradition im Wandel

Herausgegeben von August Gebeßler und Hans Schultheiß



Stadtkultur

Tradition im Wandel

Herausgegeben von August Gebeßler und Hans Schultheiß

Abhandlungen

AUGUST GEBESSLER / HANS SCHULTHEISS, Editorial	295
HERMANN GLASER, Die aufgehobene Stadt. Von der Erhaltung, Überwindung und Weiterentwicklung kultureller Traditionen im Netz der Globalisierung	297
ERIKA SPIEGEL, Baukultur oder Baukulturen? Zum Verhältnis von Architektur und „anonymem Bauen“ in Tradition, Moderne und Nachmoderne	309
ADELHEID VON SALDERN, Stadtfeiern im 20. Jahrhundert	324
BRUNO FLIERL, Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands. Realität und Metapher aufgehobener Geschichte?	349
KURT FLURI, Die Kulturpolitik der Stadt Solothurn (Schweiz)	371
HERMANN VOGLER, Städtepartnerschaften. Ein Beitrag zum kulturellen Selbstverständnis	377
Autoren	382

Forum

DIETER J. MEHLHORN, Noch ist das Kieler Schloss nicht gerettet.....	383
WINFRIED MÖNCH, Von der Treppe zur Scalalogie. Die Gesellschaft für Treppenforschung	386
HARALD KEGLER, Council für the European Urbanism. Gründung eines europäischen Netzwerks für Städtebaureform	387

Besprechungen

SUSANNE GÄNSHIRT-HEINEMANN, Der Krögel. Die Entdeckung und Ästhetisierung der Altstadt Berlins in Fotografien 1887 bis 1938 (Felix Escher).....	390
JOST LÜBBEN, Die Norddeutsche Zeitung 1895 bis 1933/45 (Rainald Schröder) ...	391
OLAF SCHULZE, „Zum Nutzen und Bequemlichkeit der Einwohner“. Geschichte der Pforzheimer Zeitungen (Rainald Schröder).....	391
HELMUT ERFURTH, Zwischen Biedermaier und Bauhaus. Ein Rundgang durch das historische Dessau (Winfried Mönch)	394
KLAUS JORDAN, Bibliographie zur Geschichte des Festungsbaues von den Anfängen bis 1914 (Winfried Mönch)	395
MATTHIAS STEINBACH, Abgrund Metz. Kriegserfahrung, Belagerungsalltag und nationale Erziehung im Schatten einer Festung (Daniel Hohrath)	396
FRANK HATJE, „Gott zu Ehren, der Armut zum Besten“. Hospital zum Heiligen Geist und Marien-Magdalen-Kloster in der Geschichte Hamburgs (Robert Jütte).....	398
ANDREW LEES, Cities, Sin an Social Reform in Imperial Germany (Matthias Weipert)	399

Stadtkultur. Tradition im Wandel

Editorial

Unter großem Zuspruch veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ ihre Internationale Städtetagung 2003 in ihrer Mitgliedsstadt Rostock zum Thema: „Stadtkultur. Tradition im Wandel“. Da der inhaltliche Bogen der Tagung bis hin zu der Frage geführt wurde, welches die Prämissen unerlässlicher Kulturpolitik in unseren Städten heute sein könnten oder sein müssten, war die Aufmerksamkeit von Seiten Kommunalverantwortlicher besonders groß. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Sparsituation in den Haushalten der Städte erwartete man Anregungen und Argumente für eine eigene verantwortungsbewusste Kulturpolitik. Einhellig endete die Tagung mit dem Wunsch der Teilnehmer nach einem Tagungsband, um sich mit manchen der vorgetragenen Gedanken erneut oder weiter beschäftigen zu können.

Augenfällig wurde, dass kulturelles Stadtleben nicht mehr wie ehemals in erster Linie mit bürgerlich-gesellschaftlichen Ansprüchen zu tun hat, mit Ansprüchen nach gepflegtem Theater- oder Musikleben, nach exklusiven Bildungsangeboten mit Stadtmuseum oder Kunstaussstellungen. Städtische Kulturpolitik will sich heute eher als eine Qualität verstehen, welche eine inhomogener gewordene Stadtgesellschaft zusammenhält und zwar quer durch ihre sozialen Schichtungen.

Das Kulturangebot der Städte hat sich daher auch überall mit Aktivitäten verbunden, die den Rahmen des hergebrachten Kulturlebens längst erweitert oder in Richtung „Kulturszene“ aufgebrochen haben. „Eventkultur“ und „Festivalisierung“ der Innenstädte waren die Folge, oft allerdings nur auf das bloße Stadt-Image ausgerichtet, vorrangig auf mehr Stadtattraktivität zielend oder konzipiert in Konkurrenz zu den Nachbarstädten. Auch bloßes Quotendenken entstand, das den Wert kultureller Veranstaltungen nur in Besucherzahlen misst.

Unter dem gegenwärtigen Druck der Rotstifte in den Stadtkämmereien mühte man sich auch während vieler Gespräche am Rande der Tagung intensiv um ein Gerüst stadteigenen Kulturlebens, das nicht unter die Räder kommen darf sowie um Argumente für Kultursparten, die auf den ersten Blick vielleicht als weniger attraktiv erscheinen mögen, längerfristig und in weiteren Zusammenhängen jedoch als unverzichtbar gelten und ein stadteigenes Kulturleben erst ausmachen.

So kreiste auch das Stichwort „Globalisierung“ über der Tagung, verbunden mit Besorgnissen, ja Ängsten, dass mancherlei örtliche und regional gewachsene Eigenheiten eines bislang stabilen Kulturlebens durch andere Kulturauffassungen überlagert werden, wobei sich angestammte Akzente wandeln, verschieben und neue Identitätsfragen aufwerfen.

Auf vielfachen Wunsch also publiziert die Arbeitsgemeinschaft „Die alte Stadt“ im vorliegenden Themenheft die Gedanken und Ergebnisse des Kulturoziologen HERMANN GLASER, der Stadtsoziologin ERIKA SPIEGEL, der Stadthistorikerin ADELHEID VON SALDERN sowie des Publizisten BRUNO FLIERL, die ihre Ausführungen dankenswerterweise für die Drucklegung aufbereitet haben.

Nachhaltigen Eindruck aus kommunaler Verantwortung selbst heraus hinterließen Oberbürgermeister HERMANN VOGLER mit dem Konzept einer kulturellen Städtepartnerschaft, wie es in Ravensburg gepflegt wird, sowie Stadtpräsident KURT FLURI aus Solothurn/Schweiz mit seinem Plädoyer für eine städtische Kulturpolitik, die keinerlei Legitimation aus ökonomischen Gründen bedarf, ja sich nicht einmal auf den Prüfstand eines „Umwegentabilitätsrechnens“ setzen lassen sollte.

Esslingen, November 2003

August Gebeßler / Hans Schultheiß

Hermann Glaser

Die aufgehobene Stadt

Von der Erhaltung, Überwindung und Weiterentwicklung kultureller Traditionen im Netz der Globalisierung

Tradition im Wandel – ein solches Motto kann man im Sinne von Hegels dialektischem Denken mit der dreifachen Bedeutung des Wortes „aufheben“ variieren: bewahren, überwinden und damit höher bringen. Idealtypisch ist damit auch die Fortschrittsidee, wie sie der ihrem Wesen nach rückblickenden Denkmalspflege innewohnt, charakterisiert; freilich ist die semantische Trias von „Aufheben“ architektonisch nicht leicht zu verwirklichen; wo dies gelingt, ist das zu erhaltende Vergangene nicht einfach, zum Beispiel als Fassade, dem Neuen angeklebt; vielmehr durchdringen sich Historisches, Präsentisches und Futurisches.

Der Baumeister von Eichstätt, Karljosef Schattner, dem nach meinem und allgemeinem Fachurteil die Gestaltung einer alten Stadt als „aufgehobener“ Stadt hervorragend gelungen ist, betont, dass man die Fassade als Nahtstelle zwischen Außen- und Innenraum begreifen müsse. Es gehe um die Frage der Signifikanz. „Bei jedem Gebäude stellt sich die Frage, was in ihm ist. Wie das Gesicht Auskunft über das Innere eines Menschen gibt, so sollte die Fassade Erwartungen wecken, die auch im Inneren eingelöst werden müssen.“ Unter gleichem Aspekt sei das Ornament zu verstehen: Es bedeute nicht bloße Dekoration, die nur hinzugefügt ist, sondern Übergang, der die innere Ordnung des Gebäudes im Äußeren widerspiegeln. Veränderungen im Inneren eines bestehenden Gebäudes sollten Veränderungen an der Fassade auslösen – übrigens ein Faktum, das an historischen Gebäuden beobachtet werden kann.

Architektur als Kunst, Raum und Zeit miteinander zu verknüpfen, stellt der Restaurierung die Aufgabe, das Aufzuhebende vom präsentischen Standpunkt aus, der eigentlich das Aufzuhebende hinter sich gelassen hat, aufzuheben. Wenn dies misslingt, ergibt sich Historisierung; sie erweist sich als Regression. Der Zeitablauf (-verlauf), das Weiterschreiten wird hier negiert; man bleibt auf einer früheren Stufe stehen bzw. fällt auf diese zurück. Die aktuelle Diskussion über den Wiederaufbau des Berliner Schlosses zeigt diese Problematik. Ich stimme voll Bruno Flierl zu, wenn er feststellt: „Wie kann das gegenwärtig nicht vorhandene Schloss zur aufgehobenen Geschichte werden, wenn es zu diesem Zweck zunächst erst einmal materiell wieder hergestellt werden muss, um aufgehoben werden zu können in eine neue Zukunft an diesem Ort, dies aber den Abriss des Palastes der Republik zur Voraussetzung hat, der – noch als Rohbau, zu dem er wieder wurde – existente gebaute

Realität und Metapher jüngster deutscher Geschichte ist?“ *Aneignung* von Tradition bedeutet eigentlich per se Wandel, Verwandlung. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.“

Von dem Kunsthistoriker Norbert Huse stammt die Bemerkung, eine häufige kulturgeschichtliche Erfahrung benennend: „Von der Gegenwart enttäuscht und ohne Vertrauen auf das Kommende, befriedigt die Gesellschaft ihr Utopiebedürfnis durch Geschichte.“ Beim Historismus des 19. Jahrhunderts etwa kam noch Angst vor dem Kommenden hinzu. In einer Zeit hoch gesteigelter individueller wie kollektiver Nervosität (Neurasthenie), Folge der sich im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts steigernden Modernisierung bzw. Technisierung mit ihrer das gewohnte Leben in Turbulenzen versetzenden „Schocks“, rekurrierte man auf Traditionsbestände, die man beim „Umzug“ in eine neue Zeit als Vertrautes und damit Absicherung vor dem Ungewissen „mitnahm“; so wurden etwa Fabrikbauten, Maschinen, Warenhäuser in anheimelndes biedermeierliches Dekor verpackt und die Wohnzimmer als altfränkische Klausen gestaltet – Orte der auf Innerlichkeit setzenden Flucht vor dem sozialdarwinistisch vorwärts stürmenden Zeitgeist.

Nun hat freilich generell Kultur nicht nur eine die Zukunft vorausaufklärende, damit das Stadium der Verunsicherung als positive Option empfindende Bedeutung; gerade in und mit der Bewahrung traditionellen Kultur-Guts gibt sie auch Halt, wie „Heimat“ sie gibt: Territorium für Seinsgewissheit. Angesichts von Gegenwart und Zukunft befriedigt die Gesellschaft dann ihr Bedürfnis nach Einwurzelung durch Nostalgie (rückwärtsgewandte Utopie).

Als nach 1945 unter dem Eindruck des nationalsozialistischen Verbrecherstaates, der Kultur als Fassade benützt und die Ästhetisierung der Barbarei betrieben hatte, die Frage aufgeworfen wurde, wie man denn Kultur überhaupt „aufheben“ könne, damit sie nicht wieder Abgründe kaschiere, sondern zur Erinnerungsarbeit beitrage, kam es über den Wiederaufbau des Goethe-Hauses in Frankfurt am Main zu einem auch heute noch wichtigen Diskurs. Er wirkte wie ein Brennspeigel, in dem die gegensätzlichen Gestaltungsvorstellungen der Modernisten und Traditionalisten gebündelt in Erscheinung traten – und nicht nur auf die Architekten bezogen. Ernst Beutler, Leiter des Goethemuseums und des Freien Deutschen Hochstifts, wollte eine naturgetreue Wiederherstellung des alten Baues, wobei das Fehlende imitiert werden sollte. Karl Jaspers, Ernst Robert Curtius, Max Planck stimmten dem Plan sofort zu; andere wandten sich gegen einen solchen Wiederaufbau. Reinhold Schneider schrieb: „Ist es nicht, als ob wir mit einer Lüge uns über unsere Verluste, unsere Schmerzen, das Unheil unserer Geschichte hinweghelfen wollten? ... Das Goethehaus wäre schwerlich gefallen, wenn wir uns des Dichters ehrfürchtig bewahrenden Sinn, seine Hingabe an die Menschlichkeit bewahrt hätten ... Wir können der Frage nicht ausweichen: Wäre eine solche täuschende Nachahmung des Geburtshauses in Goethes Sinn?“ Der Architekt Otto Bartning meinte: In der Diskussion gebe es ein Sowohl-als-auch; für den Architekten oder für den Bauhandwerker aber gelte nur

ein Entweder-oder. Zum Beispiel: Soll man bei der Wiederherstellung des Goethehauses alles lot- und waagrecht bauen, oder etwas altersschief? Die Stuckdecke, einst mit der Hand geformt: soll man sie weiß lassen wie zu Vater Goethes Zeiten, etwas angestaubt wie 1832 oder stärker angestaubt wie 1932? Soll bei der erhaltenen Zimmertür die neue Schwelle nun scharfkantig werden oder bereits etwas abgetreten? Kopiert man die übrigen Türen mit ihren Schnitzereien, wird man diese Tausendkünstler (im Kunsthandel Fälscher genannt) finden, die solche Nachahmungen täuschend echt zuwege bringen? ... Das Ergebnis, meinte Bartning, wäre ein Pseudo-Goethehaus, in dem man nicht mehr unterscheiden könne, was echt und was echt-imitiert sei. Der Wert des Goethehauses läge ja nicht in seinen stilistischen, baukünstlerischen Formen, die man der Gegenwart übermitteln wolle, sondern in der Atmosphäre, in den wehevollen Gefühlen, nun jene Schwelle zu überschreiten, die einst Goethes Fuß selbst berührt hat. Bartning schlug vor, auf dem Fundament des Goethehauses schlichte Räume herzustellen, die den früheren Proportionen und Lichtverhältnissen entsprechen und so in einer würdigen, neutralen Form die geretteten Möbel, Bilder und Geräte aufnehmen könnten. Bruno E. Werner formulierte in seinen „Gedanken über den Wiederaufbau“, Juli 1947: „Werden eines Tages an ihre Stelle Imitationen, Panoptikumstadtteile rücken? Oder wird man den Mut haben, das, was völlig vernichtet ist, einer versunkenen Zeit zu überlassen und stattdessen lebensvolle, neue architektonische Leistungen zu schaffen, die dem Geist der Gegenwart, den neuen Baustoffen, den neuen Aufgaben entsprechen?“

„Aufhebende“ Denkmalspflege ist jedoch weder mein Thema noch meine Kompetenz; ich ging nur darauf ein, weil ihre spezielle Problematik – bauliches Wegräumen oder Erhalten, Verfallenlassen oder Wiederherstellen bzw. verändernd Erneuern – bereits die allgemeine kulturelle bzw. kulturgeschichtliche Fragestellung im Verhältnis zur Tradition anzudeuten vermag.

Nun ist freilich Kultur nicht gleich Kultur. Agrargesellschaftlich geprägte Kulturen haben ein anderes Verhältnis zur Tradition wie städtisch (urban) fundierte. Die einen orientieren sich am bewährten Kreislauf des Gleichen; sie reproduzieren vor allem, was überliefert ist; wie die Alten, so sprechen, singen, dichten, malen auch die Jungen. Natürlich gibt es noch viele weitere Gründe für die Dominanz kultureller Tradition und damit des Vorbildes der Meister, denen man nachfolgt. Die anderen, hier herausragend die städtisch bestimmte europäische (abendländische) Kultur, setzen auf Fortschreiten, was als Fortschritt verstanden wird. Die „westliche“ Kultur hat mit ihrer „Modernität“ auch weit reichenden Einfluss auf andere Kulturen ausgeübt.

Ihr wichtigstes Charakteristikum ist Beschleunigung. „Speed“ – ein Begriff von magischer Faszination – ist jedem „Aufheben“, im Sinne von Bewahrung, Erhaltung konträr entgegengesetzt. Tradition ist die Verortung von Beharrendem, Verharrendem; dort will der beschleunigte Mensch gerade nicht sein, sondern anderswo: als global player agieren. Aber solche Spielpartitur ist heimat-, ort-, traditionslos. Italo

Calvino hat in seiner „Roman“ genannten Textesammlung „Die unsichtbaren Städte“ die Gefahr der durch den Geschwindigkeitswahn mit hervorgerufenen „Vertrudisierung“ beschworen:

„Hätte ich bei der Landung in Trude nicht mit großen Buchstaben den Namen der Stadt gelesen, ich hätte geglaubt, auf demselben Flughafen angekommen zu sein, von dem ich abgeflogen war. Die Vororte, durch die sie mich fahren ließen, waren nicht anders als die andern, die gleichen gelblichen und grünlichen Häuser. Den gleichen Hinweisschildern folgend, umfuhr man die gleichen Anlagen der gleichen Plätze. Die Straßen im Zentrum stellten Waren, Verpackungen, Schilder zur Schau, die in nichts anders waren. Es war das erste Mal, dass ich nach Trude kam, aber schon kannte ich das Hotel, in das ich geriet; meine Gespräche mit Käufern und Verkäufern... hatte ich bereits gehört und gesagt; schon andere, ganz gleiche Tage waren mit dem Blick durch die gleichen Trinkgläser auf die gleichen wabbelnden Bäuche zu Ende gegangen. Warum überhaupt nach Trude kommen? fragte ich mich. Und wollte schon wieder abreisen. ‚Du kannst abfliegen, wann du willst‘, wurde mir gesagt, ‚aber du wirst zu einem anderen Trude kommen, das Punkt für Punkt gleich ist, die Welt ist überdeckt von einem einzigen Trude, das nicht anfängt und nicht aufhört, nur am Flughafen den Namen wechselt.‘“

Im Netz der kulturellen Globalisierung – die Bewertung von „Netz“ ist bei der fangenden Spinne anders als bei der eingefangenen Fliege – pulsiert eine Kultur ohne nationale und regionale Schranken, mit universellen Bilderwelten und gleichen Mustern. Mehr als 500 Satelliten bestreichen gegenwärtig mit vielfach uniformen Bildern, Videoclips und Popmusik die Erde. Sportgroßveranstaltungen und Musiksendungen werden gleichzeitig weltweit ausgestrahlt; die gleichen „Seifenopern“ sieht man in New York, Tokio, Bombay oder in den Favelas von Rio de Janeiro. 800 Millionen Barbiepuppen propagieren das Schönheits- und Familienideal der weißen US-amerikanischen Mittelschicht. McDonald's gibt es nun nahezu überall auf der Welt, so wie überall Blue Jeans getragen und Coca-Cola getrunken wird. Die Welt erscheint als eine Waren-Welt. Als „McWorld“ oder „McDonaldisierung“ wird diese Tendenz kultureller Globalisierung abkürzend bezeichnet. Auch wenn man der globalisierten Zivilisation gewisse Standards nicht absprechen sollte, eine Kultur aufgehobener Tradition verendet wie die Fliege in einem solchen Netz.

Der Kulturarbeit bzw. Kulturpolitik in der Stadt erwächst so die besondere Aufgabe, eine Gegenposition zu beziehen und damit der „Vertrudisierung“ gegenzusteuern. Die Chancen dafür sind nicht schlecht; solange der Mensch noch nicht genetisch umcodiert, seiner essentials beraubt und Chip einer Matrixwelt ist, entwickelt er als Individuum und Kollektiv dialektisch Gegenkräfte, die ihn dem digitalen Netz entfliehen und eigen-artige und eigen-sinnige Ruhepunkte anstreben lassen. Jeder fünfte PC-Nutzer (22%) ist nach Horst W. Opaschowski überzeugt, dass das elektronische Surfen um die Welt am Ende heimatlos macht; die „Generation @“ sucht in ihrem Nomadentum neuen Halt: das kann und muss die überschaubare Stadt

sein, eine Stadt der Nachbarschaften. Mit dem Schwabinger Peter Paul Althaus, dem Schöpfer des „Dr. Enzian“, kann man solche topographische Verwurzelung so beschreiben:

*Dr. Enzian, als Existenzialist, beweist
den Begriff des Daseins, dass er nie verreist.
Wenn er reise, sagt er, würd' er fort sein
und sein Dasein wäre dann ein Dortsein.*

Wir sollten, meint der Stadtplaner Albert Speer in einem Aufsatz über die „intelligente Stadt“ („Zur Regiopole des 21. Jahrhunderts“), nicht den gleichen Fehler wiederholen, an dem die Moderne zu Anfang dieses Jahrhunderts letztendlich gescheitert sei; sie habe die Schaffung eines „neuen Menschen“ propagiert, der rational agiere und ohne Gefühle und Bindungen an die Geschichte das neue Zeitalter mit einer neuen Architektur und Lebenswelt akzeptiere. Doch sei die Stabilität der menschlichen Grundeinstellungen und Bedürfnisse generell, bei aller Anpassungsfähigkeit an Veränderungen, bedeutend stärker als die Propheten der Moderne meinten.

Der neue Mensch in Telepolis „arbeitet und erholt sich zwar in einer virtuellen Welt, die irgendwo und nirgends sein kann. Er ist ungebunden und findet seine Freunde über die Knoten im elektronischen Netz. Er teleshopt und telebankt, er studiert an der Tele-Uni, er stellt sich virtuell in die Tempel von Angkor oder vor die ‚Nachtwache‘ von Rembrandt. Er kommuniziert über Video und mit E-Mail, veranstaltet Videokonferenzen und liest ‚Focus‘ über CD Rom. Er ernährt sich von Pillen und Astronautenfood, nur richtiges Wasser muss er noch trinken. Vergessen sind das soziale Umfeld und die gesellschaftliche Verantwortung. Vergessen sind die persönlichen Begegnungen und Bindungen. Lange wird der alte Mensch es nicht aushalten, nur einen Teil seiner Sinne zu benutzen, und er wird frustriert wieder aussteigen. So kehrt er zurück in die reale Welt der fünf Sinne, die Begegnungen und der Erlebnisse der Stadt mit ihren besonderen Gerüchen, Lauten, ihrem Lärm, ihren Farben, Bäumen, Blumen, Plätzen, Straßen und Gebäuden.“

Odo Marquards „Kompensationstheorie“ besagt, dass der Mensch angesichts des beschleunigten Wandels der modernen Welt durch Rückgriff auf kulturelle Bestände die Modernisierungsschäden zwar nicht beheben, aber zu mildern vermag. Zukunft braucht Herkunft – als Gegengewicht zu dem factum brutum, dass Innovationsbesessenheit Zukunft immer mehr von Herkunft abtrennt. Damit soll der große Fortschritt, den die „schöne neue Welt“ mit sich brachte, u.a. die Möglichkeit, unabhängiger von Not, Schmerz und Mühe sein Leben gestalten zu können, nicht abgewertet werden. Doch muss immer wieder geprüft werden, wie viel Neues der Mensch in seinem Leben, das eben zu kurz ist („die Mortalität der menschlichen Gesamtpopulation beträgt nach wie vor 100 Prozent“), ertragen kann. Die Menschen in der wandlungsbeschleunigten Welt sind, anthropologisch gesehen, langsam; die moder-

ne Welt aber ist schnell. Weder die schnelle Welt noch den langsamen Menschen darf man abschaffen wollen. Wer die wandlungsbeschleunigte Welt negiere, verzichte auf unverzichtbare Überlebensmittel der Menschen. Wer den langsamen Menschen negiere, verzichte auf den Menschen. „Das bedeutet: in der modernen Welt, in der modernen Stadt vor allem, müssen wir beides leben: die Schnelligkeit (Zukunft) und die Langsamkeit (Herkunft). Es kommt gerade nicht darauf an, auf dem Wege einer Abwahl der modernen Welt – durch Revolution oder Ausstieg – die Spannung zwischen Schnelligkeit und Langsamkeit antimodernistisch loszuwerden; sondern es kommt ganz im Gegenteil gerade darauf an, in der modernen Welt die Spannung zwischen Langsamkeit und Schnelligkeit auszuhalten, indem wir in der modernen Welt – angesichts ihrer Wandlungsbeschleunigung – die Möglichkeit wahren, als Menschen langsam zu leben. Darum gehört zur modernen Welt inmitten ihrer Schnelligkeit – kompensatorisch – die Entwicklung von Formen, die es den Menschen erlauben, in dieser schnellen Welt langsam und in vertrauter Umgebung zu leben.“ Beispielhaft seien Kinder, für welche die Wirklichkeit unermesslich neu und fremd sei; sie kompensierten ihr Vertrauensdefizit durch die Dauerpräsenz von Vertrautem, zum Beispiel eines Teddybären. Die Stadt ist wirtlich, wenn sie ihre Zukunft auf Herkunft gründet; nach Marquard: vielen Teddybären Heimstatt bietet.

Kultur findet statt, wenn sie die dafür geeignete Stadt findet. Geeignet ist die Stadt, wenn sie kulturökologische Nischen bietet und fördert, denn diese ermöglichen die Symbiosen zwischen Mensch und Mensch sowie zwischen Mensch und Umwelt. Kulturorte sind herausragende stadtökologische Nischen:

- Die anthropologische Nische bekundet ein Bild vom Menschen, das kein Bild vom Menschen hat, aber diese Bildlosigkeit vom Menschen bildlich (sinnlich) vermittelt – innerhalb humaner Axiomatik; es geht um urbanen Pluralismus.
- Die ökologische Nische eliminiert nicht Interdependenzen, sondern fördert diese, und zwar so, dass ein Miteinander entsteht, das nicht „umkippt“, sondern Symbiosen ermöglicht; es geht um Solidarität, ethischen Utilitarismus (das größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl).
- Die wahrnehmungsästhetische Nische begreift Identität als die Quantität, Qualität und Kontinuität von Kleinereignissen; es geht um die Größe des Kleinen.
- Die topische Nische ermöglicht Privatheit, ohne sich deshalb von Öffentlichkeit abzukapseln, bzw. sich vor ihr einzumauern; es geht um die Wechselwirkung von Ich, Du, Wir.

Die Nische ist multikulturell, rhizomatisch („Wurzelgeflecht“ bewahrend und pflegend), identitätsstabilisierend. Kunst- und Kulturorte sind Nischen, weil in ihnen mit Hilfe von Bild, Wort, Ton die Vielfalt von Menschenbildern „angeboten“, jedoch nicht fundamentalistisch oktroyiert wird; sie sind ökologische Nischen, da sie sich vom Systemzwang und der Stereotypie absondern – Gegenorte, auch Fluchtorde, Ausscherorte. Die Addition und Integration von Kleinereignissen, also qualifiziert-topogene Identität, ist wichtig für die reale wie mentale Infrastruktur. Die Ni-

sche ist in das Stadtganze eingebunden und gut zugänglich; sie erschlägt nicht gewachsene Zusammenhänge, sie ist ein Teil von ihnen: sie lädt zum Verweilen ein; sie ist so gestaltet, dass sie Abkapselung verhindert und stattdessen in Verbund mit dem Gesamtraum bleibt.

Entschleunigung ist der Nischenbildung besonders förderlich; deshalb hat die historisch gewachsene Stadt viele Nischen; der „zügig“ entstandenen Stadt (z.B. Trabantenstadt) fehlt solche „Organik“. Doch kann man die Nischen (und Mäander) der organischen Stadt in ihren Wesenselementen abstrahieren und dann im Rahmen moderner Bauweise simulieren. Natürlich ist es fragwürdig, organische Prozesse künstlich zu imitieren, doch immer noch besser als rationalistische direkte Brutalität. Eine rigorose Verwirklichung des Grundsatzes „form follows function“ ist anthropologisch falsch, da das ästhetische wie emotionale „Verweilbedürfnis“ des Menschen dadurch missachtet wird. Ein Hauseingang, der direkt, „ohne Umschweife“, zur Treppe oder zum Lift führt, eine Eingangszone, die nicht durch Dekor zur „Adresse“ wird, eine Fußgängerzone, die nicht als Passage zum Flanieren auffordert, eine Straße, die nicht durch Bäume, Windungen „mäanderisiert“ ist – solche versäumte „Schleifen“ („Zierbänder“) verkennen humane Bedürfnisse, die sich als Wechselspiel von Einatmen und Ausatmen, Zustreben und Weiterstreben, Ausruhen und Anspannung beschreiben lassen.

Das Verweilen ist ein psychosomatischer Vorgang. Eine reich gegliederte Dachlandschaft, eine vor allem auch historische Entwicklungsstufen spiegelnde Fassade, eine immer wieder neue Ansichten darbietende Straße, ein farbig gestalteter, mit Grün durchwobener Hinterhof bewegt und befriedigt die Wahrnehmungsfähigkeit des Menschen; dazu kommen die akustischen Impressionen und die haptischen, z.B. durch Bodenbelag (Kies, Teer, Pflastersteine, Erde etc.). Befördert wird dadurch das Behagen im „Kulturraum Stadt“.

Beim Wohnen ist das „ganze Haus“, das Zusammenleben und Zusammenarbeiten verschiedener Generationen bzw. Altersstufen ermöglichend, ein historisch rückwärts orientierter, vielfach romantizierter Idealtypus – aufgrund der heute notwendigen Mobilität weder möglich noch sinnvoll. Im Gegenteil: gerade Nähe über Distanz humanisiert Familie, erleichtert geistig-seelische Zusammengehörigkeit. Auch die im mittelalterlich-städtischen Haus lokalisierte Einheit von Arbeit und Leben – unten Werkstatt mit Straßenkontakt, darüber der private Bereich, dann das Ausgedinge, Keller und Speicher als Vorratsraum, das Ganze durch die Stiege verbunden – würde das Zusammenleben kaum harmonisieren. Das ändert nichts an der Tatsache, dass das Grundmuster der „Vielfalt in Einheit“ sich als modern sinnvoll erweist, wenn dieses nicht zu stark „nestbezogen“ ist, sondern die strukturelle Durchmischung „entzerrt“ bleibt, die „Monaden“ in aufgelockerter Differenzierung zusammenfinden – also z.B. die verschiedenen Altersstufen, Berufsgruppen, Interessensorientierungen in einem Haus sich nicht gegenseitig beeinträchtigen. Osmose bedeutet Durchdringung *und* Blockierung.

Wenn etwa Junge, „Mittelalterliche“ und Alte, Arbeiter und Studenten, Nachtmenschen und Frühaufsteher, Musiker, Sportler und Bastler zusammenwohnen, bedarf es guter Schalldämmung wie verzweigter Zugänge. Rücksichtnahme ist nicht durch Sanktion, sondern durch Gratifikation zu erreichen. Um nicht zu laut zu werden, ist es notwendig, laut werden zu können. Einer polyzentrischen Landstruktur entspricht eine polyzentrische Stadtstruktur, einer polyzentrischen Stadtstruktur die polyzentrische Wohnagglomeration.

Das topogene Ineinander von Wohnen und Arbeiten, Dienstleistung und Vergnügen (mit den Topoi von „Stube“, Werkstatt, Laden, Passage, Gasthof etc.) bedarf der Parzellierung, sowohl horizontaler wie vertikaler Art. Funktionierende Städte sind nach Dieter Hoffmann-Axthelm „in der Regel kleinteilig gewachsene Städte. Wichtigster Baustein in diesem Wachstumsprozess ist die Parzelle, die groß genug ist, um wirtschaftlich bebaubar zu sein, aber möglichst klein, damit sie die maximale Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Stadt bieten kann.“

Die Nische lebt von der Durchmischung und Abgrenzung, von der Öffnung und dem Rückzug. Die Kommunikation der Schrebergartenkolonie besteht darin, dass sie Zäune und Hecken aufweist, dass Kommunikation über den Zaun stattfindet; das Begleitgrün dagegen ist kommunikationsfeindlich. Zielgruppendurchmischung darf nicht oktroyiert werden, muss jedoch möglich sein: der Kinderspielplatz z.B. als Treffort für alte Leute, bei gleichzeitiger Rückzugsmöglichkeit (Laube).

Kultur-Orte bieten im besonderen Maße die Möglichkeit der Integration. Die in der historischen Stadt dafür zum „Einnisten“ verhältnismäßig leicht beschaffbaren Gebäude (Werkstätten, Fabriken, Schuppen, Lager, Bürgerhäuser, Villen etc.) wären in der „künstlichen“ Stadt in Hinblick auf ihre Struktur nachzubauen, wobei der postmoderne Stil mit seiner Bereitschaft zum Zitat dem förderlich ist. Natürlich hat eine zitologische Architektur auch damit zu rechnen, dass sie wegen ihres Mangels an Originalität kritisiert wird, doch ist Eklektizismus in Zeiten der Normierung durchaus ein Vorteil. (Im Exkurs sei in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Licht-Nische hingewiesen: Beleuchtung als rein funktionaler Vorgang berücksichtigt zu wenig die auf „Erhellung“ sich projizierenden emotionalen Bedürfnisse; „Gemütlichkeit“ in der Stadt wird auch bewirkt durch Lichtgestaltung im Freien wie im Innenbereich, z.B. im Restaurant.)

Die vorhandenen Neubaugebiete bieten nur wenige, meist dürftige Beispiele für Nischenbildung. Die Ausbeute ist größer, wenn man auf ältere Neubaugebiete zurückgreift – vor allem dann, wenn man, wie z.B. im Märkischen Viertel in Berlin, aufgrund erheblicher Erosionsprozesse die Anstrengung des „Umbaus“ auf sich nahm.

Sehr ergiebig ist natürlich die Bestandsaufnahme von Beispielen aus historischen Städten; zunächst wären die „Nischenmerkmale“ zu kartieren: Simulationen mit den Teilelementen wären anzuschließen, topogene Modelle auszuarbeiten. Negative Beispielsammlungen befördern Kreativität e contrario, wobei natürlich nicht schon der Gegensatz zum Misslungen eine Lösung darstellt. (Die etwa bei Neubauwoh-

nungen früher zweck- und sinnlos „angeklebten“ Kleinbalkone sind keine „Frischluftnische“; als Abstellraum wäre ein begehbarer Schrank besser. Würde man sie jedoch einfach aus dem architektonischen Repertoire streichen, blieben Grundbedürfnisse unbefriedigt. Man könnte also die Fenster mit breit ausladenden, auch technisch gut bedienbaren „Pflanztrögen“ versehen, mit leichter Zugänglichkeit von innen. Das „Fenstergrün“ ergäbe einen Fensterbank-Kleingarten, der eine wohlthuende Außen- wie Innenwirkung hätte.)

„Schönheit ist offenbar am ergreifendsten, am deutlichsten dort, wo sie an die Grenzen zum Chaos vorstößt, wo sie ihre Ordnung freiwillig aufs Spiel setzt. Schönheit ist eine schmale Gratwanderung zwischen dem Risiko zweier Abstürze: auf der einen Seite die Auflösung aller Ordnung in Chaos, auf der anderen die Erstarrung in Symmetrie und Ordnung.“ Diese Feststellung von Friedrich Cramer betrifft auch die Schönheit der Nische, die sich als Denk-, Gefühls-, Handlungs- und Erfahrungsraum demokratischen Wohnens mehr als bisher erweisen könnte – Nische als ein Topos, der die Phantasie des Stadtplaners wie Architekten, des Stadt- wie Baumeisters zu inspirieren bzw. zu verstärken hätte.

Die Nische als Lokalisation der solidarischen Stadt wendet sich gegen die Stadt als „reine Geometrie“, ohne deshalb „geometrische Ordnungselemente“ zu missachten. Das Kapitel „Ordnung“ in Le Corbusiers 1926 veröffentlichtem Buch „Grundprobleme des modernen Städtebaus“ beginnt mit den Sätzen: „Wir behaupten, dass die Aufgabe des Menschen darin besteht, Ordnung zu schaffen und dass sein Handeln und Denken regiert werden von der Geraden und dem rechten Winkel ... Je weiter sich die menschlichen Werke vom unmittelbar Greifbaren entfernen, desto mehr neigen sie zur reinen Geometrie ... Die Stadt ist reine Geometrie. In Freiheit neigt der Mensch zur reinen Geometrie. Er schafft dann, was man Ordnung nennt.“ Zu wenig bleibt dabei beachtet, dass der „Mäander“, die Figuration von Windung und Schleife, viel mehr (da organischer) ordnungs- und identitätsstiftend ist.

„Zwei Gefahren“, sagt Paul Valéry, „drohen der Welt – Ordnung und Chaos.“ In Ersilia, heißt es bei Italo Calvino, spannten die Einwohner, um die Zusammenhänge festzulegen, die das Leben der Stadt regeln, Schnüre von Hauskante zu Hauskante, „weiße oder schwarze oder weiß-schwarze, je nachdem, ob sie Beziehungen von Verwandtschaft, Warenverkehr, Autorität oder Vertretung bezeichnen. Sind es dann so viele Schnüre, dass man nicht mehr durchkommt, gehen die Einwohner fort: Die Häuser werden abgebaut; es bleiben nur die Schnüre und die Halterungen der Schnüre.“

Die Parabel zeigt: Zu viel Ordnung, die zwangsläufig, systemrigoristisch, den Spielraum einengt, bringt Humanität zum Auszug. Die solidarische Stadt lebt von den Möglichkeiten der Selbstgestaltung und Mitgestaltung; sie ist gefährdet, wenn Stadtplanung zu einer penetranten Überpädagogik wird, bei der systematisch und prinzipiell denkende Oberhirten vorgeben zu wissen, wie man die menschliche Herde laben und tränken müsse, wie diese zu wohnen, zu arbeiten und sich zu vergnü-

gen habe. Die Richtigkeit und Wichtigkeit einer exakten Planung für Wasserleitung und Kanalisation rechtfertigt noch nicht die ästhetische Kanalisierung des Geistes. Deshalb ist der babylonische Aufstand immer ein wichtiges Korrektiv von Bebauungsplanideologie.

Das Plädoyer für die solidarische Stadt als chaotischer Stadt ist im Sinne der Chaos-Theorie nicht „ordnungswidrig“; Ordnung wird jedoch als ein Beziehungsgeflecht einer geradezu unendlichen Anzahl von Interdependenzen begriffen. Kleine Abweichungen und Veränderungen in den Anfangsbedingungen bewirken große Unterschiede in den Phänomenen. Es kommt also darauf an, eine höchst differenzierte Entwicklung von Ordnung zu ermöglichen und sie nicht durch rigorose Abstraktionen zu verhindern (also zum Beispiel nicht Flächensanierung, sondern Punkt-sanierung). Der Leitbegriff kann (von James Joyce geprägt) „Chaosmos“ sein.

Chaos, so Kazuo Shinohara, sei eine Grundbedingung der Stadt. Mag damit auch die Tokioer Wirklichkeit im psychoanalytischen Sinne „rationalisiert“ werden – der Grundgedanke „progressiver Anarchie“ sollte bei jeder Stadt-Ansicht zumindest als Korrektiv für hybride Ordnungsvorstellungen mitschwingen; sonst hätte nämlich die Genialität des Unsystematischen, des Irritativen, des Provokativen wenig Chancen. Stadtarchitektur lebt weniger von Reglementierungen und Normierungen als von der Kreativität derjenigen, die realiter entwerfen und bauen, den Entwurfs- und Bau-meistern. Es wäre schlecht, wenn Vasari, mit dem Mut, vorgefundene räumliche Situationen radikal zu verändern (wie weiland mit den Uffizien am Piazza della Signoria) innerhalb starr-administrativer Taxonomie keine Bauermutigung, keine Baugenehmigung mehr erhielt.

Die Zukunft, so Ernest Rogers, sei keine lineare Fortsetzung der gegenwärtigen Ereignisse. Das System unseres Lebens könne weder statisch noch absolut sein. Wir müssten der Zukunft ausreichende Freiheiten einräumen, damit sie sich als ein Ergebnis der dialektischen Entwicklung der Ereignisse frei entfalten. „Wir müssen Stadtpläne entwerfen, die nicht versuchen, die Formen der Zukunft festzulegen, sondern mit Hilfe von begrenzten, präzisen Vorgaben den freien Wandel der Beziehungen zwischen den vielzähligen Faktoren unserer Existenz begünstigen.“

Die Stadt ist durch Gestaltverlust gefährdet, die Stadt kann durch Gestalt solidarisieren – wenn sie Wahrnehmung ermöglicht (was z.B. bei Gestaltlosigkeit nicht der Fall ist). Wolfgang Welsch hat deutlich gemacht, dass der Verlust des Ästhetischen (von Gestaltwahrnehmung) in der modernen Welt mit ihren künstlichen Paradiesen via Ästhetik, zum Beispiel Warenästhetik, erfolgen kann. Eine vereinseitigte, das Essentielle von Ästhetik, nämlich die Dreieinheit des Guten, Schönen und Wahren missachtende Oberflächenästhetik – „Manhattanization“ zum Beispiel (einschließlich sozialer Ungerechtigkeit, also einer umgekippten Stadt) – anästhetisiert:

„Anästhetik‘ verwende ich als Gegenbegriff zu ‚Ästhetik‘. ‚Anästhetik‘ meint jenen Zustand, in dem die Elementarbedingungen des Ästhetischen – die Empfindungsfähigkeit – aufgehoben ist. Während die Ästhetik das Empfinden stark macht,

thematisiert Anästhetik die Empfindungslosigkeit – im Sinn eines Verlusts, einer Unterbindung oder der Unmöglichkeit von Sensibilität, und auch dies auf allen Niveaus: von der physischen Stumpfheit bis zur geistigen Blindheit. Anästhetik hat es, kurz gesagt, mit der Kehrseite der Ästhetik zu tun. Daher ist Anästhetik von drei anderen, benachbarten Positionen zu unterscheiden. Sie ist erstens keine Anti-Ästhetik: Sie verwirft die Dimension des Ästhetischen nicht pauschal. Zweitens geht es ihr auch nicht um das Un-Ästhetische – also das nach ästhetischen Kriterien als negativ Qualifizierte. Und drittens hat sie es auch nicht einfachhin mit Nicht-Ästhetischem zu tun, also mit solchem, was keinerlei Bezug zu ästhetischen Fragen hätte. Unter dem Titel des Anästhetischen geht es vielmehr um das grenzgängerische Doppel der Ästhetik selbst.“

Wenn man den „nischologischen“, „chaosmologischen“, die ästhetische Erziehung des Menschen implizierenden Kulturbegriff ins Anthropologische weiterführt bzw. in Anthropologie einmünden lässt, ergibt sich die Forderung nach einer Gesellschaft, die wieder den ganzen Menschen zur Entfaltung zu bringen sucht.

Das bezieht sich vor allem auf seine Fähigkeiten als Vernunftwesen. Vernunft hat sich – darauf haben schon Max Horkheimer und Theodor W. Adorno hingewiesen – im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte vereinseitigt: Die „Dialektik der Aufklärung“ besteht darin, dass sich einseitig „instrumentelle Vernunft“ durchgesetzt hat, als eine Denk- und Handlungsweise, die „zweckhaft“ ist und Sinnfragen vernachlässigt. Was wir warum mit welchen Mitteln tun, woher wir kommen und wohin wir gehen, findet zu wenig Beachtung. Man überantwortet sich kopflosem Aktivismus. Die analytische Vernunft, die alles zergliedert und zerteilt, in Teilstücken Perfektion erreicht, hat zwar den zivilisatorischen Fortschritt ermöglicht; ob in der Produktion, der Politik, der Verwaltung, in allen Bereichen der Wissenschaft – der Spezialist hat das Sagen; wir profitieren in unserer materiellen und physischen Befindlichkeit sehr davon; aber ohne eine Gleichgewichtigkeit mit anderen Möglichkeiten vernünftigen Handelns, antizipatorische, historische, intuitive Vernunft mit umfassend, verkümmert der Möglichkeitssinn, der ein Pendant zum Wirklichkeits-sinn sein müsste. Der homo faber mit seiner Liebe zur Geometrie und der homo oeconomicus mit seinem Drang nach Effizienz sollte zugleich auch homo ludens sein, der Leben als bunte Vielfalt, spielerisches Verweilen begreift und an „Teddybären“ sich erfreut.

Ort (Ermöglichungsraum) solchen Daseins ist vor allem die „aufgehobene“ historische Stadt, die sich im Netz der Globalisierung nicht verstrickt (was natürlich nicht ausschließt, dass sie dort, wo es Nutzen bringt, sich einklinkt) – eine für Menschen gebaute Stadt. (Schon 1972 hat man auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags unter dem Motto „Rettet unsere Städte jetzt!“ davor gewarnt, die organische Stadt mit ihren gewachsenen Kommunikationsstrukturen wegzusaniieren. John Kenneth Galbraith sprach damals anhand der amerikanischen Stadtentwicklung von der Gefahr, dass aus Metropolis, der Stadt, der Künste voll, über Pro-

fitopolis und Megalopolis schließlich Nekropolis, eine Stadt der toten Seelen werde.) Diese Stadt ist geprägt von Werkstatt-Gesinnung und -Gesittung; Stadt als Werkstatt. In „Wilhelm Meisters Wanderjahren“ hat Goethe die Werkstatt, auch Werkstatt-Stadt-Idee ideal-typisch, durchaus auch realutopisch, beschrieben: „Trachte jeder, überall sich und andern zu nutzen.“ Und: „Was der Mensch auch ergreife und handhabe, der einzelne ist sich nicht hinreichend, Gesellschaft bleibt eines wackern Mannes höchstes Bedürfnis. Alle brauchbaren Menschen sollen in Bezug untereinander stehen, wie sich der Bauherr nach dem Architekten, und dieser nach Maurer und Zimmermann umsieht. Und so ist denn allen bekannt, wie und auf welche Weise unser Bund geschlossen und gegründet sei; niemand sehen wir unter uns, der nicht zweckmäßig seine Tätigkeit jeden Augenblick üben könnte, der nicht versichert wäre, dass er überall, wohin Zufall, Neigung, ja Leidenschaft ihn führen könnte, sich immer wohl empfohlen, aufgenommen und gefördert, ja von Unglücksfällen möglichst wieder hergestellt finden werde.“

Erika Spiegel

Baukultur oder Baukulturen?

Zum Verhältnis von Architektur und „anonymem Bauen“ in Tradition, Moderne und Nachmoderne

1. Zum Verständnis von Baukultur

Baukultur und Ästhetik

Auch wenn der Begriff „Baukultur“ zur Zeit nicht ohnehin in aller Munde wäre: Stadtkultur ist weder von ihrem Ursprung noch von ihren heutigen Ausdrucksformen her loszulösen vom baulichen Erscheinungsbild der Stadt. Das bauliche Erscheinungsbild der Stadt aber ist Ergebnis und Ausdruck der jeweiligen Baukultur. Baukultur beschränkt sich dabei auch nicht, wie zu Recht in dem so genannten Statusbericht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur Initiative „Architektur und Baukultur“¹ immer wieder betont wird, auf das bauliche Erscheinungsbild als solches, sie bezieht auch die Verfahren und Regeln mit ein, die bei der Herstellung der gebauten Umwelt zum Tragen kommen. Baukultur sei Verfahrenskultur, heißt es denn auch verschiedentlich. Und wer je die Habilitationsschrift von Wolfgang Braunfels „Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toscana“² gelesen hat, wird wohl auch mit am stärksten beeindruckt gewesen sein von dem ausgeklügelten Regelwerk, mit dessen Hilfe in Florenz, Siena, Pisa oder Lucca auch private Bauherren dazu angehalten wurden, ihre Wünsche nach Erkern, Arkaden und Außentritten und was sonst der Verschönerung ihrer Häuser dienen sollte, den Vorstellungen der Räte über eine Gestaltung der Straßen und Plätze anzupassen, die eher die Harmonie des Ganzen im Blick hatten. Insofern ist Baukultur aber auch nicht zu lösen von den Schönheitsvorstellungen, die dabei verwirklicht werden sollten, weder denen der Bauherren, die damit ihr eigenes Ansehen mehren wollten, noch denen der Räte, die eher das Ansehen der Stadt im Sinn hatten – wobei man sich daran erinnern muss, dass dies oft die gleichen Personen waren. Wenn im Florenz des 13. Jahrhunderts, bei knapp 40.000 Einwohnern, allein fünf gesetzgebende Körperschaften mit insgesamt 676 Mitgliedern tätig waren, die jedes halbe Jahr neu

1 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) / G. Köhler (Verf.), Baukultur in Deutschland I. Statusbericht Langfassung. Bestandsaufnahme, Tendenzen, Empfehlungen, Bonn 2002.

2 W. Braunfels, Mittelalterliche Stadtbaukunst in der Toscana, Berlin 1953.

gewählt wurden und in denen kein Mitglied zweimal hintereinander dem gleichen Ausschuss angehören durfte, so konnten sich die Schönheitsvorstellungen kaum allzu weit voneinander entfernen.

Wenn Baukultur heute besonders gepflegt und gefördert werden soll, so stehen dabei jedoch weniger baukünstlerische Aspekte im Vordergrund. Im Gegenteil. Baukultur sei nicht, so heißt es jedenfalls in dem erwähnten Statusbericht, zu verwechseln mit Baukunst, und sie habe, dies wird noch häufiger betont, auch nichts zu tun mit Ästhetik. Dabei wird die dezidierte Ausklammerung des Ästhetischen damit begründet, dass es in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft, und erst recht in einem demokratisch verfassten Staatswesen nicht um die Normierung dieses oder jenes ästhetischen Ansatzes, um eine Art „baukultureller Leitkultur“ gehen könne und dass eine Pluralität ästhetischer Ansätze geradezu zum Wesensmerkmal demokratischer Gesellschaften gehöre. Insofern wird das Verhältnis von Baukultur und Ästhetik auch nur in einem kurzen Abschnitt unter der Überschrift „Baukultur und Geschmack“ behandelt. Stattdessen wird immer wieder auf die entscheidende Bedeutung der „Qualität“ des Gebauten auch und gerade im Sinne einer qualitätvollen Gestaltung verwiesen – allerdings ohne genauere Erläuterung, was denn in diesem Zusammenhang unter Qualität zu verstehen sei.

So verständlich diese Ausklammerung des Ästhetischen aus dem Blickwinkel einer Initiative ist, als deren Partner berufsständisch und anders fachlich engagierte Verbände zeichnen, die sich kaum mit gestalterischen Richtungskämpfen zwischen ihren Mitgliedern aufhalten können, dass sie nur begrenzt den Auffassungen eben dieser Mitglieder entspricht, zeigen manche der im gleichen Zusammenhang veröffentlichten Interviews mit einzelnen Baufachleuten, vor allem Architekten, in denen Baukultur nun gerade als „ästhetischer Begriff“ verstanden wird und in denen viel von Gestalt und Gestaltung die Rede ist.³

Baukultur als „Produktion von und Umgang mit der gebauten Umwelt“

Entscheidender aber ist, und dies wird sicher zu Recht betont, dass es bei Baukultur nicht nur um einzelne architektonisch herausragende Bauwerke gehen kann, sondern, allgemeiner und umfassender, um die „Produktion von und den Umgang mit der gebauten Umwelt“ insgesamt. Insofern äußert sich Baukultur auch nicht nur in

3 Der Verfasser des Berichts, ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet der neueren Architekturgeschichte und –theorie, mag es ohnehin manchmal schwer gehabt haben, die Balance zwischen regierungsamtlichem Auftrag, Erwartungen der Verbände, die der Initiative partnerschaftlich verbunden sind, und der eigenen Fach- und Sachkenntnis zu finden. Insofern lohnt es sich aber auch, den Bericht genau zu lesen. Viele der für ein breiteres Verständnis von Baukultur beherzigenswerten Wahrheiten finden sich in Nebensätzen.

Gebäuden, sondern ebenso in Straßen, Plätzen, Brücken, Heizkraftwerken und Müllentsorgungsanlagen, und sie ist auch nicht nur Sache der Architekten, sondern ebenso Sache der Ingenieure, Landschaftsarchitekten, Städtebauer und Stadtplaner und aller anderen Berufsgruppen, die sich von Berufs wegen mit der Herstellung von „gebauter Umwelt“ befassen. Aber nicht nur das, sie ist ebenso Sache der Bürger, die daher auch möglichst früh, und zwar schon bei der Zielsetzung wichtiger Baumaßnahmen und nicht erst, wenn die Ergebnisse zu beurteilen sind, an dem Produktionsprozess beteiligt werden sollen. „Beteiligt werden“ – das heißt demnach, Ziele mit formulieren, Ergebnisse mit beurteilen, durchaus auch kritisch. Vom Bürger als Bauherren ist in diesem Zusammenhang allerdings weniger die Rede, und wenn, dann in erster Linie als Unternehmer oder Investor größerer Bauvorhaben, deren Standort, Volumen, Gestaltung – und Kostenrahmen! – vielleicht nicht den Vorstellungen der Stadtplanung und auch nicht denen der angesprochenen Architekten entspricht und dem sie daher in einer Art Hassliebe verbunden sind.

Der Bürger als Bauherr

Noch weniger allerdings ist die Rede vom Bürger als Bauherr seines eigenen Hauses. Immerhin waren, zum Beispiel in Baden-Württemberg im Jahr 2000 57% der insgesamt vorhandenen Wohngebäude Einfamilienhäuser, 25% Zweifamilienhäuser, nur 18% Mehrfamilienhäuser. Und Baden-Württemberg steht damit nicht allein. In den westdeutschen Flächenländern liegt der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an der Gesamtzahl aller Wohngebäude überall zwischen 78% (Nordrhein-Westfalen) und 89% (Rheinland-Pfalz), in der Bundesrepublik insgesamt waren es 82%, immerhin 13,4 von insgesamt 16,4 Mio. Wohngebäuden. Und auch wenn von diesen Ein- und Zweifamilienhäusern ein beträchtlicher Teil von Wohnungsbauunternehmen gebaut und erst dann an die Eigentümer verkauft worden ist, der „Häuslebauer“ in seinen unterschiedlichen Erscheinungsformen zählt nach Millionen, und diese Millionen legen Wert darauf, ihre eigenen Bauherren zu sein. Die von den einschlägigen Verbänden gelegentlich ins Spiel gebrachte Zahl von 97% aller Einfamilienhäuser, die ohne Einschaltung eines Architekten gebaut würden⁴, bezieht sich zwar vermutlich nur auf freischaffende Architekten. Es bleiben aber immer noch genug Häuser, die nur mit dem rechtlich und technisch erforderlichen Mindestmaß an professionellem Beistand das Licht der Welt erblickt haben – oder auch in den Fabrikhallen von Fertighausproduzenten.

4 Vgl. Statusbericht (s. A 1), S. 82.

2. Baukultur oder Baukulturen?

Baukultur als Alltagskultur

Spätestens hier wird deutlich, dass der Begriff der Baukultur einer Differenzierung bedarf, und zwar einer ähnlichen Differenzierung, wie sie in anderen kulturellen Bereichen schon lange üblich ist. Nicht erst, aber mit besonderem Nachdruck in den späten 1960er und 1970er Jahren ist gerade von verantwortlichen kommunalen Kulturpolitikern immer wieder daran erinnert und auch mit Verve dafür gekämpft worden, dass nicht nur die so genannte Hochkultur, nicht nur Theater, Museen, Opern- und Konzerthäuser der öffentlichen Pflege und Förderung bedürfen, sondern auch das, was man damals gelegentlich als „Alternativkultur“ bezeichnete, später dann eher als Amateurkultur, Populärkultur, Alltagskultur, oder auch etwas ausgefeilter als „populäre Kulturäußerungen“ oder „künstlerisches Laienschaffen“.⁵ Selbst wenn man seinerzeit damit vor allem die Anerkennung und Förderung von Kulturläden, Ökogruppen, Fraueninitiativen, Geschichtswerkstätten oder auch Jazzbands im Auge hatte, im Prinzip ging und geht es ebenso um Männerchöre, Blaskapellen, Laienspielgruppen, nicht nur um Beethoven und Schönberg, sondern auch um Musicals, Schlager und Songs. Und bei genauerem Hinsehen ist diese Doppelbedeutung des Kulturbegriffs ja auch keineswegs neu. Immer hat es nebender viel beachteten Hochkultur auch eine weniger beachtete Volkskultur gegeben, die Kultur der einfachen Leute, des gemeinen Volks, deren sich jedoch im allgemeinen weniger die Musik-, Literatur- oder Kunstgeschichte angenommen hat als die Volkskunde, die dort ein umso reicheres Betätigungsfeld fand.

Es fällt allerdings auf, dass bei der Vielzahl der „populären Kulturäußerungen“ und der Vielfalt des „künstlerischen Laienschaffens“, die damit wieder ins Blickfeld gerieten, vom Bauen – in welcher Form auch immer – nicht die Rede ist. Dabei gab es auch im Bauwesen eine alte Tradition, die zwischen Architektur als Baukunst, die als Kulturzeugnis hohen Ranges gewürdigt wurde, und einem „anonymen“ Bauen unterschied, das vor allem auf dem Lande zu Hause war, ohne dass damit jemals der Name eines Baumeisters hätte verbunden werden können. Wer allerdings heute nach einem zeitgemäßen Begriff für dieses „anonyme“ Bauen sucht, das ja durchaus seine Parallelen im „Häuslebau“ hat, gerät in bezeichnende Schwierigkeiten. Die meisten der in diesem Zusammenhang gebrauchten Begriffe sind mit so vielen negativen Assoziationen verbunden, dass sie sich einer unbefangenen Verwendung nahezu entziehen: die Laienkultur mit der spezifischen Geringschätzung des Laien, mit

⁵ Vgl. Wie funktioniert das? Städte, Kreise und Gemeinden, Mannheim 1986, Art. „Kommunale Kulturpolitik“ und „Alternative Kulturförderung“.

der die Fachleute, ob Internisten, Steuerberater oder Soziologen – oder eben auch Baufachleute – ihr Selbstverständnis, ihren sozialen Status, vor allem aber ihr Monopol auf die Kenntnis der „richtigen Lösung“ begründen, die Populärkultur mit der ebenfalls nicht sehr hohen Wertschätzung, die das Populäre unter gebildeten Menschen genießt, und die „niedere“ im Gegensatz zur „hohen“ Baukultur mit ihrer Nähe zum niederen Volk erst recht. Am neutralsten – wenn auch sicher nicht am präzisesten – stellt sich noch der Begriff der Alltagskultur dar, dies auch wegen seiner Nähe zur Alltagsgeschichte, dem Alltagswissen, dem Alltagshandeln, die inzwischen weit hin fachliche Anerkennung und auch Eingang in die Wissenschaftssprache gefunden haben.

„Häuslebau“ – ein baukulturelles Niemandsland?

Diese Anerkennung und Würdigung des Alltäglichen in anderen Kulturbereichen steht allerdings in einem merkwürdigen Kontrast zu der Geringschätzung, die das alltägliche Bauen, und das heißt eben auch: das Bauen der Millionen von „Häuslebauern“ heute in der architektonischen Fachwelt genießt. Dort wimmelt es von – milde ausgedrückt – Unfreundlichkeiten. Von einer populistischen oder kitschigen Variante des Bauens ist die Rede, von Zeugnissen schlechten oder, kaum besser, Publikumsgeschmacks, von ästhetischer Umweltverschmutzung – nicht Kultur, sondern Unkultur also. Und wer sich an die Ausstellung „Heimat, deine Häuser“ erinnert, wird sich im Nachhinein vielleicht wundern, mit welcher Glaubensgewissheit damals die Herzensangelegenheiten des gemeinen Volks aufgespießt und an den Pranger gestellt wurden, und wer die so genannten „letzten Seiten“ mancher Bauzeitschriften bis in die neuesten Ausgaben hinein verfolgt, auch. Dabei wird jeder, der solche Zeugnisse baulicher Unkultur von innen gesehen hat, wissen, dass sie im Hinblick auf die Solidität – inzwischen auch: Umweltverträglichkeit – der verwandten Materialien und die Qualität der Bauausführung keinen Vergleich zu scheuen brauchen, und dass auch die Grundrisse, bis hin zur Umbau- und Erweiterungsfähigkeit bei sich ändernden Familien- oder finanziellen Verhältnissen, einiges an Lebensweisheit erkennen lassen. Qualitäten also, die jeder Ethnologe bei fremden Völkern als Kulturleistung hohen Ranges bewerten würde – nicht anders übrigens als die Anlage und Pflege eines Gartens, die meist damit verbunden ist, auch. Wenn nicht das Innere, das Äußere der Häuser ist es also offenbar, das das Missfallen der Fachwelt hervorruft.

Dabei wird der Vorwurf von Kitsch und schlechtem Geschmack häufig noch mit dem politisch-moralischen Verdikt der kleinbürgerlichen Enge, des Rückzugs ins Private, des überzogenen Individualismus verbunden – ohne dass Nachweise dafür erbracht würden, dass, zum Beispiel die Wahlbeteiligung oder die Vereinszugehörigkeit, das ehrenamtliche Engagement oder die Spendenfreudigkeit in Einfamilien-

hausgebieten geringer wären als anderswo. Und der Vorwurf wird auch noch dadurch bekräftigt, dass dem Einfamilienhaus die Hauptverantwortung für die Suburbanisierung zugewiesen wird – obgleich inzwischen bekannt ist, dass sich die Mehrzahl der Umlandwanderer nicht aus Häuslebauern, sondern aus Haushalten zusammensetzt, die auch nach dem Umzug kaum seltener in einem Mehrfamilienhaus und zur Miete wohnen als zuvor.

Bauliche Alltagskultur und historische Stadt

Wenn aber eine ernsthafte und vorurteilslose Auseinandersetzung mit den Geschmacksrichtungen und den Ausdrucksformen eines so großen Teils der Bevölkerung für alle gebauten Umwelten wichtig – und überfällig – ist, so für die historischen Städte in besonderem Maße. Zunehmend kann es dort ja nicht mehr nur um die Erhaltung und Nutzung der historischen, meist unter Denkmalschutz stehenden Bestände gehen, sondern auch um die Ergänzung, ob durch die Füllung von Baulücken oder die Abrundung von ganzen Blocks. Für diese stehen heute kaum noch öffentliche Bauherren oder kommunale Wohnungsbauträger, die man vielleicht noch an die Leine nehmen könnte, zur Verfügung. Zunehmend kommen dafür nur noch private Bauherren in Frage, und wenn man die Größe der meisten Parzellen und den Maßstab der benachbarten Bebauung im Auge hat, um eben solche privaten Bauherren, die ihr eigenes Haus bauen wollen und damit bisher auf das Umland ausgewichen sind. Und diese privaten Bauherren haben heute, wo zunehmend nicht mehr Wohnungen, sondern Bewohner Mangelware sind, eine große Zahl von Wahlmöglichkeiten, mehr Wahlmöglichkeiten jedenfalls als in den 150 Jahren zuvor.

Dass sich der Wunsch nach dem eigenen Haus trotzdem – oder gerade deswegen – nicht nur auf das Umland der Städte und das Einfamilienhaus im Grünen richten muss, hat gerade eine im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung durchgeführte Untersuchung zur „Wohneigentumsbildung und Stadterneuerung in den neuen Bundesländern“ gezeigt.⁶ Fast überall gab es Interessenten für Einfamilienhäuser auch in innerstädtischen Erneuerungsgebieten – dies allerdings nur dann, wenn die Preise nicht viel höher sind als bei einem Neubau im Umland, wenn damit auch private Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien und Stellplätze für den PKW verbunden sind und schließlich wenn, hier von besonderem Interesse, die Auflagen des Denkmalschutzes und die Gestaltungsvorschriften der Bauämter nicht so streng sind, dass sie den Eigentümern nicht ähnliche Spielräume zur Verwirklichung eigener Geschmacksvorstellungen lassen, wie sie sie bei jedem Neubau auf der grünen Wiese haben.

6 Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), *empirica Wirtschaftsforschung und Beratung GmbH Berlin* (Bearb.), *Wohneigentumsbildung und Stadterneuerung in den neuen Bundesländern*, Bonn 2002.

3. Zum Verhältnis von Hochkultur und Alltagskultur in der neueren Baugeschichte

Woran aber orientieren sich die Geschmacksvorstellungen, die hier verwirklicht werden wollen? Das Verhältnis – oder auch Nicht-Verhältnis – zwischen baulicher Hoch- und baulicher Alltagskultur soll im folgenden wenigstens in einigen Sätzen an drei Stilrichtungen verdeutlicht werden, die die neuere und neueste Baugeschichte weithin geprägt haben und die daher auch in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen noch überall präsent sind, und zwar:

- dem Traditionellen Bauen als dem Bauen in Anlehnung an historische oder regionale Vorbilder, das sich um 1900 zunächst im sog. Heimatstil manifestierte, sich später aber weitgehend aus dessen politischen und ideologischen Fallstricken befreit und auf gewisse konstruktive und dekorative Elemente beschränkt hat, wie sie am ehesten im aus England importierten Landhausstil zum Ausdruck kommen;
- der klassischen Moderne, vor allem in Form des Neuen Bauens, wie es zwischen 1920 und 1925 in Deutschland vom Bauhaus entwickelt und später unter der Bezeichnung International Style weltweit rezipiert wurde;
- der Postmoderne, die etwa seit 1970 und in entschiedener Opposition zu dieser Moderne zunächst in den Vereinigten Staaten, dann aber auch in Europa und der Bundesrepublik neue Akzente setzte, inzwischen aber weitgehend in einer zwar weniger provokanten, darum aber umso vielgestaltigeren Nachmoderne aufgegangen ist.

Traditionelles Bauen

Dabei kannte und kennt das traditionelle Bauen eine ästhetische Kluft zwischen einer architektonischen Hoch- und einer Alltagskultur kaum. Die Villen und Landhäuser der Ober- und oberen Mittelschicht, die vor und nach dem Ersten Weltkrieg von Hermann Muthesius, Heinrich Tessenow, Paul Bonatz, Paul Schmitthenner und einer großen Zahl ähnlich orientierter Architekten gebaut wurden, unterscheiden sich zwar in der Größenordnung, in der Vielzahl und Vielfalt der Gliederungselemente, in der Qualität der verwendeten Materialien von den bescheideneren Einfamilienhäusern der gleichen Zeit, nicht aber in den elementaren Gestaltelementen, den geneigten Dächern, den Gauben, Erkern, Fenstern und Fensterläden. Und auch die Garten(vor)städte, die um die gleiche Zeit vermehrt gebaut werden, bestehen ja zu einem großen Teil aus Ein- und Zweifamilienhäusern, die sich fast nahtlos in diese Tradition einfügen. Eine Tradition in jedem Falle, die sich solcher Zustimmung erfreute, dass sie, auch als sich die architektonische Avantgarde längst davon verabschiedet hatte, fast unverändert weitergebaut wurde, nicht nur in den 1920er und 1930er Jahren, sondern bis tief in die Nachkriegszeit hinein. Wer etwa die Klein-

siedlungen der 1950er und 1960er Jahre mit den Musterhäusern von Tessenow aus „Hausbau und dergleichen“ von 1915 vergleicht, wer die Landhäuser, die sich eine allmählich wieder zu Geld gekommene Ober- und obere Mittelschicht im Taunus oder am Starnberger See bauen ließ, mit denen ihrer Vorgänger in Zehlendorf oder Schlachtensee vergleicht, der wird mehr Verbindendes als Trennendes finden.

Klassische Moderne

Diesem traditionellen Bauen gegenüber ist die klassische Moderne, ist das „Neue Bauen“, wie es vor allem durch das Bauhaus vertreten wurde, zwar mit dem machtvollen Anspruch angetreten, mit seiner radikal neuen Formensprache nicht nur die kulturelle Avantgarde, sondern auch und gerade „die Massen“, und das heißt vor allem: die Arbeiterschaft zu erreichen und die ungezählten Manifeste, Programme, Flugschriften, die Musterhäuser, Musterwohnungen, Musterküchen, auf die größte Sorgfalt verwandt wurde, legen davon beredtes Zeugnis ab. Dabei ging es auch nicht nur darum, die Adressaten aus den elenden Wohn- und Lebensverhältnissen der meisten Arbeiterviertel zu befreien, sondern mindestens ebenso sehr darum, sie von all dem falschen Zierrat, den Schnörkeln und Ornamenten, die sie den bürgerlichen Vorbildern abgeschaut hatten, zu erlösen. Dabei war man auch keineswegs auf den Geschossbau festgelegt. Die Römerstadt in Frankfurt am Main, Dammerstock in Karlsruhe, Onkel Tom's Hütte in Berlin – und viele andere mehr –, bestanden nicht zum geringsten Teil aus Einfamilienhäusern, wenn auch fast immer in Form von Reihenhäusern und meist zum Vermieten bestimmt.

Wenn trotzdem die Resonanz zumindest bei denen, für die diese Siedlungen gedacht waren, relativ bescheiden blieb, so – ganz abgesehen davon, dass die Wohnungen für viele von ihnen noch immer zu teuer waren – zum einen sicher deswegen, weil die Zeit, in der das Neue Bauen eine Breitenwirkung hätte entfalten können, zu kurz und die Bautätigkeit durch die Rezession Ende der 1920er Jahre fast zum Erliegen gekommen war, weniger vermutlich durch den politischen Gegenwind, der den als Kulturbolschewisten gebrandmarkten Architekten entgegen blies. Zum anderen aber auch deswegen, weil die Formensprache, derer sich das Neue Bauen bediente, der Mehrheit der Bevölkerung fremd war und blieb. Dass man mit Dekor und Ornament vielleicht auch Symbol- und Bedeutungsgehalte, zumindest Anmutungsqualitäten verbannt hatte, deren Fehlen eine spürbare Lücke hinterlassen musste, war vermutlich niemandem in den Sinn gekommen. Und wenn es, im historischen Kontext gesehen, auch sicher stimmte, dass wie Heinrich Klotz einmal sagte, eine leere weiße Wand inhaltsreicher sein kann als eine Kaskade von Ornamenten.⁷

7 H. Klotz, *Moderne und Postmoderne. Architektur der Gegenwart 1960-1980*, Braunschweig 1985.

Die „Massen“, die mit diesen Wänden konfrontiert waren, waren sicher nicht eben diejenigen, bei denen eine solche Botschaft ankommen konnte. Als Julius Posener, als kritischer und nicht gerade konservativer Zeitgenosse bekannt, einmal nach der Reaktion der Bewohner auf das Erscheinungsbild der neuen Siedlungen gefragt wurde, sagte er nur trocken: „Die Leute, die aus viel schlechteren Wohnungen kamen, freuten sich am Haus, an der Küche, am Garten... Gefallen hat ihnen das Ding nicht.“⁸ Ändern konnten sie „das Ding“ aber auch nicht, es gehörte ihnen ja nicht. Im französischen Pessac hingegen, wo Le Corbusier 1925/1926 seine Vorstellungen einer Arbeitersiedlung ohne Wenn und Aber hatte verwirklichen können, die Häuser aber – stark subventioniert – verkauft werden mussten, machten sich die Bewohner sehr bald daran, den flachen Dächern und Dachterrassen Sättel aufzusetzen, die Fensterbänder aufzuteilen, die Türen mit den in der Gegend üblichen Dekors zu versehen, für sie vermutlich die einzige Chance, sich die Häuser, wie man inzwischen sagt, „anzueignen“.⁹ So hat denn das Neue Bauen selbst in den öffentlich geförderten Wohnungsbau der Nachkriegszeit auch nur in sehr abgeschwächter Form Eingang gefunden, im privaten Einfamilienhaus- und erst recht im „Häuslebau“ ist es Ausnahme geblieben. Selbst in den so genannten Wildschweingebieten, in denen sich sonst jede Geschmacksrichtung ihr eigenes Denkmal schafft, wird man, mit Ausnahme der Garagen, kubische Baukörper nur selten finden.

Postmoderne und Nachmoderne

Hier genau setzt die so genannte Postmoderne zumindest in ihren programmatischen Schriften und Bauten an. Vor allem Charles Jencks, einer ihrer beredtesten Protagonisten, weist gleich in der Einleitung zu seinem Buch über „Die Sprache der postmodernen Architektur“ darauf hin, dass sich die Moderne, so sozial sie in ihren Zielen gewesen sei, zumindest in ihrem gestalterischen Anspruch immer nur an eine Elite gerichtet habe, an die Architekten selbst und an eine engagierte, an Architektur und Kunst interessierte Minderheit, während sich die Postmoderne mindestens an zwei Bevölkerungsschichten wenden würde, einerseits an eben diese Elite, andererseits an die breite Öffentlichkeit, den „Mann auf der Straße“.¹⁰ Und dass sie nicht zuletzt deswegen auch den Versuch machen würde, die Symbol- und Bedeutungsgehalte, die den Erfahrungshintergrund des Mannes auf der Straße bildeten, aufzudek-

8 J. Posener, *Vorlesungen zur Geschichte der neueren Architektur*, in Arch+, Heft 48, 4. Aufl., 1983, S. 67.

9 Vgl. P. Boudon, *Die Siedlung Pessac – 40 Jahre Wohnen à la Le Corbusier. Sozio-architektonische Studie*, Gütersloh 1971 (Bauwelt Fundamente 28).

10 C. Jencks, *Die Sprache der postmodernen Architektur*, Stuttgart 1980, S. 6 f.; vgl. auch E. Spiegel, *Nachmoderne Architektur – Über die Umwandlung von Geschichte in Gegenwart*, in: *Die Alte Stadt*, Heft 4/1985, S. 351-368.

ken, zu entschlüsseln und in gebaute Form umzusetzen. Statt vom Alltäglichen ist dabei allerdings häufiger vom Gewöhnlichen, Banalen oder auch, bezogen auf die Sprache der Architektur, vom „Jargon“ der Straße die Rede, in den englischen Originalen auch von „vernacular“, volkstümlich, bodenständig.

Und in der Tat dürften gerade die Stilelemente postmodernen Bauens, die in der Bundesrepublik der schärfsten Kritik ausgesetzt waren, die historisierenden Portale und Arkaden, Galerien und Rotunden, dem „Mann auf der Straße“ durchaus gelegen gekommen sein, ob er sich nun von einer Italienreise her an sie erinnerte oder ob ihm damit Ausdrucksmittel an die Hand gegeben wurden, mit denen er das Haus, an dem er vielleicht gerade baute, schmücken, individueller gestalten und vom Haus des Nachbarn abheben konnte. Weniger kontrovers, aber noch breitenwirksamer waren die regionalen Stilelemente, denen die postmoderne Architektur wieder zu Ansehen verhelfen wollte, zumal gerade in Deutschland und gerade im Einfamilienhausbau die ober- und niederdeutschen Bauernhäuser ihren Vorbildcharakter nie ganz verloren hatten. Las Vegas, der „Strip“ und andere Inkarnationen des Banalen, die in der „Philosophie“ der Postmoderne ebenfalls eine große Rolle spielten¹¹ sind dagegen nicht einmal in den Vereinigten Staaten, geschweige denn in Europa auf viel Gegenliebe gestoßen.

So groß die Entrüstung und so vehement der Protest waren, den diese Art von „Talmi-Historie“ gerade bei den Architekten, die selbst noch in der Tradition des Neuen Bauens groß geworden waren, zunächst auslösen musste, Protest und Entrüstung sind auch in der Fachwelt erstaunlich schnell der Einsicht gewichen, dass sich hier auch neue Freiheiten des künstlerischen Ausdrucks eröffneten, die sich keineswegs nur in der Verwendung postmoderner Versatzstücke äußern musste. Die Vielfalt der Ausdrucksmöglichkeiten, die die gesamte nachmoderne Architektur kennzeichnet und die nirgendwo besser auf höherem Niveau und in unmittelbarer Nachbarschaft zu besichtigen ist als im heutigen Berlin, kann sicher verwirren, ausdruckslos ist sie kaum. Umso weniger sind aber auch die Fertigteil- und die Fertighausfabrikanten zu tadeln, die ihrer Klientel jedenfalls einen Abglanz dieser Vielfalt anzubieten versuchen – und ihnen damit erlauben, sich ihrer Wahlmöglichkeiten bewusst zu werden, sich für diese oder jene Variante zu entscheiden, dem Lebensstil, dem sie sich vielleicht verschrieben haben, auch nach außen Ausdruck zu verleihen. Dabei greift der Vorwurf der Beliebtheit, bei weitem der häufigste Vorwurf, der der nachmodernen Architektur gemacht wird, zu kurz – zumal er immer nur die anderen trifft. Nicht umsonst ist Kontingenz, Zufälligkeit, die Möglichkeit, dass etwas so, aber eben auch anders sein kann, zu einem der Schlüsselbegriffe der Gegenwart geworden.

11 Vgl. R. Venturi / D. Scott Brown / S. Izenour, Lernen von Las Vegas. Zur Ikonographie von Architektursymbolik der Geschäftsstadt, Braunschweig 1979 (Bauwelt Fundamente 53).

4. Zum Umgang mit baulicher Alltagskultur in Gegenwart und Zukunft

Was ist aus diesem Nach- und Nebeneinander denkbar unterschiedlicher Ausdrucksformen und -möglichkeiten zu lernen, was bedeutet es für die Entwicklung einer baulichen Alltagskultur, die auch dem „Neuen Bauen in alter Umgebung“ zugute kommen kann?

- Allem voran muss überhaupt erkannt und anerkannt werden, dass es, ähnlich wie in anderen Kulturbereichen auch, nicht nur die eine, sondern mindestens zwei Baukulturen gibt, ob man die zweite nun als Volks-, Laien-, Popular- oder wie hier als Alltagskultur bezeichnen will, und dass beide gleichermaßen legitim sind – ebenso wie die zahlreichen Übergänge zwischen ihnen.

Qualitätsmaßstäbe

- Wenn für die öffentliche Inwertsetzung von Architektur so dezidiert ästhetische als Geschmacksfragen ausgeklammert werden, so ist schwer zu begründen, dass dies nicht auch für die bauliche Alltagskultur gelten soll. Auch diese ist Ausdruck einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Und wenn stattdessen ebenso dezidiert auf „Qualität“ als eigentlich unterscheidendes Merkmal zwischen „guter“ und „schlechter“ Architektur verwiesen wird, so muss deutlich gemacht und jedem Bauwilligen vermittelt werden, was dabei unter Qualität zu verstehen sei. Hier gibt es Leerstellen. Als Expertenwissen der Fachpreisrichter und Gestaltungsbeiräte, das allenfalls in den Entwurfsseminaren der Architekturfakultäten weitergegeben wird, wird architektonische Qualität jedenfalls keine Breitenwirkung entfalten.
- In jedem Falle wird es aber eine „Erziehung zur guten Form“, wie sie jahrzehntelang und mit großem Idealismus von Bau- und Wohnberatungsstellen betrieben wurde, in dieser Form nicht mehr geben können. Zum einen deswegen nicht, weil auch bei den Erziehern wohl kaum noch Einvernehmen darüber hergestellt werden kann, was denn diese gute Form sei, zum anderen deswegen nicht, weil diejenigen, die da erzogen werden sollten, inzwischen subjektiv wie objektiv an Statur gewonnen haben. Wenn sie schon in der Sprachregelung der Baugesetze und Verordnungen von Betroffenen über Beteiligte zu Mitwirkenden geworden sind, so hier erst recht. Gerade als Mitwirkende sind sie jedoch durchaus an Beratung interessiert. Beratung genießt sogar hohen Stellenwert.

Wissensdefizite in Theorie und Empirie

- Auch Beratung steht allerdings auf schwachen Füßen, wenn allenfalls ein sehr rudimentäres Wissen darüber vorhanden ist, weswegen diese oder jene Gestal-

tungselemente, diese oder jene ästhetischen oder semantischen Aussagen eines Bauwerks bei den Adressaten „ankommen“, andere nicht, und bei wem sie ankommen, bei wem nicht. Die schlichte Aussage etwa, dass das traditionelle Bauen, dass Walmdächer, Sprossenfenster, Backsteinsockel eher emotionale Schichten der Person ansprechen als Flachdächer, Fensterbänder und die leere weiße Wand, reicht so nicht aus. Schon seit Jahrzehnten werden zwar Wohnzufriedenheitsuntersuchungen durchgeführt, in denen nach der Zufriedenheit mit dem Grundriss und der Ausstattung der Wohnung, der Größe und Zuordnung der Räume gefragt wird, auch nach der Gebäudeform, ob hoch oder niedrig, Zeile oder Punkt. Ob den Bewohnern das Äußere der Häuser, in denen sie wohnen, eigentlich gefällt, interessierte jedoch nicht. Erst neuerdings und unter dem Druck von Absatzschwierigkeiten werden dabei auch Zielsetzungen verfolgt und Methoden eingesetzt, die aus der Konsumforschung längst bekannt erst jetzt auch auf die Wohn- und Wohnumfeldwünsche der auch in dieser Beziehung „souverän“ gewordenen Konsumenten und die Zusammenhänge mit ihren Lebensstilen – die ja ebenfalls eine ästhetische Dimension haben – angewandt werden.¹² Umso höher ist es Landesverbänden des Bundes Deutscher Architekten anzurechnen, wenn sie schon früher und ohne einen solchen Druck Untersuchungen gefördert haben, die die Kommunikationsschwierigkeiten zwischen „Experten“ und „Laien“ und die Vorstellungen der „Laien“ über Architektur zum Gegenstand haben.¹³ Dies sind jedoch (noch) Ausnahmen. Auf der anderen Seite sind aber auch die Wahrnehmungs- und die Zeichentheorie, die mit ihrer Betonung des Kommunikationscharakters von Architektur noch am ehesten Ansätze für die Erklärung der Rezeption oder Nicht-Rezeption architektonischer Formensprachen entwickeln konnten, zumindest außerhalb der Vereinigten Staaten eine breitere empirische Absicherung bisher schuldig geblieben. Wenn immer wieder zusätzliche Forschung zum Thema Baukultur angemahnt und auch versprochen wird, hier fände sie ein nahezu unbeackertes Feld.

Bewahrung des Alten und Spielräume für Neues

- Sicher ist allerdings heute schon eines: Von allen Manifestationen von Baukultur genießt der Denkmalschutz bei der Mehrheit der Bevölkerung die höchste

¹² Vgl. vhw Forum Wohneigentum, Heft 1/2003 (Thematischer Schwerpunkt: vhw-Projekt „Nachfrageorientierte Wohnungspolitik“).

¹³ Vgl. R. Rambow / R. Bromme, Laienkonzepte über Architektur und Wahrnehmung der Medienberichterstattung über Architektur durch Laien. Abschlussbericht über ein Forschungsprojekt, gefördert durch den Landesverband NRW des Bundes Deutscher Architekten (BDA). Berichte aus dem Psychologischen Institut III der Westf. Wilhelms-Universität Münster, Bericht N. 31, Februar 1997; R. Rambow, Experten-Laien-Kommunikation in der Architektur, Münster 2000.

Akzeptanz. Und nicht nur der Denkmalschutz, das Alte schlechthin. Von den 1.000 Bundesbürgern, die im Jahr 2001, ebenfalls im Zusammenhang mit der Initiative Architektur und Baukultur, danach gefragt wurden, ob sie lieber in einem anspruchsvoll renovierten Altbau oder in einem Neubau mit moderner Architektur wohnen würden, sprachen sich 62% für den Altbau aus, auch mehr als die Hälfte derer, die zu dieser Zeit in einem Neubau wohnten.¹⁴ Und schon 1996, als ein ebenfalls repräsentativer Querschnitt der west- und ostdeutschen Bevölkerung nach seinem „Wunschhaus“ gefragt und dabei, wohl erstmalig, auch ein Bauernhaus zur Wahl gestellt wurde, votierten in den alten Ländern 13%, in den neuen 10% für das Bauernhaus, nur 8 % bzw. 10% für ein Reihenhäuser.¹⁵ Angesichts einer solchen Wertschätzung des Alten könnte sich der Denkmalschutz also zufrieden zurücklehnen – wenn sich diese Wertschätzung nicht auch als geteilter Segen erweisen könnte, etwa wenn die Rekonstruktion des Berliner Schlosses oder des Thurn und Taxis-Palais in Frankfurt am Main zur Diskussion stehen und in Politik und Öffentlichkeit breite Zustimmung finden. Auf die damit verbundene Reduktion des Historischen auf aus welchem Grunde auch immer positiv bewertete Gebäude und Stadträume – unter Ausklammerung der inzwischen nicht weniger „historischen“ Zeugnisse der Moderne – hat kürzlich Harald Bodenschatz in der „Alten Stadt“ hingewiesen.¹⁶

Eines der vornehmsten Ziele aller kulturpolitischen Aktivitäten auch in der alten Stadt sind emotionale Bindung, Identifikation, Entstehen von „Heimat“. Nun ist aber bekannt, dass sich Bindungswirkungen am ehesten dort einstellen, wo Orte durch eigenes (schöpferisches) Tun, den Bau oder Umbau eines Hauses, die Anlage eines Gartens, die Mithilfe bei der Gestaltung einer öffentlichen Freifläche, „angeeignet“ werden können. Schöpferisches Tun bedarf jedoch der Spielräume, innerhalb derer auch selbst gestaltet oder umgestaltet werden kann. Insofern nimmt es kaum Wunder, dass es zu den wichtigsten Ergebnissen der Untersuchung der Wohneigentumsbildung in ostdeutschen Städten gehörte, dass es vor allem dann Interessenten für den Bau eines Einfamilienhauses in innerstädtischen Erneuerungsgebieten gibt, wenn auch dort ähnliche Spielräume zur Verwirklichung eigener Gestaltvorstellungen vorhanden sind wie bei einem Neubau „auf der grünen Wiese“ auch. Gegenüber einer Fixierung auf das Alte, die nicht mehr nach Original und Rekonstruktion unterscheidet, kann sich gerade dies aber auch als Chance für eine Weiterentwicklung historisch gewachsener Stadtbilder erweisen.

¹⁴ Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Baukultur in Deutschland 2. Prozesskommunikation. Umfragen – Interviews, Bonn 2002, S. 27.

¹⁵ N. Schneider / A. Spellerberg, Lebensstile, Wohnbedürfnisse und räumliche Mobilität, Opladen 1999, S. 168-170.

¹⁶ H. Bodenschatz, Altstadt, Geschichte und Stadtplanung, in: Die Alte Stadt, Heft 1/2002, S. 8-17.

Zur Funktion einer intermediären Ebene

- Baukultur, auch bauliche Alltagskultur entwickelt sich in einem längeren Prozess, der durch ein Wechselspiel zwischen ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen den Wünschen und Vorstellungen individueller Bauherren und intermediären Gruppierungen und Organisationen, die die Vermittlung übernehmen, gekennzeichnet ist. Die ökonomischen, sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen sind als solche bekannt, die potentiellen Bauherren auch. Woran es hier fehlt, sind die intermediären Gruppierungen und Organisationen, die die Vermittlung übernehmen. Musizieren oder Laienspiel findet in der Regel in Gruppen statt, die sich gegenseitig anregen, ergänzen, korrigieren, gemeinsam Qualitätsmaßstäbe entwickeln und auch die Vertretung ihrer Sache nach außen übernehmen. Ein Haus zu bauen, ist zwar durchaus kein einsames Geschäft. Es bringt nicht nur Bauherren, Bauleiter und Handwerker, sondern auch Verwandte, Freunde und Nachbarn zusammen, dies vor allem dann, wenn Selbsthilfe damit verbunden ist. Und es ist eingebunden in ein weit verzweigtes Netz, innerhalb dessen Erfahrungen ausgetauscht, Ratschläge eingeholt, Erfolge und Misserfolge diskutiert werden – dies aber meist ohne festes organisatorisches Gerüst, und auch nicht auf Dauer. Bauvereine und Baugenossenschaften, die es sich angelegen sein ließen, auch weniger versierten Bauwilligen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, waren und sind oft eher an wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen des Bauens interessiert als an ästhetischen. So zahlreich und gewichtig sie de facto sind, in der baukulturellen Diskussion sind die „Häuslebauer“ allenfalls als Wirtschaftsfaktor – und als Heimsuchung – vertreten.
- An Interesse für das Bauen und Gebautes fehlt es ihnen jedoch nicht. Es wird zwar immer wieder beklagt, dass das Interesse der Öffentlichkeit an zeitgenössischer Architektur so gering sei, dass etwa im Fernsehen historische Bauten mit interessierten Zuschauern rechnen könnten, moderne Architektur aber nur dann, wenn der Name eines Stars damit verbunden sei. Gleichzeitig gibt es aber 37 Zeitschriften, die sich ausschließlich dem Thema „Wohnen“ widmen – allein „Schöner Wohnen“ kann sich auf zwei Millionen Leser berufen -, und nicht in allen kommen Haus und Garten nur als Kulisse vor, und nicht in allen beherrschen pseudoantike Vitruvinnen und gefälschte Barockkommoden das Bild. Hier klaffen offenbar Abgründe des gegenseitigen Nicht-Wissens und Nicht-Verstehens, deren Überbrückung besonderer Anstrengungen bedarf.
- Diese Anstrengungen müssen sich vor allem auf die Förderung einer intermediären Ebene richten, die ihre Klientel zunächst dort „abholt“, wo sie sich gerade befindet, beim Bauen. Nationale und regionale Architekturzentren und -institute, wie es sie in anderen Ländern bereits länger und in größerer Zahl gibt,¹⁷ sollten

17 Vgl. C. Peters / S. Willinger, Architekturpolitiken in Europa. Ein Überblick, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/2002, S. 645-654.

sich daher auch nicht auf die Hebung des Interesses an „Architektur“ allgemein beschränken, sondern auch auf die spezifischen Interessen von Bauwilligen eingehen, Beispiele und Modelle zeigen, die sich nicht allzu weit von deren Möglichkeiten und Vorstellungen entfernen, direkt verwendbare Informationen vermitteln, ob über geeignete Materialien, Bauelemente oder Gestaltungsvarianten – und dabei auch die Herstellerseite einbeziehen. „Abholen“ bedeutet aber auch, dass all dies nicht nur in Landeshauptstädten angeboten wird, sondern überall dort, wo es gebraucht wird, „vor Ort“, nicht viel weiter entfernt als der nächste Fachmarkt, bei dem man sich sonst bedient, auch. Das Internet kann dabei wichtige Hilfestellung leisten. Sicher wären auch die ohnehin nicht sehr zahlreichen Architekten, die sich schon länger in Bauherrengemeinschaften oder Selbsthilfegruppen engagieren, für eine Unterstützung von dieser Seite dankbar.

- In diesem Zusammenhang sind aber auch die Kommunen gefordert, nicht nur als Mitinitiatoren und -träger solcher Zentren, sondern auch als die Institution, die den besten Überblick über die lokale Kultur- und Vereinsszene hat und auch am ehesten die Möglichkeit, Querverbindungen auch zu solchen Gruppierungen herzustellen, die die gebaute Umwelt als Ganzes im Blick haben, wenn auch vielleicht aus einem anderem Blickwinkel. Nicht alle Heimatvereine befassen sich nur mit der Erhaltung von Brauchtum und Sitte, nicht alle Kunstvereine nur mit der Förderung von Ankäufen und Ausstellungen. Hier ist aber auch eine engere Zusammenarbeit zwischen den Bau- und den Kulturämtern, die hier vielleicht die besseren Beziehungen und die bessere Kenntnis der Schlüsselpersonen haben, gefragt.
- Schließlich zeigt ein weiterer Blick über die nationalen Grenzen auch die Bedeutung konkreter Beispiele guter Alltagsarchitektur. Wer Graubündner Dörfer kennt, wird dort nicht nur auf herausragende Bauwerke stoßen, die sie zu Wallfahrtsorten auch deutscher Architekten gemacht haben, ob in Vals oder Sumvitg, sondern auch hier auf ein umgebautes Bauernhaus, dort auf eine Scheune, die sich auf den ersten Blick im Ortsbild verstecken, auf den zweiten aber gestalterische Qualitäten aufweisen, die sie zwar merklich, aber nicht so sehr von ihren Nachbarn unterscheiden, dass sie nicht Vorbildcharakter auch für deren Um- oder Neugestaltung gewinnen könnten.¹⁸

Die Förderung von Baukultur darf sich also in der Tat nicht auf funktional oder gestalterisch herausragende Bauwerke, überhaupt nicht auf „Architektur“ im engeren Sinne beschränken. Ihr Niveau bemisst sich nicht weniger am alltäglichen Bauen, wie es millionenfach unsere bauliche Umwelt prägt. Will man hier Änderungen bewirken, so bleibt entscheidend, dass Bauwillige nicht als Laien, nicht als zu Belehrende und zu Bekehrende wahrgenommen werden, sondern als gleichberechtigte Partner in einem baukulturellen Prozess, und dass ihre Ansprüche und Vorstellungen nicht weniger ernst genommen werden als die anderer Partner auch.

18 Vgl. u.a.H. Adam: Die Schweiz – das (angebliche) Architekturwunder? In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.2002, S. 673-682.

Adelheid von Saldern

Stadtfeiern im 20. Jahrhundert

1. Einführung

Wer die Homepage des deutschen Städtetags aufschlägt und die Rubrik Stadtjubiläen sucht, erhält den Eindruck, die Städte in Deutschland sähen ihre wichtigste Aufgabe darin, Stadtjubiläen zu feiern – so viele Anzeigen sind dort zu finden. Allein für das Jahr 2000 sind 102 Gemeinden aufgelistet.¹ Die Vorstellung, dass die Städte nur feierten, trägt zwar, aber richtig ist, dass Stadtfeiern eine sehr ernste und wichtige Angelegenheit städtischer Politik während des gesamten 20. Jahrhunderts gewesen sind und sich daran wohl auch in Zukunft nichts ändern wird.² Zwar gab es Stadtfeiern bekanntlich auch schon in früheren Jahrhunderten, aber deren Anzahl und Ausmaß haben im Verlauf des 20. Jahrhunderts deutlich zugenommen. Höhepunkte aller Stadtfeiern waren und sind die seit Beginn des 20. Jahrhunderts in Mode gekommenen Stadtjubiläen,³ deren Entstehungsgeschichte mit jener der nationalen

- 1 Nach S. Schraut, „...im Bewusstsein hoher Tradition.“ Stadtjubiläen im Ruhrgebiet, in: *dies.* / B. Stier (Hrsg.), Stadt und Land. Bilder, Inszenierungen und Visionen in Geschichte und Gegenwart. Wolfgang von Hippel zum 65. Geburtstag, Stuttgart 2003, S. 289-318, hier S. 306.
- 2 Zu Festen und Feiern siehe u.a.: A. Assmann, Festen und Fasten – Zur Kulturgeschichte und Krise des bürgerlichen Festes, in: W. Haug / R. Warning (Hrsg.), Das Fest, München 1989, S. 227-246; H. Bausinger, Anmerkungen zum Verhältnis von öffentlicher und privater Festkultur, in: D. Düding / P. Friedemann / P. Münch (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 390-405; M. Hettling / P. Nolte (Hrsg.), Bürgerliche Feste, Göttingen 1993; M. Maurer, Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand, in: Historische Zeitschrift, 253 (1991), S. 101-130; W. Gebhardt, Fest, Feier und Alltag. Über die gesellschaftliche Wirklichkeit des Menschen und ihre Deutung, Frankfurt a.M. 1987; W. Lipp, Gesellschaft und Festkultur. Großstadtfeste der Moderne, in: Stadt und Fest. Zu Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, hrsg. von P. Hugger in Zusammenarbeit mit W. Burkert / E. Lichtenhahn, Stuttgart 1987, S. 231-249. Für Kritik und Anregungen danke ich Uta C. Schmidt und Lu Seegers.
- 3 Zu den Stadtjubiläen gibt es noch kaum Forschungen. Ausnahmen sind: S. Schraut (s. A 1); G. Brunn, 750 Jahre Berlin – Notizen zu einem Jubiläum, in: IMS 1987/2, S. 1-6; U. Weiß, Stadtjubiläum und historisches Bewusstsein. Zum Beispiel Erfurt, in: IMS 1993/1, S. 10-13; E. Holtmann, Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung. Stadtjubiläen in der frühen Nachkriegszeit: 700-Jahr-Feiern in Kamen 1948 und Unna 1950, in: Westfälische Forschungen, 41 (1999), S. 89-105; A. Kohl, Durch Verwaltungsreform zur integrativen Stadtgesellschaft? Partizipative und organisatorische Neugestaltung des kommunalen Handelns am Beispiel des Stadtjubiläums Münster, Münster 1998; K. Thijs, Die „braune“ Erzählung der Stadtgeschichte. Zur 700-Jahr-Feier der

Gedenkfeiern und Denkmalfeiern des 19. Jahrhunderts verbunden ist.⁴

Warum treiben Städte solchen Aufwand? Schließlich kosten die Feiern Geld, die Organisation macht Mühe, und die Vorbereitung erfordert Zeit. Im Folgenden soll dieser Frage ausschnittartig nachgegangen und damit zu einer historischen Rekonstruktion der Entstehung modernen Stadtkultur beigetragen werden.⁵

2. Die Stadt als Gesamtakteur

Überblickt man das 20. Jahrhundert, so zeigt sich, dass die Städte die diversen Feierlichkeiten stets als Gelegenheiten nutzten, um sich als quasi personaler Gesamtakteur zu präsentieren. Begrifflichkeiten, die an Menschen erinnern, wie die Ausdrücke „Antlitz“, „Gesicht“ und „Persönlichkeit“, sind keine Seltenheit.⁶ Die Stadt wird als eine soziale Einheit gesehen, sie tritt als Akteur auf und gibt vor, die Gesamtheit der Stadt, in der alle Interessen der Stadtbewohner aufgehoben seien, zu repräsentieren.

Aus solchem Anlass lud die Stadtverwaltung hohe Gäste aus dem In- und Ausland ein, die sich dann mit großer Geste ins Gästebuch der Stadt eintrugen, Grußbotschaften verlasen und Geschenke überreichten. In DDR-Städten kam es aus diesen Anlässen zu regelrechten Gratulationscoursen, bei denen Vertreter aller möglichen Organisationen gegenüber der Stadt, vertreten durch den Oberbürgermeister, ihre Referenz erwiesen. Ob in Ost oder in West, ob im NS-Staat oder in der Demokratie, immer bedeuteten die Stadtjubiläen die große Stunde für die Oberbürgermeister. Geschmückt wie hohe Staatsmänner repräsentierten sie vor den Gästen und der Stadt-

Reichshauptstadt und zur stadthistorischen Disziplin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jb des Landesarchivs Berlin, 2002, S. 111-136; H. Schilling, Ortsjubiläen ohne Gedächtnis. Geschichte als Medium des lokalen Identitätsmanagement, in: Geschichte lernen, 9 (1996), H. 49, S. 60-65; D. Schott, Die Vernetzung der Stadt. Kommunale Energiepolitik, öffentlicher Nahverkehr und die „Produktion“ der modernen Stadt Darmstadt – Mannheim – Mainz 1880-1914, Darmstadt 1999; ders., Kunststadt – Pensionsstadt – Industriestadt. Die Konstruktion von Stadtprofilen durch süddeutsche Stadtverwaltungen vor 1914, in: Die Alte Stadt 4/1999; A. von Plato, Stadtjubiläen im Nationalsozialismus. Propaganda von oben oder Konsens von unten, in: Die Alte Stadt 1/2001, S. 29-38.

- 4 So feierten Braunschweig schon 1861 und Mannheim 1907 ihre Jubiläen.
- 5 Zu einem Teil beruhen die Ausführungen auf einem Forschungsprojekt über Stadtrepräsentationen zwischen 1930 und 1970, das von der VolkswagenStiftung finanziert wurde. Die Ergebnisse werden veröffentlicht in A. von Saldern (Hrsg.), Inszenierte Einigkeit. Herrschaftsrepräsentationen in DDR-Städten, Stuttgart 2003; *dies.* (Hrsg.), Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei politischen Systemen (1930-1970) (Arbeitstitel), Stuttgart 2004 (im Erscheinen).
- 6 Das Stadtbild habe das „historische Gesicht verloren“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.6.2002, zit. n. M. Zimmermann, 1150 Jahre Stift und Stadt Essen. Die neue Suche nach einem alten Ursprung, in: P. Münch (Hrsg.), Historische Jubiläen, 2003 (im Erscheinen).

öffentlichkeit ihre Stadt, gaben sich dabei höchst „stadtmännisch“, das heißt über den Parteien und den Tagesquerelen schwebend, allein das Große, Ganze und das historische Erbe ins Auge fassend. Sie nahmen die dargereichten Huldigungen und Geschenke mit Haltung und Würde entgegen, verwiesen in ihren Reden auf die einzigartige Bedeutung ihrer Stadt in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und dankten allen, die zu diesem schönen Fest beitrugen.

Zu solchen Gelegenheiten wurde die Stadt als Sozial- und Kulturraum zur Schau gestellt – auch dann, wenn städtische Selbstverwaltung nicht mehr existierte. So wurde in beiden Diktaturen der Verlust der demokratischen Selbstverwaltung⁷ positiv gedeutet und durch große Auftritte der Oberbürgermeister zu kompensieren versucht. Die jeweils „neue Zeit“ sei angebrochen, die Stadt sehe glanzvollen Jahren entgegen, so hieß es stets. In der NS-Zeit verwies der Reichsleiter und Münchner Oberbürgermeister Fiehler in seiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Gemeindetages gerne auf die Erneuerung der Selbstverwaltung im Geiste des Freiherrn vom Stein. Hierbei spielte die durch die NS-Gemeindeordnung von 1935 erzwungene Eintracht über die neue städtische Ordnung eine maßgebliche Rolle,⁸ wobei der Rekurs auf die mittelalterliche Stadtverfassung die NS-Gemeindeordnung legitimieren sollte.⁹ Auch in der DDR fühlten sich die Oberbürgermeister bei solchen Gelegenheiten veranlasst, ebenfalls die Gemeinsamkeit und Einigkeit zwischen Staat und Partei zu inszenieren und ihre äußerst beschränkten Funktionen als Repräsentanten der untersten staatlichen Verwaltungseinheit auf diese Weise geschickt zu überspielen. Sie stellten sich weiterhin als potente Akteure dar, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinden symbolisch unter Beweis zu stellen und ungeachtet des geringen Status der Städte im staatlichen Gesamtrahmen städtischen Stolz zu verbreiten. Positiv gewendet sprachen sie von der neuen „sozialistischen Stadt“ oder von der „Stadt im Sozialismus“.¹⁰

7 Der Begriff Selbstverwaltung ist zu historisieren. Er bedeutete in der Weimarer und Bonner Demokratie anderes als im 19. Jahrhundert. Insbesondere ist auf die Finanzabhängigkeit der Kommunen von den Ländern und dem Reich/Bund hinzuweisen. Gleichwohl ist dieser Begriff erhalten geblieben. Siehe dazu die diversen Beiträge in dem Sammelband von *H. Wollmann / R. Roth* (Hrsg.), *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland in den neunziger Jahren*, Bonn 1993 (verb. Neuauf. 1999).

8 So in Guben anlässlich des 1935 gefeierten Stadtjubiläums. *E. Rembold*, Vom „Bollwerk deutscher Kultur“ zum „Bollwerk des Friedens“. Die Gubener Stadtjubiläen von 1935 und 1960, in: *A. von Saldern*, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

9 *L. Seegers*, Wehrhaftigkeit, Sauberkeit und „deutsche Wertarbeit“. Die Inszenierung der Zwickauer Geschichte, Gegenwart und Zukunft bei den Stadtjubiläen im Nationalsozialismus und in der DDR, in: *A. von Saldern*, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

10 Vgl. zum Beispiel *A. von Plato*, Feiern in der doppelten Diaspora: Leinefelde im katholischen Eichsfeld – eine „sozialistische Stadt“ oder eine „Stadt im Sozialismus“?, in: *A. von Saldern*, *Inszenierte Einigkeit* (s. A 5), S. 235-274.

Doch auch im Kaiserreich und in den Parteienstaaten des 20. Jahrhunderts gewöhnten sich die Stadtväter daran, bei Stadtjubiläen die Begrenzungen städtischer Selbstverwaltung zu überspielen. War schon die städtische Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert durch staatliche Rahmenseetzungen beschränkt, so nahmen die materiellen Abhängigkeiten im 20. Jahrhundert erheblich zu. Insbesondere wurde die Entscheidungsautonomie im Bereich der Finanzen wesentlich eingeschränkt – beginnend mit Erzbergers Reichsfinanzreform von 1920 bis hin zur Finanzreform von 1969. Insbesondere fungier(t)en die Zweckzuweisungen als „goldene Zügel“ des Staates.¹¹ Heute, so wird in der Literatur kritisch vermerkt, sollen Großprojekte in Form von Großfeiern und Großausstellungen die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitik beweisen, wohingegen eine verlässliche regulative Politik nicht mehr gefragt sei. Die Planung und Durchführung solcher Events durch Sonderorganisationen, so heißt es weiter, unterhöhle die Kommunalbürokratie und die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bevölkerung. Auf die Aufbruchstimmung einer solchen „Zeitmaschine“ folge oftmals eine Katerstimmung.¹²

Hier wird die Zweischneidigkeit einer Stadtimagepolitik angesprochen, die mittels Feiern und Festen ein positives Stadtimage über die Stadtgrenzen hinweg aufzubauen und dadurch die Attraktivität der Stadt zu erhöhen versucht. Allerdings sind Stadtfeste immer nur ein Teil der städtischen Öffentlichkeitsarbeit und Informationspolitik gewesen. Stadtimagepolitik wurde in Form von gezielter Öffentlichkeitsarbeit im Laufe des 20. Jahrhunderts systematisch entwickelt, wenngleich ihr heute eine ungleich größere Funktion als früher zukommt. Im Kaiserreich wollte eine Stadt vor allem durch eine auf Lebensqualität setzende Imagepolitik wohlhabende Pensionäre anziehen, weil diese durch die gemeindlichen Zuschläge zur Einkommenssteuer der Stadt Geld einbrachten. Seit den 1920er Jahren ging es immer mehr um Touristen und wirtschaftliche Investitionen. Städtekonkurrenzen spielten zudem in allen politischen Systemen eine Rolle. Doch Ausmaß und Intensität waren verschieden. In der DDR profilierten sich Städte beispielsweise als Aushängeschilder des Staates, um leichter an Sondermittel aus Berlin zu gelangen. Mit der Globalisierung und dem Kampf um Investitionskapital hat sich die Städtekonkurrenz in der Bundesrepublik seit den 1980er Jahren verschärft;¹³ zudem sind die notwendigen Vergünstigungen, die eine Stadt bieten muss, um Kapital anzulocken, rapide gewachsen.¹⁴ Zu den „weichen Standortfaktoren“ gehören auch der Kulturbereich und das

11 *H. Nassmacher / K.-H. Nassmacher*, *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik. Möglichkeiten und Grenzen*, Opladen 1979, S. 100; *M. Hansmann*, *Kommunal Finanzen im 20. Jahrhundert. Zäsuren und Kontinuitäten*, Hannover 2000.

12 *H. Häußermann / W. Siebel*, Die Politik der Festivalisierung und die Festivalisierung der Politik. Große Ereignisse in der Stadtpolitik, in: *dies.* (Hrsg.), *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*, Opladen 1993, S. 7-31, hier S. 27f., 22.

13 So auch *S. Schraut* (s. A 1), S. 304.

14 *H. Häußermann / W. Siebel* (s. A 12), S. 13.

Image, dass sich in dieser Stadt auf kulturellem Gebiet „etwas rühre“, wozu eben auch Stadtfeiern und Stadtfeste zählen.

Konkurrenz drückt sich auch in der Rhetorik bei Stadtfesten aus, so wenn betont wurde, dass beispielsweise die Ruhrmetropole Essen älter als München, Hamburg oder Berlin sei.¹⁵ „Hier wurde schon Liturgie gefeiert, als man in Berlin noch Sümpfe trocken legte“, meinte man selbstbewusst-arrogant – und der Kommentar lautete: „Mit einigem Stolz können wir darauf verweisen, dass Essen... weitaus älter ist als Berlin.“¹⁶ Was witzig klingen und vielleicht die Bedeutung Berlins als Sitz der Bundesregierung relativieren sollte, entbehrte gleichwohl nicht des ernstesten Hintergrundes städtischer Konkurrenzsituationen.

3. Der Hang zu Superlativen

Vielfach ist in heutiger Zeit die kritische Bemerkung zu hören, dass die Städte ihre Feste als Superlative ausrichteten. Die 5. Internationale Gartenbauausstellung in Stuttgart 1993 bot beispielsweise zirka 3.000 Veranstaltungen während 178 Tagen an.¹⁷ Das klingt enorm viel. Doch der Hang zu Superlativen ist zu historisieren; mit anderen Worten, er ist schon in früheren Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts zu konstatieren. So wurden auch schon bei den Magdeburger Kulturwochen der frühen 1970er Jahre in drei Wochen über hundert Veranstaltungen angeboten.¹⁸ Wenn der Hang zu Superlativen historisiert wird, dann ist in Rechnung zu stellen, dass Größe und Weite selbst historische Begriffe sind. Übersetzt man den Terminus mit „bis zum äußerst Möglichen“ in einer Zeit und an einem Ort zu gehen, bzw. das bislang Erfahrene und bislang Vertraute zu übertreffen, dann kommt die Relativität von Superlativen zum Vorschein. So konnten die Organisation und Durchführung der Ostseewoche und des Rostocker Stadtjubiläums 1968 relativ mehr Kraft, Risiko und Zeit von den Akteuren erfordert haben als die erwähnte Organisation der Gartenbauausstellung in Stuttgart. Selbst die Wirkkraft konnte damals größer gewesen sein als im Fall der Feiern von 1993, weil ja auch die Sinneswahrnehmungen sowie die Rezeptionsroutinen und Aneignungsmöglichkeiten dem historischen Prozess unterliegen. Allerdings sollte die Historisierung dessen, was als groß galt und gilt, nicht davon

15 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 26.6.2002, zit. nach M. Zimmermann (s. A 6).

16 So Altbürgermeister Hanns Sobek, der Vorsitzende des Essener Projektbeirats Stadtjubiläum, zit. in der Essener Lokalausgabe der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, 9.5.2002, Kommentar vom gleichen Tage, zit. nach M. Zimmermann (s. A 6).

17 H. Häußermann / W. Siebel, (s. A 12), S. 7.

18 Vgl. L. Seegers, „Schaufenster zum Westen“. Das Elbepfest und die Magdeburger Kulturfesttage in den 1950er und 1960er Jahren, in: A. von Saldern, Inszenierte Einigkeit (s. A 5), S. 107-144; siehe auch dies., „Die Zukunft unserer Stadt ist bereits projektiert“: Die 750-Jahrfeier Rostocks im Rahmen der Ostseewoche 1968, in: A. von Saldern, Inszenierte Einigkeit (s. A 5), S. 61-106.

abhalten, den Trend zur Steigerung der absoluten Zahl an Angeboten zu problematisieren. Denn ab einer gewissen Größe werden die Kalkulationen immer gewagter, die Höhe der benötigten Finanzmittel nehmen zu und die Logistik wird komplizierter. Auch wenn bei weitem nicht alle Stadtfeiern bombastische Ausmaße annahmen und annehmen, so fragt man sich doch, ob nicht ein Umdenken notwendig und eine andere Feierkultur – jenseits von Superlativen – angebracht wäre.

Die Frage nach einer angemessenen Feierkultur stellt sich um so eindringlicher, als sich im Vergleich zu früheren Jahrzehnten in den letzten zwanzig Jahren die Anlässe zu Stadtfeiern vervielfältigt haben. Neben den Stadtjubiläen sind es Sportveranstaltungen, Großkonzerte, Festspiele, Museumsnächte, Flussuferfeste, Kirchentage und viele andere Events, die die Menschen in die Stadt locken sollen. Sicherlich hat es große städtische Ereignisse auch in früheren Jahrzehnten gegeben: Man denke etwa an die Dresdener Städteausstellung von 1903, an die „Große Ausstellung Düsseldorf für Gesundheitspflege, soziale Fürsorge und Leibesübungen“ 1926, abgekürzt „GesLei“, oder an die Hannover-Messe nach 1945 – kurzum, an die vielen Ausstellungen, die für die betreffenden Städte immer erstrangige Ereignisse waren. Auch die Festspiele, mit denen sich die Städte schmückten, sind so neu nicht.¹⁹ In der NS-Zeit verzeichnen wir beispielsweise ein Gauvolksmusikfest in Freiburg und ein Pommersches Musikfest in Greifswald. Darüber hinaus gab es schon die Donau-eschinger Musikfeste,²⁰ Bayreuths Wagner-Festspiele und die Salzburger Festspiele. Als Höhepunkte nationaler Kultur galten die seit 1905 veranstalteten Nationalfestspiele in Weimar und die vielen Bachfeiern während des ganzen 20. Jahrhunderts. Zur Essener 1150-Jahrfeier des Stifts und der Stadt Essen 2002 wurden Veranstaltungen organisiert, die an sich nichts mit der Stadt zu tun hatten, zum Beispiel Kunstausstellungen, Theater- und Konzertpremierer auf hochrangigem Niveau.²¹ Sicherlich ist auch dies keine neue Erscheinung, sondern gehört zur Geschichte der „invention of tradition“ im 19. und 20. Jahrhundert.²² Doch scheint es in den letzten Jahrzehnten zu einer Häufung von Großausstellungen und Festspielen gekommen zu sein,²³ deren lokaler Begründungszusammenhang nicht mehr gegeben ist. Hier wird eine Publikumsnachfrage bedient und gleichzeitig stimuliert, die sich den größeren Wohlstand der breiten Mittelschichten, den verstärkten „Kulturtourismus“

19 Siehe www.festspiel-forschung.de.

20 V. Dahm, Nationale Einheit und partikulare Vielheit. Zur Frage der kulturpolitischen Gleichschaltung im Dritten Reich, in: VfZ 43 (1995), S. 221-265, hier S. 256.

21 H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12), S. 29.

22 Dazu siehe allgemein E. Hobsbawm / T. Ranger (Hrsg.), *Invention of Tradition*, Cambridge 1983; D. Briesen / R. Gans, Regionale Identifikation als „invention of tradition“, in: Bl. für deutsche Landeskunde, 66 (1992), S. 61-73. Um 1930 wurden beispielsweise die Harzer Volkstrachten regelrecht erfunden.

23 So auch S. Schraut (s. A 1), S. 302 ff.

sowie die intensivierete städtische Image- und Prestigepolitik zunutze macht. Das wird auch an der derzeitigen Diskussion über die „Ruhr-Triennale“ deutlich. Landesgelder gibt es nur deshalb, weil man sich durch eine solche Großveranstaltung erhofft, das Interesse des Auslandes auf das Ruhrgebiet zu lenken.²⁴

4. Veranstaltungspalette

Typisches Kennzeichen aller Stadtfeste ist die relativ große Angebotspalette. Dadurch sollte die Attraktivität der Feiern erhöht und möglichst viele unterschiedliche Bevölkerungsteile angelockt werden. Die Angebotspalette zu Zeiten der beiden Diktaturen war ebenfalls auffallend breit gestreut. Der Historiker Volker Dahm weist zu Recht darauf hin, dass die „Annahme, die organisatorische Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung und der kulturellen Einrichtungen habe Deutschland in eine Wüste geistiger Uniformität verwandelt“, nicht stimme.²⁵ Das macht sich eben auch bei den Stadtfeiern bemerkbar.

Zu größeren DDR-Stadtfesten gehörten so genannte hochkulturelle Angebote, wie Konzerte, Chorgesänge und Theateraufführungen; daneben gab es Moden-, Sport-, Technik- und Leistungsschauen plus diverse Ausstellungen. So wie der Anfang vielfach durch ein besonderes Zeremoniell in Form einer Eröffnungsveranstaltung gekennzeichnet war, so endeten zahlreiche Stadtfeste meist mit einem Volksfest. Das gilt im Übrigen auch für Jubiläumsfeiern in der NS-Zeit.

Die Vielfalt der Veranstaltungen darf nicht mit Pluralität verwechselt werden, weil bestimmte kulturelle Praktiken verboten und der Angebotspalette sowohl in der NS-Zeit als auch in der DDR strukturelle Grenzen gesetzt waren. Nicht erlaubt blieben selbstredend alle Gegenveranstaltungen, auf denen die Regierungen und die Herrschaftssysteme hätten kritisiert werden können. Doch waren die Veranstaltungen nicht nur durch das Fehlen von politischen Freiheits- und Grundrechten charakterisiert, ihre Bandbreite war auch in sich begrenzt: Die Nationalsozialisten verfemten bekanntlich vor allem die Werke von Juden und die der Avantgardisten. Im Allgemeinen sollte in den öffentlichen Festveranstaltungen hauptsächlich so genannte deutsche Kunst vorgeführt werden, wie Lu Seegers für die Rostocker Kulturwochen des Jahres 1934 herausgearbeitet hat.²⁶ Die als deutsche klassische Kunst deklarierten Werke hatten nicht nur das Kunstbedürfnis des Bürgertums zu befriedigen, son-

²⁴ Diesen Hinweis verdanke ich Uta C. Schmidt.

²⁵ V. Dahm, Nationale Einheit (s. A 20), S. 259. Die konstatierte Bandbreite von Veranstaltungsangeboten darf freilich nicht mit Liberalität verwechselt werden.

²⁶ Vgl. L. Seegers, Hansetradition, niederdeutsches Volkstum und moderne Industriestadt: Die Rostocker Kulturwochen (1934-1939), in: A. von Saldern, Inszenierter Stolz (s. A 5).

dern auch die breiten Bevölkerungsschichten anzusprechen. Die Kunst sollte volkstümlich werden.²⁷ Einen Entwicklungsschub erfuhr der Festspielkult nach dem Ersten Weltkrieg, als die Deutschen sich auf ihre so genannte Hochkultur konzentrierten, um den schmerzlich erfahrenen Bedeutungsverlust, den der verlorene Erste Weltkrieg für das Bürgertum nach sich zog, zu kompensieren.²⁸ Die Hoffnungen, dass in der Weimarer Republik Festspiele als Teil republikanischen Kulturerbes definiert und erfahren werden könnten, erfüllten sich indessen nicht. Die Bayreuther Festspiele, die nach zehnjähriger Unterbrechung 1924 wieder eröffnet wurden, hätten die Chance nutzen können, den einst republikanisch gesinnten Barrikadenkämpfer Richard Wagner in den Vordergrund zu rücken, doch das wurde bewusst vom NS-nahen Netzwerk „Bayreuth“ und dem (antisemitisch und antirepublikanisch gesinnten) Nationalismus großer Teile der deutschen Eliten konterkariert. Und ausgerechnet in der Großen Wirtschaftskrise um 1930 setzte dann eine spektakulär anmutende Aktualisierung der Weimarer Klassik ein, die sich auch die Nationalsozialisten zu Nutze machten. Die Reichsbachwoche in Leipzig 1935 wurde zu einer Großdemonstration des neuen NS-Staates in einer sich selbstbewusst gebenden Stadt.

Der zweite Schwerpunkt der Veranstaltungen beruhte auf der heimatverwurzelten Regionalkultur und der Volkskunst. Entsprechende Bestrebungen zur Wiederentdeckung oder Erfindung von volkskulturellen Bräuchen sind schon seit der Jahrhundertwende zu verzeichnen, erhielten jedoch im Nationalsozialismus ein neues Gewicht und wurden mit rassistischem Gedankengut aufgeladen. Durch die Betonung einer vorgeblichen Übereinstimmung zwischen staatlich-nationaler und regional-lokaler Kultur sollten die Menschen einem transpolitischen Wertekonsens verpflichtet werden, von dem die Akteure sich erhofften, dass sich dies auf das Herrschaftssystem positiv auswirken werde. Auch ging es darum, die Negativfolgen der Industrialisierung und Urbanisierung durch bodenständige regional-lokale Volkskultur zu kompensieren, um Stabilität vorzutauschen und Zukunftsvertrauen herzustellen. Wegen ihrer großen Popularität schuf die Volkskultur, vor allem die Volksmusik (in jeweils systemadäquaten, „modernen“ Inszenierungen), für die Bevölkerung zahlreiche Identifikationsmöglichkeiten mit der Regionalkultur, von denen auch der Staat zu profitieren trachtete. Volkskultur wurde in der Weimarer Republik als Gegenkonzept zur Arbeiter(bewegungs)kultur propagiert, und in diesem Zusammenhang wurde stets der parteienübergreifende Nimbus und ihr scheinbar wertvoller Beitrag zur Versöhnung von ländlichen und städtischen Kulturtraditionen hervorgehoben. Die Nationalsozialisten bedienten sich dieses Interpretationsmusters, wobei

²⁷ A. von Saldern, „Kunst fürs Volk“. Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik, in: dies., Politik – Stadt – Kultur. Aufsätze zur Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts, hrsg. von I. Maršolek / M. Wildt, Hamburg 1999, S. 169-205.

²⁸ Ebda.; G. Bollenbeck, Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880-1945, Frankfurt a.M. 1999.

sie die Volkskultur in ihre rassistische Deutung von Gesellschaft und Kultur integrierten.

In der DDR erfolgte die Begrenzung der an sich breiten Angebotspalette durch die Ausschaltung von Jazz und Beat als westlicher Musikform jugendkultureller Subkultur. Hoch im Kurs standen hingegen die staatlich geförderte Laienkunst sowie Theater und sonstige Veranstaltungen, die von Laien bestritten wurden. Orientiert an der Feierkultur der Sowjetunion wurden Massenformationen und Massenfestspiele inszeniert, und deshalb bestand vorgeblich kein Anlass, die äußere Ähnlichkeit des Feierstils mit jener im NS-Staat zu thematisieren, geschweige denn zu problematisieren.

Die beträchtlich große Veranstaltungspalette in den beiden Diktaturen verweist auf die Notwendigkeit von Herrschaftsanalysen, in denen das Augenmerk nicht nur auf politisierte Veranstaltungen fällt, sondern in denen das gesamte Veranstaltungsangebot als Ensemble in den Blick gerät. Der Herrschaftszusammenhang wird erkennbar, wenn „hinter die Kulissen“ geschaut wird. So wurde die Jugendclique „Lutherspinne“ in Zwickau 1968 und die Beatgruppe in Rostock im selben Jahr anlässlich des jeweiligen Stadtjubiläums zerschlagen.²⁹ Und noch eine Überlegung sei angestellt, diesmal über die NS-Zeit: War es vorstellbar, dass ein Jude oder eine Jüdin beim Geraer Stadtjubiläum 1937 teilnehmen und sich vielleicht vergnügen würde? Doch wohl kaum, waren sie doch längst aus der Stadtgemeinschaft ausgeschlossen worden, selbst dann, wenn bei solchen Feiern antisemitische Ausfälle rar waren. Zu solchen Exklusionen, die den Herrschaftszusammenhang auch der unpolitischen Veranstaltungen verdeutlichen, kamen die direkt politisierten Veranstaltungen. Doch in der NS-Zeit ist der Grad der direkten Politisierung bei Stadtjubiläen nicht so stark gewesen, wie man vielleicht erwarten würde. Das hing mit der Zielsetzung der Feiern zusammen, die darauf hinauslief, städtische Volksgemeinschaft zu inszenieren und ein positives Gemeinschaftsgefühl durch die Bildung einer „communitas“ zu erzeugen,³⁰ um auf diese Weise in der Bevölkerung Wohlwollen gegenüber dem NS-System zu verbreiten bzw. zu stärken. Die Stadtfeste spielten also für die Herrschaftssicherung eine nicht geringe Rolle, denn eine freundliche oder „neutrale“ Grundstimmung der Bevölkerung gegenüber dem Regime reichte allein schon aus, um rassistische und terroristische Politik in die Tat umzusetzen ohne größeren Widerstand fürchten zu müssen.

Während in den beiden Diktaturen die Angebotspalette zwar breit war, aber in einem diktatoralen Herrschaftszusammenhang stand, vermitteln die Veranstaltungsprogramme bei bundesrepublikanischen Stadtjubiläen und anderen Stadtfesten den

29 L. Seegers (s. A 18).

30 Gemeint ist damit eine Gemeinschaft, die nicht auf sozialer Interaktion, sondern auf gemeinsamer Teilnahme an rituellen Praktiken beruht. Das schließt selbstredend nicht aus, dass unter den aktiven Teilnehmern soziale Interaktionen, besonders bei den Vorbereitungen, stattgefunden haben.

Eindruck eines im Prinzip offenen Verständnisses von Kultur. Allerdings sind gegenüber einer solchen Sichtweise Einschränkungen vorzunehmen. So kommt es entscheidend darauf an, auf welches bundesrepublikanische Jahrzehnt der Blick fällt. Eine Öffnung des kulturellen Raumes erfolgte bekanntlich erst seit den 1960er Jahren,³¹ wobei dieser Prozess keineswegs einen einfachen Verlauf nahm. Beispielsweise kam es immer wieder zu kulturellen Abschließungsversuchen, etwa wenn gegen die Aufstellung und Einweihung neuer moderner Plastiken im Stadtraum angegangen wurde, die Gastarbeiterinnen beim Lüdenscheider Stadtjubiläum als Exotinnen marschierten.³² Deswegen bietet es sich an, von der Vorstellung umkämpfter Räume gerade in Demokratien auszugehen und etwaige Positionsverschiebungen hinsichtlich der Deutungshoheit herauszuarbeiten.

Bemerkenswert ist, dass die Resonanz der Stadtbevölkerung auf Stadtfeste in der Regel eine positive war. Das gilt für die Stadtfeste in allen politischen Systemen, auch für das Essener Stadtjubiläum von 2002. Äußerer Gradmesser ist die Beteiligung von Zuschauern und die positiven Erinnerungen. Erklärlich wird die positive Resonanz dadurch, dass sich die Stadtfeste für recht unterschiedliche Aneignungsweisen eigneten. Hinzu kommt die Neigung vieler Menschen nach außergewöhnlichen Ereignissen, denn Feste unterbrechen bekanntlich die Routine des Alltags.³³ Doch auch Kritik ist überliefert. Beim Münchner historischen Festzug von 1937 konnten sich die Zuschauer zwar nicht der Faszination des Spektakels entziehen, doch wurden angeblich auch die verschwendeten Steuergelder moniert.³⁴ Und beim Bochumer Festzug von 1971 schauten von vornherein nur wenige Menschen zu – vermutlich, weil der Tag verregnet war.³⁵

31 Dazu siehe die Überblicksstudien: A. Schildt / D. Siegfried / K.Chr. Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, insb. die Einleitung des Hrsg., S. 11-21; U. Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, hier ebenfalls insb. die Einleitung des Hrsg.

32 U.C. Schmidt, „Auf dem Berg, nicht hinter dem Berg zu Hause...“ Die 700-Jahr-Feier der Stadt Lüdenscheid 1968; in: A von Saldern, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

33 Diese konnte aber auch als Nische dienen. Oberbürgermeister Lippert hat beispielsweise die Stadtjubiläumsfeier in Berlin 1937 in einer Weise inszeniert, dass sich Goebbels rückblickend in seinem Tagebuch sehr abfällig äußerte. So sei der Festzug ein Durcheinander gewesen und ohne Phantasie durchgeführt worden; Goebbels, *Tagebücher*, Bd. 3, S. 230, 235 und 237, zit. aus R. Stremmel, *Modell und Moloch. Berlin in der Wahrnehmung deutscher Politiker vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg*, Bonn 1992, S. 282.

34 H.G. Hockerts, *Mythos, Kult und Feste. München im nationalsozialistischen „Feierjahr“*, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus, hrsg. von R. Bauer u.a., München 1993, S. 331-349, hier S. 341.

35 S. Schraut (s. A 1), S. 301.

5. Transstädtische Referenzen: Staat, Vaterland, Nation

Da Städte in der Regel stets auch zu größeren Politikeinheiten, wie Land und Staat gehörten, nimmt es nicht wunder, dass sich eine Reihe von transstädtischen Bezügen auch bei Stadtfeiern aufzeigen lassen.³⁶

In der neueren amerikanischen Forschung über die Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik wird die nationale Sinnstiftung als Synonym für die lokale Sinnstiftung angesehen – zusammengefasst in einem Buchtitel als „The Nation as a local metaphor“.³⁷ Dafür gibt es in der Tat auf der Ebene der Referenzerweisung zahlreiche Beispiele. So wurde beim Stadtjubiläum in Gütersloh 1925 der dortige Heimatsinn mit jenem von Preußen und Deutschland eng verbunden: „Was wir daher für unsere Stadt tun, das tun wir fürs Vaterland... Gütersloh und Deutschland, Preußen und Gütersloh sie gehören zusammen.“³⁸ Doch die Einheit, die hier als Selbstverständlichkeit zum Besten gegeben wurde, war in zahlreichen Fällen alles andere als selbstverständlich. Zu denken ist zum Beispiel an die Separatistenbewegung im Rheinland nach dem Ersten Weltkrieg oder an die Sonderrolle, die Bayern stets zu spielen verstand.³⁹ Noch weniger trifft eine solche In-Eins-Setzung für die Bevölkerungsmentalitäten zu. Weil die inneren und äußeren Beziehungen zwischen den Ländern und dem Deutschen Reich recht komplex waren und auch die Städte auf Grund ihrer oft alten Geschichte nicht im nationalen Vaterland aufgingen, waren solche Stadtfeiern auch für Staatspolitiker wichtig. Dabei ging es nicht nur darum, eine wohlsynchronisierte Harmonie zwischen Heimatstadt, Land und Vaterland rhetorisch zum Ausdruck zu bringen, sondern mittels solcher Feiern auch zu versuchen, eine Synchronisierung zwischen den multiplen Identitäten überhaupt erst zu erreichen bzw. zu verfestigen.

In der NS-Zeit, als alle Deutschen auf den Führer und die rassistisch konzipierte Volksgemeinschaft eingeschworen werden sollten, wurde dementsprechend nicht zuletzt bei Stadtfeiern stets versucht, das Lokale in das Große, Ganze der Nation münden und keinen Lokalismus aufkommen zu lassen. Die (staatsbezogene) Nazifizierung der historischen Festzüge schlug sich nicht nur im Straßenfahnschmuck und in anderen NS-Symbolen nieder, sondern vor allem im jeweiligen Abschlussblock, in der die diversen NS-Formationen die „neue Zeit“ repräsentierten.⁴⁰

36 Mit dem Begriff des Transstädtischen sind also Bezüge gemeint, die auf größere sozialräumliche und politische Einheiten gemünzt sind.

37 A. Confino, *The Nation as a Local Metaphor*. Württemberg, Imperial Germany and National Memory 1871-1918, Chapel Hill and London 1999.

38 Zit. in: K. Minner / H. Vieregge, *Politik und Stadtgesellschaft. Bürger zwischen Liberalismus, Erweckung und Königstreue*, in: W. Freitag (Hrsg.), *Geschichte der Stadt Gütersloh*, Bielefeld 2001, S. 315-402, hier S. 372.

39 Bayern hatte bis 1919 Sonderrechte innerhalb der Deutschen Reichsverfassung.

40 Vgl. dazu z.B. H.G. Hockerts (s. A 34), S. 339.

Hier wurden die Parteistärke und die (para)militärische Kraft zur Schau gestellt, die auf den von der Partei bestimmten nationalen Gesamtzusammenhang verweisen sollten.

In der DDR standen bei großen Feiern, wie beim Doppeljubiläum des Leipziger Messe- und Stadtjubiläum im Jahre 1965 sowie bei der Doppelfeier von Ostseewoche und Rostocker Stadtjubiläum 1968 die Staatsziele an erster Stelle, was zu manchen Friktionen mit den mehr an der Verfestigung der Stadtidentität interessierten Akteuren führte.⁴¹ In der Bundesrepublik spielte und spielt die Nationsbezogenheit bei Stadtfesten nach außen hin keine entscheidende Rolle mehr. Das hat weniger mit der Demokratie als Staatsform zu tun – wie ein Vergleich mit Stadtfesten in der Weimarer Republik zeigt, sondern mehr mit der „Kultur des Politischen“ der geteilten Nation Bundesrepublik, bei der die Nation relativ wenige Bezugspunkte abgab, die zu bedienen notwendig oder vordringlich erschienen.⁴² Gleichwohl war der Bezug zur Nation auf Stadtfesten nicht verschwunden, sondern dieser „verflüssigte“ sich und wurde in andere Kontexte eingebettet bzw. in höhere Werteinheiten überführt. So wurde in den frühen 1950er Jahren in den Reden bei Stadtfeiern und anderswo nicht selten auf das christliche Abendland Bezug genommen. Beispielsweise kam beim Essener Jubiläum von 1952 eine vage christliche Abendland-Vorstellung zum Tragen, die der technisierten, entfremdeten und vermassten Gegenwart entgegengestellt wurde. Dementsprechend pries man die Jahrhunderte vor 1789, und alles Übel der folgenden Zeiten, inklusive des Nationalsozialismus, wurde der Säkularisierung angelastet. Doch konnten solche Reminiszenzen schon damals durch andere Bezüge aufgefangen werden, in diesem Fall durch die Eröffnung des Amerikahauses 1952, das Weltoffenheit und Zukunftssicherheit ausstrahlte. Zudem wurde 1952 der Abfall von Gott nicht mehr mit dem Vordringen des „modern-jüdischen Geistes“ in Verbindung gebracht – im Unterschied zu gängigen Aussagen bei konservativ-völkisch orientierten Festen während der 1920er Jahre.⁴³

Auch in späteren Phasen der Bundesrepublik wurde die Nation auf rhetorischer Ebene als Verlustgeschichte thematisiert, das heißt, es wurde über das gemeinsame Vaterland in der Vergangenheit gesprochen, und zwar in einer Weise, dass positive Gefühle ausgelöst wurden, während die Verbrechen, die dieses Vaterland begangen hatte, nicht zur Sprache kamen.⁴⁴ Zudem erwies sich das Gedenken an die Brüder

41 E. Rembold „Mein Leipzig lob ich mir, weil wir die Hausherrn sind“ – Das Stadtjubiläum von 1965, in: A. von Saldern, *Inszenierte Einigkeit* (s. A 5), S. 313-354; dies., *Die Leipziger Jubiläumsmesse 1965: Bühne der DDR-Außenpolitik und Ereignis für die Stadtbevölkerung*, in: ebd., S. 277-312; L. Seegers, „Die Zukunft“ (s. A 18).

42 Dies zeigen die Beispiele von U. Schmidt (s. A 32); Th. Siemon, *Das Jubiläum als Eklat*. Der 100. Gründungstag von Wilhelmshaven 1969, in: A. von Saldern, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

43 M. Zimmermann (s. A. 6).

44 Zum Beispiel Lüdenscheid; siehe U. Schmidt (s. A 32).

und Schwestern in der DDR als eine gute Möglichkeit, um an die (verlorene) Nation zu erinnern.⁴⁵ Auch eignete sich der Rekurs auf das vereinte Europa dazu, eine so große Projektionsfläche zu schaffen, dass auf ihr zum einen allein das „westliche“ Europa, zum anderen das „ganze Europa“, inklusive des wiedervereinigten Deutschlands, eingeschrieben werden konnten.⁴⁶

6. Geschichte als kulturelles Kapital für die Zukunftssicherung

Durchgängiges Strukturprinzip aller Stadtfeiern war, die lokale Geschichte gebührend herauszustellen. Mit anderen Worten: Ohne Geschichtsdarstellung kein Stadtjubiläum. Eine lange Geschichte zu haben, verursachte an sich Stolz. Zurückhaltung war allerdings immer dann geboten, wenn vorrangig die positiv gedeutete Gegenwart als entscheidendes kulturelles Kapital für die Zukunft angesehen wurde, wie dies insbesondere bei DDR-Stadtfeiern der Fall war.⁴⁷

Doch im Allgemeinen wurde neben dem Stolz auf die Gegenwart auch die auf die Geschichte artikuliert. Dies gilt insbesondere für die bundesrepublikanischen Städte. In der Geschichte suchte man Trost und aus ihr schöpfte man Vertrauen auf die Zukunft. So formulierte der Chefredakteur der Westfälischen Allgemeinen Zeitung anlässlich des Essener Jubiläums eine Logik besonderer Art, wenn er feststellte bzw. prognostizierte: „Hier an der Ruhr war keine Wüste vor Kohle und Stahl – und hier wird keine Wüste wachsen nach Kohle und Stahl.“⁴⁸ Häufig wurden, wie auch dieses Zitat zeigt, die Krisen angedeutet, die überwunden worden sind, oder die es zu überwinden galt.⁴⁹

Währte das politische System schon einige Jahre, so wurde jeweils auf die tatsächlichen oder vermeintlichen Aufbauleistungen hingewiesen, so in der NS-Zeit, in der DDR und in der BRD, ja, man kann sagen, dass der jüngsten Vergangenheit stets eine besondere Bedeutung zugeschrieben wurde. Dabei galt es, die häufig schöngefärbten Erzählungen über die Aufbauleistungen des jeweiligen Staates mit jenen der betreffenden Stadt zu verzahnen. Hierzu boten sich vor allem sichtbare Objekte,

45 Allgemein: E. Wolfrum, *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen 2001; *ders.*, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990*, Darmstadt 1999; konkrete Beispiele bei U. Schmidt (s. A 32) und T. Siemon (s. A 42).

46 Zum Beispiel Lüdenscheid; siehe U. Schmidt (s. A 32).

47 Vgl. die lokale Talkshow anlässlich der Essener 1150 Jahr-Feier, die unter der rhetorischen Frage stand: „Essen – geschichtslos?“, in: M. Zimmermann (s. A 6).

48 Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 19.6.2002, zit aus: M. Zimmermann (s. A 6).

49 So Bochum 1921 und 1971 und Dortmund 1982; S. Schraut (s. A 1), S. 304. In der DDR wurde hauptsächlich die Gegenwart, inklusive der Zukunft, fokussiert, was zu Lasten der Geschichtskultur ging.

wie Neubauten sowie neue Industrierwerke, Kaufhäuser und Straßen an. Doch auch große Events in Form von Ausstellungen, Kulturveranstaltungen und hohe Gastbesuche sowie erfahrbare Verbesserungen der sozialen Lebenslagen und der Konsummöglichkeiten eigneten sich dazu, die Aufbauleistungen in Staat und Stadt in Erinnerung zu rufen. Während sich die Nationalsozialisten die Überwindung der einmalig großen Wirtschaftskrise zugute schrieben und diese mit ihrer besonders seit 1936 massiven Aufrüstungspolitik geschickt verzahnten, verwiesen die beiden Nachfolgestaaten auf ihre systemkonkurrierenden Wiederaufbauleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg. In den 1960er Jahren konnten entsprechende „local narratives“ bei Stadtfeiern in der DDR noch gewisse Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen, doch in den beiden folgenden Jahrzehnten bröckelte diese zunehmend ab. Es war gerade der sinnlich wahrnehmbare Verfall bestimmter Innenstadtbereiche, der Rückschlüsse auf den Verfall des Staates nahe legte.

Waren die Inhalte der jeweils selektierten Stadtgeschichte auch verschieden, so ähnelten sich doch die Darstellungsstrukturen über die politischen Systeme hinweg. Gemeint ist die Tatsache, dass Geschichte dramatisiert und aus ihren strukturellen Zusammenhängen gerissen, als Ereignisgeschichte in Szene gesetzt wurde und wird. Das Außerordentliche und nicht das Alltägliche sollte gezeigt werden, geschichtliche Zusammenhänge gerieten dabei in den Hintergrund. Geschichte wurde und wird in die Erlebniswelt der Menschen eingebaut.⁵⁰ Besonders deutlich wird der Erlebnischarakter, wenn man den Blick auf die historischen Festzüge oder die beliebten historischen Märkte zu DDR-Zeiten lenkt. Die Geschichte des 10-jährigen U-Bahnbau in Hannover von 1965 bis 1975 zeigt, wie die Stadtverwaltung schrittweise die Bedeutung von Events für die Akzeptanz dieses Riesenprojekts erkennt und deshalb Feste sowie groß aufgemachte unterirdische Besichtigungen für die hannoversche Stadtbevölkerung organisierte.⁵¹ Hinsichtlich der Suche nach Erlebnissen unterschieden sich die heutigen Stadtfeiern nicht wesentlich von jenen in früheren Phasen des 20. Jahrhunderts.⁵² Doch die Ansprüche und auch die technischen Möglichkeiten waren ehemals geringer als im letzten Viertel dieses Jahrhunderts.

Bei den Stadtfeiern ging es in allen politischen Systemen nicht um Geschichte im Allgemeinen, sondern um die so genannte „richtige Auswahl“ der geschichtli-

50 Allgemein: D. Schubert, *Festival Market Places als Revitalisierungsstrategie für brachgefallene innenstadtnahe Hafen- und Uferzonen in den USA*, in: *Die Alte Stadt 2/2001*, S. 130-154.

51 L. Seegers, „Dom des 20. Jahrhunderts“. Der U-Bahnbau in Hannover im Kontext städtischer Kommunikations- und Imagepolitik, in: A. von Saldern, *Inszenierter Stolz* (s. A 5).

52 Gleichermaßen gilt, dass man es mit der Frage der Stadtgründung nicht so ernst nahm. Dies zeigt die relative Beliebigkeit bei der Entscheidung, wann zu feiern sei. Die Ausgangspunkte sind ganz verschiedene: Stadtgründung, erste urkundliche Erwähnung, Markterhebung, kaiserliche Bewilligung der Stadtrechte, Gründung der Stadtgarde, Zusammenschluss von Gemeinden und Stadtteilen etc.

chen Überlieferung einer Stadt. Ob in Form von Ausstellungen, in Vorträgen, in Festschriften oder in historischen Festzügen – immer wurde und wird Geschichte selektiert: Glanzvolle Ereignisse in lange zurückliegenden Perioden hatten die größten Chancen, herausgehoben zu werden, Kriegswirren und Hungersnöte fanden ebenfalls Beachtung – häufig aus dem Grund, um dann die Überwindung dieser schlechten Zeiten um so besser herausarbeiten zu können. Die Nationalsozialisten wussten auf dieser Klaviatur besonders gut zu spielen, indem sie in ihren Festreden und Ehrungen einerseits den Ersten Weltkrieg als Heldengeschichte, andererseits die Zeit der Weimarer Republik als einen dramatischen Niedergang Deutschlands darstellten, um auf dieser Negativfolie den Anbruch der neuen Zeit seit 1933 besonders deutlich in Erscheinung treten zu lassen. Bei allen Stadtfeiern kam es darauf an, ein positives Geschichtsbild von der Gegenwart zu vermitteln und gleichzeitig die Hoffnungen auf eine bessere Zukunft zu stärken.⁵³

Fast immer handelte es sich übrigens um Männer, die bei den Festzügen als jene erschienen, die die Geschichte machten, während Frauen allenfalls als schmückendes Beiwerk oder auf der Ebene der Symbole in Erscheinung traten. Ansonsten halfen sie bei den Vorbereitungen, vor allem beim Säubern und Schmücken der Häuser und Straßen. In der Zeit des „Dritten Reiches“ gewährte man zudem der NS-Frauen-schaft einen Tag zur eigenen Gestaltung, so beim Stadtjubiläum in Gera 1937.⁵⁴ In der Bundesrepublik waren es bezeichnenderweise die Hausfrauen, die berücksichtigt wurden. So wurde beim Bochumer Stadtjubiläum von 1971 für die Frauen ein Hausfrauennachmittag mit Modenschau und Tombola organisiert,⁵⁵ und beim Lüdenscheider Jubiläum 1968 war ebenfalls der Hausfrauenbund aktiv geworden.⁵⁶ In der DDR wurden Frauen durch die Massenorganisationen in die Festzugsgestaltung eingebunden. Ansonsten waren die Festzüge – ungeachtet der offiziellen Gleichstellung – dort auch recht männlich geprägt. In jenen Bereichen, in denen die Frauenfrage nicht direkt fokussiert wurde, sickerten leicht alte Geschlechtermuster durch oder kamen gar zum Tragen – so auch in den Festzügen. An diesem Eindruck änderte auch die Tatsache nichts, dass beim Festzug in Gera 1987 auf einem Wagen barbusige Frauen die Zuschauermengen erfreuen sollten.⁵⁷

53 In der Geschichtsschreibung wird die Bedeutung der Zukunftserwartungen für die Menschen und für die politischen Systeme oft vernachlässigt. Die Forschungen über die DDR brachten hier eine Wende. Herausgearbeitet wurde, dass so lange die DDR Zukunftshoffnungen erfolgreich transportieren konnte, wie noch in den 1960er Jahren, solange war auch das Gesamtsystem einigermaßen gesichert.

54 A. von Plato, Ein „Fest der Volksgemeinschaft“. Die 700-Jahr-Feier von Gera (1937), in: A. von Saldern, Inszenierter Stolz (s. A 5).

55 S. Schraut (s. A 1), S. 301.

56 U. Schmidt (s. A 32)

57 A. von Plato (s. A 54).

Eine weitere Konstante der Festzüge ist die Selbstrepräsentation der verschiedenen Handwerksberufe, die für die jeweilige Stadt typisch waren. Hierdurch wurden der Arbeitsfleiß und die deutsche Wertarbeit nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf die Handwerksberufe bezogen, wobei die Gewichtung unterschiedlich ausfiel.⁵⁸ Hier trafen sich die Interessen des organisierten Handwerks mit jenen der Stadtväter. Das Handwerk hatte den großen Vorteil, dass es eine lange städtische Tradition aufwies, die bis in die Gegenwart erfolgreich und intensiv kultiviert wurde, so dass sie im kulturellen Gedächtnis einen festen Platz einnahm, und zwar in allen Regimen, selbst in der DDR, die ansonsten ihre Identität in der Industrie und nicht im Handwerk suchte. So wurde auch in der DDR der Handwerksfleiß szenisch dargestellt, wenn auch in historische Zeiten versetzt.⁵⁹ Hinzu kommt, dass sich das Handwerk auch gut inszenieren ließ und seine Symbole den Menschen vertraut waren. In der NS-Zeit und in der Bundesrepublik gelang es dem Handwerk sogar, sein kulturelles Kapital in Form einer handwerkerfreundlichen Gesetzgebung in politisches bzw. ökonomisches Kapital umzusetzen.⁶⁰

Zwar fand und findet die Selektion von Geschichte bei Stadtfeiern unter allen politischen Systemen statt, doch müssen Besonderheiten herausgearbeitet werden, wenn es um die Stadtgeschichtsdarstellungen in der NS-Zeit einerseits und jener in der DDR-Zeit andererseits geht. In beiden an sich so unterschiedlichen Herrschaftssystemen wurde die Geschichte auf die jeweilige große Wende hin zugeschnitten, im einen Fall auf das Jahr 1933, im anderen auf das Jahr 1945. Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde diese Botschaft mit der bildlichen Erzählung des „Ewigen Kampfes“ des Volkes verbunden, während in der DDR-Geschichtskultur die dargestellten (Klassen-)Kämpfe als Vorgeschichte des Sozialismus interpretiert werden konnten und sollten. Lokale und nationale Erzählungen wurden zusammengefügt, ohne dass sie völlig ineinander aufgingen. Die Präsentation von Gegenwart (ab 1945) und Zukunft wurden stets für wichtiger gehalten als historische Rückblicke, was sich auf die Festzugsgestaltung auswirkte.

Ein Problemfeld besonderer Art war für die beiden Gesellschaften nach 1945 die Darstellung des Nationalsozialismus. Auf den DDR-Stadtfesten wurde die Zeit des Nationalsozialismus lediglich durch den antifaschistischen Widerstand erinnert,

58 So erwies man beim Gubener Jubiläum 1960 dem neuen Chemiewerk und beim Zwickauer Jubiläum 1968 dem großen Autowerk seine Referenz; L. Seegers (s. A 9); E. Rembold, Die Stadt an der Oder-Neiße-Friedensgrenze. Die 725-Jahrfeier der Stadt Guben 1960, in: A. von Saldern, Inszenierter Stolz (s. A 5).

59 Siehe zum Beispiel U. Schmidt (s. A 32).

60 Über die erfolgreichen Selbst- und Fremdrepräsentationen des Handwerks im 20. Jahrhundert bedarf es noch empirischer Studien. Siehe zum NS-Zusammenhang A von Saldern, Leistungsdruck im Handwerk während der NS-Zeit, in: Th. Großbölting / R. Schmidt (Hrsg.), Unternehmerwirtschaft zwischen Markt und Lenkung. Organisationsformen, politischer Einfluss und ökonomisches Verhalten 1930-1960, München 2002, S. 39-67.

während die Frage, auf welche Weise die Stadt in die Verbrechen der NS-Zeit verwickelt war, ausgeblendet blieb. Hier ist eine „negative Gemeinsamkeit“ mit den Stadtfeiern in der Bundesrepublik zu konstatieren, die erst seit den späten 1970er und 1980er Jahren durch Geschichtswerkstätten und gewerkschaftsnahe Arbeitsgruppen sowie durch aufklärungsorientierte Personen aufgebrochen wurde. Doch wird die Geschichte des Nationalsozialismus noch immer dort ausgeblendet, wo es solche Organisationen und Einzelgänger nicht gibt, wie aus der Kilianstädter Jubiläumsschrift von 1989 entnommen werden kann.⁶¹ Hier, wie auch anderenorts dient die Aufbereitung der Geschichte hauptsächlich der mit ihr beabsichtigten Legitimitätssicherung städtischer Eliten, weswegen man in der Bundesrepublik noch immer eine geschönte Geschichte vorfindet – allenfalls mit Andeutungen aus dem Arsenal der Verdunkelungsmetaphern, insbesondere was die NS-Zeit angeht.⁶² Während die NS-Geschichte auf nationaler Ebene schon seit den 1960er Jahren ins Visier vieler kritischer Forscher und Forscherinnen der BRD geriet, und in den 1990er Jahre eine neue Epoche der Vergangenheitsbewältigung einsetzte,⁶³ blieb offensichtlich der „Schmutz vor der eigenen Haustür“ unverhältnismäßig lange unentdeckt und „un-aufgeräumt“. So fällt die Erforschung des Schicksals der jüdischen Mitbürger in den einzelnen Städten sowie die Geschichte der Zwangsarbeiter und anderer Verfolgter erst in die 1980er, teilweise sogar erst in die 1990er Jahre. Der Hang der Stadtväter, auf ihren Stadtfeiern hauptsächlich positiv klingende Erzählungen zum Besten zu geben, verschüttete die Chancen, die die Feiern stets auch zur Aufarbeitung der Vergangenheit boten.

Sinn der historischen Rekurse bei städtischen Festrivalen war offenbar jedoch nicht Aufklärung, sondern die Schaffung eines kollektiven Gedächtnisses, das sich zu Gunsten der Stadt identitätsstiftend auswirken sollte. Die ganze Stadt wurde aus solchen Anlässen zum positiv besetzten Erinnerungsort gemacht, und zwar nicht nur zum jeweils gegenwärtigen, sondern auch zum zukünftigen. Mit anderen Worten: Ein historischer Festzug diente nicht nur dazu, sich der stolzen Vergangenheit des Mittelalters zu vergewissern, sondern durch den Festzug sollte auch ein Ereignis geschaffen werden, dass seinerseits wiederum in späteren Jahren positiv erinnert werden würde.

Zur Erinnerungsproduktion gehören auch die Souvenirartikel, die ebenfalls die Reminiszenz an das Erlebte wach halten sollten und dies auch taten. Die Souvenirs spielten selbst in der DDR eine beträchtliche Rolle, wobei jeder Produktvorschlag von den entsprechenden Organisationskomitees überprüft wurde. Daran wird deut-

61 Ebda., S. 61.

62 Ebda. S. 63.

63 H. König, Die Zukunft der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus im politischen Bewusstsein der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 2003, S. 11.

lich, wie wichtig die Produktion von Erinnerung in der DDR genommen wurde, wie am Beispiel des Rostocker Stadtjubiläums herausgearbeitet wurde.⁶⁴

Wie lange solche Stadtfeiern als das außergewöhnliche Ereignis zum Alltagsleben erinnert wurden, zeigen Interviews. So blieben beispielsweise die Feiern die im Kontext der Internationalen Gartenbauausstellung im Erfurt der 1960er Jahre stattfanden, in den folgenden drei Jahrzehnten im kommunikativen Gedächtnis gespeichert.⁶⁵ Zudem hat eine neuere Studie ergeben, dass die bei NS-Stadtfeiern entfaltete NS-Geschichtskultur sogar noch um das Jahr 2000 (positiv) erinnert wurde, während die Erfahrungswelten der Weimarer Republik nicht mehr präsent waren, also nicht vom kollektiven ins kulturelle Gedächtnis überführt worden waren.⁶⁶

7. Identifizierungsangebote, Partizipation und Konsensstiftung

Die Stadtsoziologen Häußermann und Siebel weisen darauf hin, dass heute Identifikationsangebote in Form von aufwendigen Stadtfeiern „notwendig“ geworden seien, weil der Gemeinsinn des Stadtbürgertums erodiert sei und weil es den Akteuren darum gehe, Identifikationsangebote zu schaffen, die nicht von Bürgerinitiativen, also nicht „von unten“ gewachsen und im Alltag verwurzelt seien.⁶⁷ Eine Identität der Einwohner mit der Stadt werde auf künstliche Weise hergestellt, die sonst eben nicht mehr selbstverständlich vorhanden sei. Feste hätten die Funktion, die Entgrenzung der Stadt zu kompensieren, um den Bürgern und Bürgerinnen die „identifikationsfähige Stadt“ zu bewahren.⁶⁸ Wer die Festrede des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters von Lüdenscheid 1968 hörte, in der er „nur“ die parlamentarische Demokratie lobpreiste, was gegen den Strich gelesen bedeutete, dass er mit außerparlamentarischen Bewegungen, wie den damals aufkommenden Bürgerinitiativen in den Städten, insbesondere mit der Studentenbewegung, nichts anzufangen wusste, der oder die fühlt sich durch die genannten stadtsoziologischen Problemskizzen bestätigt.⁶⁹ Doch der genauere Blick auf die Stadtfeiern führt zu einem differenzierteren Bild.

64 L. Seegers (s. A 18).

65 Alice von Plato „Gartenkunst und Blütenzauber.“ Die Internationale Gartenbauausstellung als Erfurter Angelegenheit, in: A. von Saldern, Inszenierte Einigkeit (s. A 5), S. 183-234.

66 J.-Chr. Caron, Stolze Erinnerungen an das „Dritte Reich“. Ein theatrales NS-Gedenkfest im Gau Westfalen-Nord und seine Wirkungsgeschichte bis in die 1990er Jahre, in: Westf. Forschungen, 51 (2001), S. 283-308. Allgemein: A. Assmann, Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 1999; J. Assmann, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1997.

67 Vgl. H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12). Zuspitzung durch mich.

68 Ebda., S. 15.

69 U. Schmidt (s. A 32).

Auffallend ist die für Stadtfeiern in der Regel charakteristische aktive Teilnahme großer Teile der Bevölkerung. Gemeinsinn wurde nicht nur inszeniert, sondern auch praktiziert. Das gilt für die Feste in allen politischen Systemen. Die Partizipation fand in verschiedenen Formen statt. In der NS-Zeit waren es vielfach die gleichgeschalteten Verkehrsvereine und andere Vereine, die maßgeblich an der Durchführung der Feiern beteiligt wurden. Dazu gehörten auch die gemeinsam organisierten Vorbereitungen. Allgemein üblich war das Schmücken der Häuser und der Straßen durch die Bewohner.⁷⁰ Die aktive Teilnahme der Menschen sollte den Funken überspringen lassen von der positiven Erfahrung gemeinsamer Praktiken hin zu einer positiven Einstellung gegenüber der Stadt bzw. dem Herrschaftssystem.

Zur aktiven Teilnahme der Menschen wurde nicht nur in der Presse aufgerufen, sondern auch durch Organisationen und Institutionen. Es waren die Betriebe, die Massenorganisationen und die Bildungseinrichtungen sowie der Kulturbund, die in der DDR das Mitmachen einforderten. Dabei handelte es sich um einen freiwilligen Zwang oder gar um regelrechten Druck von oben, etwa wenn es um die Teilnahme an Massenaufmärschen ging. Weil der Umzug bei der Eröffnungsfeier der Ostseewoche in Rostock offensichtlich nicht sehr beliebt war, wurde Druck ausgeübt.⁷¹ Im Unterschied dazu waren die Menschen zum Mitmachen bei historischen Festzügen stets recht leicht zu bewegen. In der Bundesrepublik fiel der Zwang weg, wenngleich in kleineren Städten der soziale Druck blieb und auch die Presse mit deutlichen Worten zum Mitmachen und Mithelfen aufforderte.

In der Regel stellten die vielen verschiedenen Vereine die stadtgesellschaftliche Basis dar, die nötig war, um Stadtfeste zu gestalten. Vereine stehen zwar in einem Zusammenhang zur Gründungsgeschichte der bürgerlichen Gesellschaft, aber sie sind im Verlaufe der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zur allgemein üblichen gesellschaftlichen Organisationsform geworden. Sie weisen demnach einen Doppelcharakter auf, der auch den Stadtfeiern ihr Gepräge gab: oft (klein-)bürgerlich im soziologischen Sinn, oft bürgerbezogen im stadt- und staatsrechtlichen Sinn.⁷² Dieser Doppelcharakter der Vereine erleichtert die Zusammenarbeit mit den Stadtverwaltungen und deren Ansinnen, die Feiern in dem vereinsorganisierten Teil der Stadtbevölkerung zu verankern. Die vereinsbezogene Versäulung der Feiern war gut geeignet, um selbst große Feiern zu organisieren, gleichwohl die Ordnung zu gewährleisten. Dafür zahlten die Stadtakteure gerne ihren Preis, der darin bestand, dass die Chancen für vereinsunabhängige Spontanität und Kreativität hierdurch minimalisiert wurden.

Einen beliebten Bereich des Mitmachens während des ganzen 20. Jahrhunderts boten – neben den Chorgesängen und den Massenfestspielen in der DDR – die histo-

70 Vgl. z.B. *K. Thijs* (s. A 3), S. 114 f.

71 *L. Seegers* (s. A 18).

72 Dies gilt allerdings nicht für die so genannten AusländerInnen.

rischen Festzüge. Das gilt auch für die Stadtfeste in der Bundesrepublik, zum Beispiel für die Landshuter Hochzeit. Die Menschen schlüpfen bei solchen Festzügen in Rollen, spielten Fürsten, Mönche und Germanen.⁷³ Die Laien suchten nach Identität und ihren Platz in einer imaginierten Ständegesellschaft, bewegten sich dementsprechend und inszenierten somit ein Gegenstück zur anonymen Welt. Vieles wurde dabei romantisiert und konstruiert, schließlich sprach der Verkleidete selbst so wie ein Fürst. Dies wurde von kulturwissenschaftlicher Seite als Sehnsucht nach kollektiver Identität gedeutet. Selbst die Zuschauer konnten sich der Attraktivität solcher Schauspiele meist nicht entziehen und konstruierten womöglich auf der Basis des Gesehenen ihr Bild von der Geschichte ihrer Stadt.

Durch die massenhafte Partizipation der städtischen Bevölkerung entstand in der Tat Stadtöffentlichkeit, aber diese Stadtöffentlichkeit wies bestimmte Strukturen auf: Menschen spielten Rollen aus Zeiten, von denen sie keine umfassende Vorstellung hatten. Vielfach war diese Art von Stadtöffentlichkeit auch durch Exklusionen gekennzeichnet, und selbst heute können das Fremde und die Fremden meist nur als Exotik oder als Nischenkultur wirksam werden. Die Gastarbeiterinnen als verschleierte Bauchtänzerinnen beim Lüdenscheider Festzug 1968 sind hierfür ein aussagekräftiges Beispiel, bedienten diese doch mittels Vorführung einer „invention of tradition“ die auf eine (klein-)bürgerlich-männliche Imagination der exotischen weiblichen Verführung.⁷⁴

Anders gelagert war hingegen die Präsentation der Flüchtlinge und Vertriebenen bei der Lüdenscheider Stadtfeier 1968. Zwar zeigt dieses Beispiel die Bemühungen der alten und der neuen Bürger, bei solchen Anlässen aufeinander zuzugehen, aber die Neubürger präsentierten sich noch in ihrer Doppelidentität, indem sie sich einerseits als zu Lüdenscheid zugehörig definierten und als aktive Neubürger in Erscheinung traten, andererseits durch heimatliche Trachtenschauen ihre Fremdheit und Andersartigkeit in Stadt und Region symbolisch zum Ausdruck brachten.⁷⁵

Die positive Resonanz, die die Stadtfeste im allgemeinen in der Bevölkerung hervorriefen, lassen sich schließlich darauf zurückführen, dass ungeachtet aller Inszenierungskünste von oben ausreichend Zwischen-Räume und Zwischen-Zeiten blieben, die nach eigenen Interessen, soweit diese legalisiert waren, gefüllt werden konnten. Gerade die im Zuge von Stadtfeiern gebotenen informellen Öffentlichkeiten eröffneten den Teilnehmenden die Möglichkeiten, sich die Darbietungen und die Situationen auf ihre Weise anzueignen und mit anderen zu kommunizieren.

73 Vgl. dazu die Beobachtungen und Recherchen über die Landshuter Hochzeit von *H.P. Pöschko*, *Historische Traditionen und öffentliches Bewusstsein am Beispiel historischer Festveranstaltungen*, in: *P. Knoch / Th. Leeb* (Hrsg.), *Heimat oder Region? Grundzüge einer Didaktik der Regionalgeschichte*, Frankfurt a.M. 1984, S. 52-68.

74 *U. Schmidt* (s. A 32).

75 Ebda.

8. Von der Bürgerlichkeit zur Kommerzialisierung und Medialisierung

Wie im 19. Jahrhundert waren auch die Stadtjubiläen in der Zeit der Weimarer Republik im Wesentlichen bürgerliche Feste. So wurden die Vorbereitungen beim Gütersloher Stadtjubiläum 1925 von Vertretern des Bürgertums durchgeführt. „Lehrer, Kaufleute und höhere Beamte zeichneten für die Ausgestaltung der Jahrhundertfeier verantwortlich.“⁷⁶ Diese bürgerliche Elite agierte nach wie vor als führende gesellschaftliche Schicht der Stadt.⁷⁷ Für den bürgerlichen Charakter des Festes sprach zudem die Tatsache, dass dieses auf einen Werktag gelegt wurde. Auch beim Eröffnungsfest im Rathaus und beim anschließenden Festessen war das Bürgertum unter sich. Dunkler Anzug, Zylinder, Orden und Ehrenzeichen fungierten als Symbole alter Bürgerlichkeit in neuer Zeit. In den Reden wurde ebenfalls die Bürgerlichkeit zum Ausdruck gebracht, insofern von Bürgersinn, Bürgertugend und Bürgerstolz gesprochen wurde, so als ob man sich noch im 19. Jahrhundert befände. Selbstredend waren solche Begriffe doppelbödig, denn sie konnten auch im Sinne von „Citizen“ verstanden werden, entsprachen also nach außen hin einer „politischen Korrektheit“. Doch die Indizien für den bürgerlichen und nicht den bürgerschaftlichen Charakter des Festes häufen sich. So waren zwar die Sozialdemokratie bzw. die Gewerkschaften formal vertreten, de facto hielten sie sich aber aus den Vorbereitungen heraus und glänzten durch Abwesenheit,⁷⁸ wohl weil sie spürten, dass es nicht *ihr* Fest war.⁷⁹

Anders verhielt es sich in der Bundesrepublik, vor allem seit in den 1970er Jahren. Erstmals hat sich im 20. Jahrhundert bei diesen Feiern ein Konsens durchgesetzt, der auf dem Prinzip der Pluralität beruht, auf einer Pluralität, die als Integrationskonzept fungiert und das städtische Selbstbewusstsein kennzeichnet. Der Historiker Michael Zimmermann konstatiert, dass ein solches „plurales Selbstverständnis“ seine Integrationskraft eben nicht aus einem „konzeptionellen Oktroi“, sondern aus der „konfliktreichen gegenseitigen Beeinflussung und Vernetzung verschiedener Strömungen der Stadtgesellschaft“ bezöge.⁸⁰ So wiesen die Stadtjubiläen, etwa das von Essen 2002, zwar zahlreiche Veranstaltungen auf, die zur Idealisierung der Vergangenheit tendierten; daneben habe es aber, wie Zimmermann schreibt, auch

76 K. Minner / H. Vieregge (s. A 38), S. 373.

77 Allerdings hatte sich das Bürgertum selbst gewandelt, insofern ein Teil der neuen Angestellten einbezogen wurde.

78 K. Minner / H. Vieregge (s. A 38), S. 373f.

79 Städtische Bürgerlichkeit konstatiert auch J. Guckes, „Stätte des Willens und der Tat, der Arbeit und des Erfolgs“. Städtische Selbstbilder und Städtebaudebatten in Dortmund in der Weimarer Republik, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 92/93, Essen 2002, S. 175-220.

80 M. Zimmermann (s. A 6).

stadtkritische Veranstaltungen gegeben, etwa jene, die sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander setzten. Doch das war nicht immer so. Beim Lüdenscheider Fest 1968 fehlten bezeichnenderweise Ausdrucksformen einer eigenständigen Jugendsubkultur.⁸¹ Eine Nische hat beim Essener Stadtfest auch die „MigrantInnenkultur“ gefunden.⁸² Im Vergleich zum Lüdenscheider Stadtjubiläum von 1968, bei dem, wie bereits erwähnt, die türkischen Gastarbeiterinnen sich noch im Schleier und als Bauchtänzerinnen inszenierten, hat sich demnach einiges verändert.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass auch in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren trotz Öffnung des kulturellen Raumes um Ausmaß und Formen der Repräsentation einzelner Gruppen gerungen wurde und wird. Denn die Asymmetrie der Gestaltungs- und Partizipationschancen hat sich erhalten. Zwar verfolgen Stadtjubiläen und -feiern heute nicht mehr den Zweck, das städtische Bürgertum durch kulturelle Praktiken abzusichern und sie durch Rückgriffe auf die Geschichte zu legitimieren, wohl aber verfolgen die lokalen Eliten solche Strategien.

Trotzdem hat sich in den Städten, zumindest in den Großstädten, ein offeneres Stadtklima allmählich durchgesetzt – ein Klima, in dem das (distanzierte) Nebeneinander von diversen kulturellen Praktiken toleriert wird. Die Veränderung wird besonders deutlich, wenn die Stadtfeste mit jenen aus der ersten Demokratie verglichen werden. In der Weimarer Republik feierte vielfach die Arbeiterschaft noch ihre eigenen Feste, die Festkultur war fragmentierter und klassenbezogener als in der Bundesrepublik. In der DDR wurden über große Zeitspannen hinweg die Unangepassten, zum Beispiel Beat-Gruppen, unerwünschte Fremde oder so genannte Asoziale sowie politische Gegner, ausgeschaltet.⁸³

Das Konzept der Pluralität, das allerdings in der praktischen Umsetzung viel zu wünschen übrig lässt, ist zudem seit der Mitte der 1970er Jahre zunehmend durch eine Festivalisierung der Stadtpolitik überformt worden. Diese Festivalisierung der Stadtpolitik sei, so die Stadtsoziologen Häußermann und Siebel, deshalb so problematisch, weil sie mit einem Strukturwandel der Städte, der Desurbanisierung, einhergehe, bei der viele Arbeitsplätze verloren gegangen seien. Hinzu kommt die Amerikanisierung der Stadträume – ein relativ neues Phänomen, das auch erst die jüngere Geschichte der Bundesrepublik kennzeichnet. Dazu gehören die MacDonaldisierung der Stadtwelten⁸⁴ und die Urban Entertainment Centers. Hierbei handele es sich um die Inszenierung von Stadträumen und Produkten, bei der weder die Stadtspezifität noch die Stadtgeschichte eine Rolle spielen. Mit anderen Worten: Die Stadtfeiern finden in amerikanisierten, standardisierten und zunehmend entfremdeten

81 U. Schmidt (s. A 32).

82 M. Zimmermann (s. A 6).

83 L. Seegers (s. A 18).

84 V. Kirchberg, Die McDonaldisierung von Stadtwelten und Stadtimage, in: Die Alte Stadt 1/2001, S. 58-71.

Räumen statt. Während in früheren Phasen des 20. Jahrhunderts doch noch meist der inhaltliche Bezug zur Stadt erkennbar wurde, tendiert die Stadt heute dazu, sich lediglich als Bühne zu exponieren. Dies verändert auch den Charakter der Stadtfeste, insofern diese in Bezug auf das städtische Ambiente vertauschbar werden.

Außerdem wird moniert, dass die Stadt-Events Oasencharakter hätten, dass städtische Sozial- und Minderheitenpolitik, städtische Ökologienpolitik und städtische Stadtentwicklungspolitik nicht mehr systematisch entfaltet und durchgeführt werden könnten,⁸⁵ sondern nur noch dann, wenn diese sich in Event-Projekte integrieren ließen. Eine projektbezogene Punktualisierung von Strukturentwicklungspolitik sei die Folge. Heute bestehe die Gefahr, dass die Feste und Events überhand nähmen und quasi eine Grundstruktur städtischer Politik abgäben, bei der andere Politikräume ausgetrocknet würden.⁸⁶

Mit der Festivalisierung ist eine Kommerzialisierung der Stadtfeste verbunden. Im Prinzip ist diese Verbindung keine neue Erscheinung der Bundesrepublik. In früheren politischen Systemen, inklusive der DDR, hatten Stadtfeste immer auch eine (staats-)kommerzielle Seite, sei es durch die Einnahmen bei den Eintrittskarten, sei es durch den Verzehr von Genussmitteln oder durch den Fremdenverkehr, sei es durch den Verkauf von Souvenirs. Auch vielfältige Werbemaßnahmen sind zu verzeichnen. Diese Kommerzialisierung erfuhr in der späten Bundesrepublik eine Art Quantensprung. So erfordert die Organisation eines Stadtjubiläums heutzutage ein professionelles Management, das ein hochwertiges, identitätsstiftendes Produkt mit entsprechenden begleitenden Werbemaßnahmen entwickelt. Die Kritik an der zunehmenden Kommerzialisierung der Feiern ist deshalb sicherlich berechtigt, doch relativiert sie sich im Lichte der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der Blick zurück zeigt nämlich, dass es im ganzen 20. Jahrhundert keine besseren Alternativen gegeben hat. Entweder es dominierte wie in der Weimarer Republik die Bürgerlichkeit eines überkommenen Bürgertums oder es wurde eine rigide Rahmensetzung durch diktatorische Herrschaftssysteme vorgenommen oder es fehlte die kulturelle und politische Öffnung wie in der frühen und mittleren Bundesrepublik. Insofern ist die Kommerzialisierung aus der Retrospektive gesehen bisher als das kleinste Übel im 20. Jahrhundert einzuschätzen.

Der Hinweis, dass es im ganzen 20. Jahrhundert keine bessere Alternative gegeben hat, gilt auch für die Medialisierung der Stadtgesellschaft. Die Medialisierung von Stadtfesten, wie die von anderen Ereignissen, durchzieht alle Dezennien. Presseberichte, Rundfunk- und später die Fernsehübertragungen sowie Dokumentar- und Werbefilme gehören dazu. Dadurch wurde und wird das Fest einer großen Anzahl von Nicht-Teilnehmern bekannt. Doch auch für jene, die dabei waren, wurde und wird das Fest aufbereitet, wodurch die eigenen Wahrnehmungen verstärkt oder über-

85 H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12), S. 28, 8 f.

86 Ebda., S. 28.

formt werden. Das gilt auch für die DDR, in der in der Lokalpresse ausführlich über die Festivitäten berichtet wurde.

Die Problematik, die in der jüngsten Zeitgeschichte von der Medialisierung der Gesellschaft und der Stadt ausging, hat sich allerdings heute durch die intensiviertere Medienpräsenz vergrößert. Die Stadt muss sich mediengerecht inszenieren, um überhaupt wahrgenommen zu werden. Das verlangt Zugeständnisse und ein Sich-Einlassen auf die Handlungslogiken der Medien. Oder anders formuliert: Die zunehmende Macht der Medien hat den Festcharakter mit der Zeit verändert. Medien begleiten nicht mehr allein die Stadtfeiern und Stadtereignisse, sondern sie konstituieren diese. Jedoch stehen die Medien wenigstens nicht mehr im Dienste autokratischer Herrschaftssysteme.

9. Zusammenfassung

Die Ausführungen zeigten die Chancen, aber auch die Probleme von Vergleichen dieser Art. Die Chancen liegen darin, jene Trends und Kontinuitäten herauszuarbeiten, die den Wechsel der Regime überdauern haben, etwa die Stadtimagepolitik, die Identifikationsofferten oder die breite Angebotspalette. Doch auch wenn viele Feierstrukturen und Festelemente auf der phänomenologischen Ebene große Ähnlichkeiten aufweisen, so bedeuten diese doch recht Unterschiedliches, weil die Herrschaftszusammenhänge grundlegend verschieden waren und sind.

Ungeachtet dieser methodischen Vorbehalte, können einige verallgemeinernde Aussagen getroffen werden. So konnten die Unterschiede herausgearbeitet werden, die die heutigen Stadtfeste von jenen in früheren Phasen des 20. Jahrhunderts kennzeichnen. Die Amerikanisierung der Stadträume, die Medialisierung der Stadtgesellschaften sowie die verschärfte Städtekonkurrenz auf Grund der Globalisierung – all dies hat die Städte in den letzten 20 bis 30 Jahren stark verändert und auch den Stadtfesten einen neuen Stempel aufgedrückt. Das ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite zeigt eine Geschichte der Stadtfeste im 20. Jahrhundert, in deren Verlauf sich zwar die Größendimensionen der Stadtfeste gesteigert, die Grundfunktionen der Stadtfeste aber nicht wesentlich verändert haben. Freilich waren diese Grundfunktionen in einem Teil Deutschlands – im Osten – ein halbes Jahrhundert lang in zwei diktatoralen Systemen eingebunden, in denen die Handlungsspielräume für die Kommunen und die Bürger stark eingeschränkt waren. Heute sind die Stadtfeste im Vergleich zu früher viel weniger staatlichen Einwirkungen ausgesetzt und viel weniger in staatliche Zielsetzungen eingebunden, dafür um so mehr kommerzialisiert. Und noch ein Unterschied ist zu konstatieren: Waren die Stadtjubiläen in der Weimarer Republik eine Angelegenheit städtischen Bürgertums, so sind sie in der heutigen Bundesrepublik eine Angelegenheit der städtischen Eliten, die publikumswirksame Stadtfeiern als notwendig und sinnvoll erachten.

Wie gezeigt, trägt die Untersuchung von Stadtfeiern zur Analyse der Herrschaftssysteme bei, und zwar gerade durch die Rekonstruktion von kulturellen Praktiken, denen insbesondere in Diktaturen eine überproportionale Rolle zukommt. Bei Stadtfeiern wurden verschiedene Formen städtischer Öffentlichkeiten organisiert und inszeniert sowie in die jeweiligen Herrschaftskontexte eingepasst. Zwar sollten sich die aktiven und passiven Teilnehmer die Veranstaltungsangebote nach vorgefertigten Denkmustern aneignen, doch die tatsächlichen Aneignungsweisen waren in der Regel zu vielschichtig und mehrdeutig, um in Schablonen gepresst zu werden.⁸⁷

Stadtfeste in der bundesrepublikanischen Demokratie förderten tendenziell den Korporativismus der Funktionseliten samt einem event-orientierten Populismus⁸⁸ und haben deshalb mit Demokratie und der Demokratisierung der Stadtgesellschaft an sich wenig zu tun. Doch können Stadtfeste auch den Sinn für plurale Lebensweisen in einer Stadt erhöhen und vor allem direkt erfahrbar machen. Initiativen von unten können Gehör finden, die oft schwierige Organisation der Feste und Feiern stellt die Kraft eigenen Einsatzes und die Leistungsfähigkeit von Gruppenarbeit unter Beweis. Dabei kommt den Vereinen und in der DDR den Massenorganisationen eine wichtige Rolle zu. Vereinsstrukturen in der Bundesrepublik werden als eine verlässliche Grundlage für eine Kooperation mit den Akteuren der jeweiligen Stadtverwaltung angesehen, weswegen Bürgerinitiativen und subkulturelle Gruppen von vornherein sich hinsichtlich ihrer Partizipationsmöglichkeiten in einer schlechteren Ausgangslage befinden.

Gleichwohl bieten Stadtfeste Chancen, die recht verschieden genutzt werden können und auch unterschiedlich genutzt wurden. Trotz der großen Unterschiedlichkeit der Herrschaftssysteme kann eine Gesamtbewertung der Feiern deren Ambivalenzcharakter nach keiner Seite hin auflösen und durch eine Interpretation der Eindeutigkeit ersetzen, auch wenn sich Inhalt und Struktur der Ambivalenzen in den verschiedenen Herrschaftssystemen grundsätzlich voneinander unterscheiden.

87 Ausführlich dazu: Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: G. Heydemann / H. Oberreuter (Hrsg.), Diktaturen in Deutschland. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen im Vergleich, Bonn 2003 (im Erscheinen).

88 H. Häußermann / W. Siebel (s. A 12), S. 30.

Bruno Flierl

Das alte Berliner Schloss in der neuen Hauptstadt Deutschlands

Realität und Metapher aufgehobener Geschichte?

1. Einführung

Der Deutsche Bundestag beschloss am 4. Juli 2002 Parteien übergreifend und mit beeindruckender Zwei-Drittel-Mehrheit, den Palast der Republik aus der Zeit der DDR abzureißen und an dessen Stelle das alte Berliner Schloss wieder zu errichten, das durch Kriegszerstörungen und den Nachkriegsaufbau verloren gegangen war. Dieser Beschluss gilt als irreversibel. Er wurde zweifelsohne nach bestem Gewissen gefasst, ob aber auch nach bestem Wissen, ist zu bezweifeln. Denn den Abgeordneten ging es primär um die Sicherstellung eines neuen Schlossgebäudes in der alten Gestalt und mit den Barockfassaden von Schlüter, nicht so sehr um Zielsetzungen für eine sinnstiftende Nutzung und um Voraussetzungen für eine realisierbare Finanzierung. Der Wunsch nach dem Bild vom alten Schloss am traditionellen Ort in der Mitte der Stadt bildete den eigentlichen Inhalt des Beschlusses, seine Umsetzung in die gebaute Realität des Gebäudes hinsichtlich Funktion und Ökonomie wurde der Bundesregierung und dem Senat von Berlin überantwortet. Eine dafür brauchbare Lösung steht jedoch noch aus.

In dieser Situation macht es Sinn, danach zu fragen, wann und wie es denn zu diesem starken Verlangen nach dem Bild vom alten Schloss gekommen ist, das schon seit über 50 Jahren nicht mehr existiert, sein Verlust aber fast vier Jahrzehnte lang in Ost Und West so gut wie verdrängt, ja überwunden zu sein schien. Auch ist die Frage zu stellen, wie denn *Aufhebung* verloren gegangener gebauter Vergangenheit der Stadt zu bewerkstelligen sei.

Erwarten Sie von mir keine fertigen Antworten auf diese Fragen, sondern eher eine kritische Analyse des Umgangs mit gebauter Geschichte Berlins am Ort Mitte Spreeinsel seit dem Zweiten Weltkrieg – und neue Fragen dazu.

1945 war die Reichshauptstadt Berlin in den Trümmern des Krieges untergegangen und von den Siegermächten aufgeteilt worden. Berlin als Hauptstadt ist wieder aufstanden – zuerst in Ostberlin von 1949 bis 1990 als Hauptstadt der DDR, seit 1991 im vereinten Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Diese beiden Etappen der Hauptstadtwerdung Berlins nach dem Krieg bestimmten den Umgang mit der Vergangenheit „Schloss“ grundlegend.



Abb. 1: Zwei historische Entwicklungsetappen am Ort „Mitte Spreeinsel“: Schloss und Palast der Republik (*Landesbildstelle Berlin*).

2. Keine Chance für das Schloss in der Hauptstadt der DDR

Als die DDR 1949 vor der Aufgabe stand, sich mit ihren führenden politischen Institutionen im Ostteil der Stadt räumlich zu inszenieren, fiel die Wahl auf die alte historische Mitte der Stadt, die ihr durch die Teilung Berlins zugefallen war. Diese alte Mitte der Stadt lag nun aber plötzlich azentral zum Ostberliner Stadtgebiet. Daraus entsprang eine zweifache Aufgabenstellung: erstens die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Zentralität am alten Ort politischer Macht und zweitens die Entwicklung einer verkehrsmäßig effektiven und zugleich städtebaulich repräsentativen Anbindung des Ostteils der Stadt an die neue Mitte.

Zum neuen zentralen Ort der Stadt wurde der traditionelle Ort Mitte Spreeinsel bestimmt, an dem das Schloss den Bombenkrieg – vor allem den schwersten Angriff am 25. Februar 1945 – nur noch als Ruine überlebt hatte, ohne Chance, bewahrt und wieder hergestellt zu werden. Dafür gab es damals keinerlei ökonomische Voraussetzungen und schon gar keine politisch-ideologischen Interessen. Die neue Zeit, die gekommen schien, sollte auch einen neuen baulichen Ausdruck haben. „Weg mit



Abb. 2: Initiale städtebauliche Entscheidungen zur baulichen Inszenierung Ostberlins als Hauptstadt der DDR 1950: Abriss des Schlosses (1) und Errichtung eines Regierungshochhauses als Zentrales Gebäude (2) sowie Planung der Stalinallee entlang der Frankfurter Allee (3) (*SenStadt Berlin, Einzeichnung: B. Flierl*).

den Trümmern und was Neues hingebaut!“, hieß es im Aufbauled von Bertolt Brecht. Zur zentralen Straße vom Osten in die Mitte der Stadt wurde die Frankfurter Allee als Stalinallee aufgebaut – als Ostarm der seit Beginn des 20. Jahrhunderts immer wieder geplanten, aber nie realisierten Ost-West-Achse Berlins.

Weit schwieriger als der Aufbau an der Stalinallee erwies sich die Gestaltung des zentralen Ortes. Walter Ulbricht ging es in erster Linie um die Anlage eines großen zentralen Platzes für Demonstrationen und Feste, und zwar auf einem erweiterten Lustgarten, wie er durch den Abriss des Schlosses entstehen würde. Das verkündete er auf dem III. Parteitag der SED im Juni 1950. Richard Paulick hingegen schlug einen Monat später vor, den geforderten zentralen Platz am Roten Rathaus anzulegen, um das Schloss für einen Wiederaufbau zu erhalten. Diese Idee wurde abrupt abgelehnt. Spätestens im August war klar, dass das gesuchte zentrale Gebäude östlich der Spree errichtet werden sollte, im Blick aus der Straße Unter den Linden und vom neuen zentralen Platz her. Es sollte ein multifunktionales Kongressgebäude sein, eine Art Volkshaus in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung, niedriger als Dom und Rathaus. Aber schon Ende August setzte sich Walter Ulbricht mit der Idee durch, das zentrale Gebäude als ein Regierungshochhaus zu errichten. Obwohl dafür noch kein Entwurf parat war, diente diese Idee zunächst erst einmal der Verabschiedung des Aufbauplans am 30. August 1950, der den Abriss des Schlosses und die Anlage des zentralen Platzes an dessen Stelle vorsah. Hans Scharoun hatte noch kurz zuvor den Versuch gemacht, vom Schloss wenigstens den Schlüterhof zu erhalten und ihn mit der geforderten Tribünenanlage auf dem neuen großen Platz zu verbinden. Vergeblich. Das ruinöse Schloss wurde abgerissen. Am 1. Mai 1951 wurde der neue Platz als Marx-Engels-Platz eingeweiht. Das Regierungshochhaus ist viele Jahre lang immer wieder von anderen Architekten projektiert, aber nie

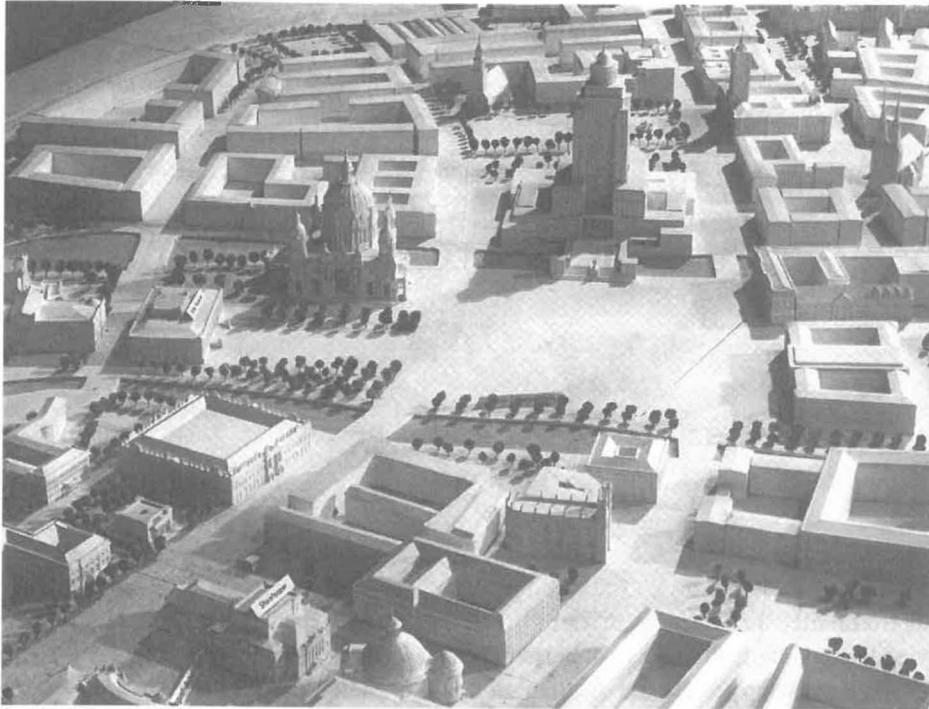


Abb. 3: Das Zentrale Gebäude am Marx-Engels-Platz: Entwurf von Richard Paulick, 1951 (Variante A: Planen und bauen 1950, H. 12, S. 13, Variante B: Jörn Düwel, aus *W. Durth / J. Düwel / N. Gutschow*, Aufbau. Städtebau und Architektur in der DDR, Bd. 2, Frankfurt a.M. 1998, S. 236).

gebaut worden, anfangs vor allem aus ökonomischen Gründen, später aus neu gewonnener Einsicht.

Ein erster Entwurf für das Regierungshochhaus stammte von Richard Paulick aus dem Jahr 1951: bestehend aus einem Hochhaus für den Ministerrat, 150 m hoch, und einem Flachbau für die Volkskammer der DDR in normaler Berliner Höhe. Ein Entwurf von Gerhard Kosel aus dem Jahr 1958 zeigte eine moderne architektonische Variante dieser baulichen Konfiguration – zugleich aber auch eine moderne Fassung der von Anfang an verfolgten Idee der räumlichen Erschließung der alten Mitte von Osten her. Im Widerspruch dazu schlug Hermann Henselmann 1959 vor, statt eines Regierungshochhauses einen Fernsehturm ins Zentrum zu stellen, unmittelbar am Rand des zentralen Platzes und ihn semantisch als „Turm der Signale“, nämlich als Zeichen für Sozialismus, Wissenschaft und Fortschritt zu begreifen. Diese Idee wurde als unangemessen kritisiert und zurückgewiesen. Umso mehr musste es



Abb. 4: Zentrumsband mit dem Fernsehturm 1969 und dem Palast der Republik 1976 (*Sen-StadtUm Berlin*).

überraschen, dass sie 1964 in gewandelter Form aufgegriffen wurde: Als zentrales Gebäude östlich der Spree sollte nunmehr ein Kongressgebäude für die Volkskammer und andere Veranstaltungen gebaut und in der Nähe des Alexanderplatzes der für Berlin notwendig gewordene Fernsehturm errichtet werden – quasi als vertikale Ersatzdominante für das bislang geplante Regierungshochhaus – gut sichtbar in den Radialen der Stadt, insbesondere in der Karl-Marx-Allee. Der Turm, 365 m hoch, stand 1969. Das Kongressgebäude wurde erst in den Jahren von 1973 bis 1976 errichtet: als Palast der Republik, nun aber nicht mehr östlich der Spree, sondern auf dem Marx-Engels-Platz selbst: ein öffentliches und offen zugängliches Haus für jedermann, halb Volkspalast, halb Staatspalast und daher beliebt in der ganzen Gesellschaft: beim Volk und beim Staat. Den Entwurf dazu lieferte ein Architektenkollektiv unter Leitung von Heinz Graffunder.

Der Bau des Palastes der Republik wurde von der DDR-Führung als Schlussstein der sozialistischen Umgestaltung des Stadtzentrums betrachtet – nicht nur als Höhepunkt der Gestaltung des Marx-Engels-Platzes als dem Staatsforum der DDR, an dem zuvor schon das Außenministerium und das Staatsratsgebäude entstanden waren, sondern zugleich auch als markanter Mittelpunkt eines räumlichen Zentrums-

bandes, das vom Forum Fridericianum Unter den Linden über den grünen Freiraum am Fernsehturm bis zum Alexanderplatz reichte – als der zentral gelegene Abschnitt in der Verbindung der Straße Unter den Linden und der Karl-Marx-Allee.

Angesichts dieser städtebaulich-architektonischen Entwicklung seit 1951 war von einem Wiederaufbau des Schlosses keine Rede mehr – nicht nur in Ostberlin, auch nicht in Westberlin, selbst nicht einmal beim westlichen Wettbewerb „Hauptstadt Berlin“ 1957/58, der sich mit dem Anspruch, für ganz Deutschland zu planen, auch auf das Territorium des Ostberliner Stadtzentrums bezog, das real-politisch gar nicht zur Verfügung stand. Es ist festzuhalten, dass das Schloss im westlichen wie im östlichen Zentrums-Wettbewerb weder in der Ausschreibung noch in den vielen Entwürfen überhaupt existierte.

Die DDR war es, die 1967 positiv an das Schloss erinnerte, als sie das rekonstruierte Schlossportal IV als Eingang in das Staatsratsgebäude einfügte: zur Erinnerung an die Verkündung der Sozialistischen Republik Deutschland am 9. November 1918 durch Karl Liebknecht. Dieser relativ bescheidene Akt einer Aufhebung von Geschichte durch originale Wiederherstellung in gewandeltem Kontext war nicht nur ein Stück Wiedergutmachung für den Abriss des Schlosses, er diente natürlich vor allem zur eigenen historischen Legitimation der sozialistischen DDR und ihres Staatsoberhauptes – desselben Walter Ulbricht, der den Befehl zum Abriss des Schlosses erteilt hatte.

3. Neue Chance für das Schloss in der Hauptstadt der Bundesrepublik

Eine neue Chance für ein bauliches Comeback des Berliner Schlosses entstand mit der deutschen Vereinigung im Oktober 1990 und der zunächst formellen Festschreibung Berlins als Bundeshauptstadt, weil dadurch ein neuer politischer und ökonomischer Zugriff auf den Ort Mitte Spreeinsel möglich wurde. Zunächst freilich ging es um andere, weit wichtigere Bauaufgaben der realen gesellschaftlichen und städtebaulichen Vereinigung der so lange Zeit geteilten Stadt auf der Grundlage neuer Investitionen. Dabei trat zuerst die Große Wirtschaft auf den Plan, vor allem mit der Idee, am Potsdamer Platz – im entstandenen Niemandsland zwischen der City Ost und der City West – eine neue City Mitte zu gründen. Dieser Idee folgte das von der FAZ und dem DAM zum Jahreswechsel 1990/91 veranlasste Medienspektakel mit Architekturentwürfen für „Berlin morgen – Ideen für das Herz einer Großstadt“, insbesondere mit Hochhausentwürfen für die erwartete Weltstadt Berlin. Erst nachdem sich dann der Deutsche Bundestag im Juni 1991 für Berlin auch als Sitz der Regierung und des Parlaments ausgesprochen hatte, kam die Große Politik als Großinvestor ins Spiel. Die Standorte für beide Großinvestitionen wurden mit der Arbeit am Flächennutzungsplan geklärt:

- Hauptstandorte der Wirtschaft wurden die Bereiche: Potsdamer Platz, Friedrichstraße und Alexanderplatz,
- Hauptstandorte der Politik wurden die Bereiche: Spreebogen, Wilhelmstraße und Mitte Spreeinsel.

Bis zur formellen Verabschiedung des Flächennutzungsplanes 1994 waren alle diese Hauptstandorte durch städtebauliche Ideenwettbewerbe abgeklärt. Einige von ihnen sind heute baulich bereits weitgehend realisiert: die Bereiche Potsdamer Platz, Spreebogen und Friedrichstraße – andere dagegen noch nicht: so die Bereiche Alexanderplatz und Mitte Spreeinsel.

Die Idee, dass Schloss als Ikone der Erinnerung wiederzugewinnen, tauchte zuerst Ende der 1980er Jahre in einem postmodernen Erinnerungsplan des britischen Architekten Colin Rowe auf. Den ausdrücklichen Wunsch nach dem Schloss äußerte als erster der Historiker Joachim Fest anlässlich der Veröffentlichung der Architektenentwürfe für „Berlin morgen“ 1991 – nota bene: allesamt Entwürfe, in denen das Schloss nicht vorkam. Den ersten ernsthaften Vorschlag zur Wiedergewinnung des Schlosses – nämlich „Zur Restitution von Stadtraum und Schloss“ – unterbreitete der Bauhistoriker Goerd Peschken zusammen mit dem Architekten Frank Augustin Ende 1991. Seine Idee war es, zunächst mit einer Stadtraumkulisse, später mit geplanter baulicher Verwirklichung in Etappen, wieder ein Stück Schloss herzustellen, vor dem Palast der Republik, ohne diesen jedoch abzureißen, sondern mit der Absicht, ihn zu ergänzen und zugleich durch einen großen Schloss-Spiegel visuell auszublenden. Der auf diese Weise inszenierte bauliche Widerspruch als Ausdruck historischer Brüche an diesem Ort sollte auch in der Fassadengestaltung sichtbar werden, und zwar dadurch, dass auf elektronischem Wege abwechselnd die heile Barockfassade des ehemaligen Schlüterbaus und die zerstörte Fassade nach den Luftangriffen im Zweiten Weltkrieg virtuell vorgeführt wird – dies alles, um Geschichte an diesem Ort nicht genussvoll beruhigend, sondern kritisch mahnend in Erinnerung zu halten. Die Öffentlichkeit war nicht bereit, dies zu akzeptieren. Sie wollte, wenn schon Schloss, ein schönes Bild von ihm. Was die Öffentlichkeit verstand und begeistert begrüßte, das war der Schlosskulissenbau, den Wilhelm v. Boddien 1993/94 nach dem Vorbild von Peschken samt Spiegel – nun aber 1:1 und deshalb so wirkungsvoll – in Szene setzte, im Unterschied zu Peschken jedoch mit der klar ausgesprochenen Absicht, das Schloss als Ganzes wieder aufzubauen und den DDR-Palast abzureißen. Alle – auch die Kritiker der mit diesem Kulissenbau demonstrierten Schlosspläne – waren davon beeindruckt, wie wichtig es ist, den leeren und öden Platz vor dem Palast der Republik zu bebauen, in etwa mit einem Baukörper wie dem des nicht mehr existenten Schlosses. Geteilte Meinungen gab es darüber, ob dies *conditio sine qua non* mit einem wieder aufgebauten Schloss erreicht und noch dazu mit dem Abriss des Palastes der Republik bezahlt werden müsse.

Den Fürsprechern des Schlosses kam entgegen, dass der Palast der Republik bereits im August 1990 wegen Asbestverseuchung geschlossen worden war und seit-

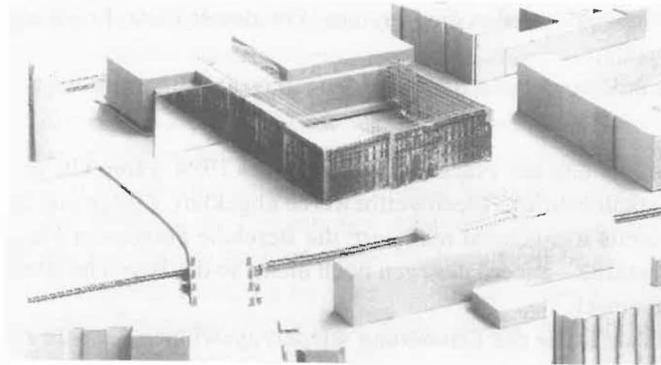


Abb. 5: Vorschlag von Goerd Peschken und Frank Augustin "Zur Restitution von Stadtraum und Schloss" 1991 (aus: G. Peschken / F. Augustin, Zur Restitution von Stadtraum und Schloss, Berlin 1991).

dem auf seine Sanierung wartete. Die daraus hergeleitete Aussicht, den gewünschten Abriss des Palastes als identitätsstiftendes Symbolbauwerk der DDR mit Ökologie und nicht vordergründig mit Politik rechtfertigen und damit die verloren gegangene bauliche Vergangenheit vor der DDR reproduzieren zu können, ergriff mehr und mehr die öffentliche Meinung, unterstützt und gelenkt durch die Medien und auch von führenden Politikern – ohne sich Rechenschaft darüber abzugeben, was ein solcher Umgang mit Geschichte für die noch in den Anfängen steckende innere Vereinigung der Deutschen aus Ost und West – und unterschiedlich in Ost und West – politisch und psychologisch bedeutet. Der von der Bundesregierung und dem Berliner Senat 1993/94 durchgeführte Wettbewerb „Spreeinsel“ ging jedenfalls vom Abriss des Palastes der Republik aus und empfahl als Neubau das alte Schloss. Dass dieser Wettbewerb trotz seines riesigen materiellen und propagandistischen Aufwandes kein brauchbares Ergebnis brachte, auch nicht der preisgekrönte Entwurf, lag in erster Linie an der viel zu vagen Ausschreibung und an der Tatsache, dass Mittel zum Bauen eh nicht zur Verfügung standen. Umso mehr gewann die Idee von Wilhelm v. Boddien an Attraktivität, zumal er nun von Architekten konkrete Entwürfe für eine Schlossrekonstruktion ausarbeiten ließ und öffentlich vorzeigte. Übrigens von denselben Architekten, Schüler & Schüler-Witte, die Jahre zuvor das ICC projektiert hatten, das ebenfalls asbestverseucht war, deswegen aber nicht zum Abriss bestimmt wurde, weil es ja nur ökologisch, nicht aber auch ideologisch kontaminiert war.

Inzwischen hatte Wilhelm v. Boddien für den Wiederaufbau des Schlosses eine Art kultur- und geschichtsphilosophische Argumentation geschaffen. Zu der gehörte insbesondere der Begriff Identität. Danach sei die Identität der Berliner mit Berlin durch den Verlust des Schlosses derart gestört, ja beschädigt, dass sie erst durch die Wiedergeburt des Schlosses zurück gewonnen werden könne. Die entstandene Wunde im Herzen der Stadt – und also im Herzen der Berliner – müsse aber geheilt werden. Denn nach einem Wort von Wolf Jobst Siedler aus dem Jahre 1993, das Wilhelm v.

Boddien immer wieder gern zitierte, sei die Sache doch so: „Das Schloss lag nicht in Berlin – Berlin war das Schloss“. Damit Berlin also wieder Berlin sein kann, muss es das Schloss wieder haben. So einfach – und so absurd. Immerhin: Dieses Identitätskonzept, das auf keinerlei rationaler und historischer Logik beruht, vielleicht, weil es eben diesen intellektuellen Makel nicht hat, entsprach dem heutzutage weit verbreiteten gesellschaftlichen Selbstverständnis von der heilenden Zuflucht in die Werte der Vergangenheit, schon aus dem so offensichtlichen Mangel an gegenwärtigen und zukunftsorientierten Werten. Vor allem aber ließ sich auf diese Weise am wirkungsvollsten ein historisch geadelter Wert Jahrhunderte alter deutscher Geschichte wie das Schloss gut ausspielen gegen den Unwert des Palastes der Republik als Bau und Symbol einer kurzfristig vorüber gegangenen Gesellschaft.

Unter dem Eindruck einer solchen Argumentation wurde der Marx-Engels-Platz, an dem der Palast der Republik noch stand und an dem das Schloss wieder errichtet werden soll, in Schlossplatz umgetauft, obwohl von der Geschichte her doch klar ist, dass Schlossplatz ursprünglich nur der Platzraum vor dem Portal I, später dann nach dem Abriss der Dominikanerkirche auch vor dem Portal II war und sonst nichts. Natürlich war dieser Namenswechsel ein Programm. Mit der vorauseilenden Neuaneignung des Ortes durch den Namen sollte seine bauliche Aneignung schon angekündigt werden: das Schloss auf dem Schlossplatz. Politische verantwortlich dafür war der Regierende Bürgermeister der Stadt: Eberhard Diepgen.

In allen diesen Jahren einer dominant ideologisch und auch ästhetisch geführten Diskussion „Schloss contra Palast“ blieben die grundlegenden Probleme einer für die Gesellschaft optimalen Neuaneignung des Ortes Mitte Spreeinsel weitgehend ungeklärt: Probleme einer sinnstiftenden Nutzung und realisierbaren Finanzierung wie auch Probleme des stadträumlichen Kontextes und der architektonischen Gestaltung.

4. Probleme der Neuaneignung des Ortes Mitte Spreeinsel

4.1 Probleme Nutzung und Finanzierung

Die Frage nach der Nutzung des Ortes Mitte Spreeinsel ist vom Praktischen her eine Frage, wer diesen Ort für wen und wofür nutzen will/soll, und zugleich vom Symbolischen her eine Frage, was für eine Bedeutung er in der historischen Mitte der Bundeshauptstadt Berlin haben soll. Es geht um die grundlegende Frage nach einer neuen Wertsetzung: praktisch und symbolisch.

Während zu Beginn Ideen auftauchten, den Palast umzubauen – zu einem Kaufhaus oder Hotel, aber auch zu einer Bibliothek, oder aber an seiner Stelle ein modernes „Kulturschloss“ zu errichten –, orientierten andere Vorschläge darauf, den von der DDR geprägten gesellschaftlichen Ort des Staates zum staatlichen Ort der Bun-

desrepublik Deutschland umzufunktionieren und zu diesem Zweck umzugestalten. Diese Überlegungen fanden ein Ende, nachdem im Oktober 1991 der Beschluss gefasst worden war, das neue Regierungsviertel im Spreebogen zu entwickeln, und Bundeskanzler Kohl den Vorschlag unterbreitete, auf der Mitte Spreeinsel – bei Abriss des Palastes der Republik – ein staatliches Kongresszentrum zu bauen. Dieser Vorschlag bildete dann auch den Kern des Programms für den Wettbewerb „Spreeinsel“ 1993/94, der ohne Folgen blieb, weil weder der Bund noch das Land Berlin ausreichende ökonomische Voraussetzungen zum Bauen hatten.

Von da an verabschiedeten sich beide von der Idee, selbst als Bauträger und zugleich als Nutzer der anstehenden baulichen Neuaneignung des Areals Mitte Spreeinsel aufzutreten. Als Ausweg aus der eingetretenen Lage inszenierten sie 1997/98 mit einem weiter entwickelten Programm – Kongresszentrum plus Hotel, Bibliothek, Gastronomie und Tourismus-Shops – ein Interessenbekundungsverfahren mit privaten Investoren als Developern und Nutzern, in das sie selbst lediglich die in ihrem Eigentum befindlichen Grundstücke am Ort einbrachten. Das Ergebnis war derart enttäuschend, dass es lange Zeit der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Denn, wie sich herausstellte, aber zuvor natürlich schon vorauszusehen war, gelang es den privaten Investoren mit ihren Vorschlägen – auch der Hanseatica mit einem verbesserten Schloss-Entwurf des „Fördervereins Berliner Stadtschloss“ unter Leitung von Wilhelm v. Boddien – nicht, den Ort Mitte Spreeinsel angemessen öffentlich zu entwickeln, ihn also vor unangemessener Kommerzialisierung zu bewahren und damit zumindest das zu leisten, was die DDR mit dem Palast der Republik an Öffentlichkeit und offener Zugänglichkeit bereits geleistet hatte. Die Auslober zogen daraus die richtige Schlussfolgerung, dass es notwendig sei, für die Neuaneignung dieses historisch so bedeutenden Ortes mehr Kapital der öffentlichen Hand einzubringen als nur das Grundkapital der ihnen gehörenden Immobilien. Aber woher nehmen?

In dieser Situation der Ratlosigkeit musste der vom Präsidenten der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Klaus Lehmann, 1999 eingebrachte Vorschlag, mit den Dahlemer Museen außereuropäischer Kunst als Institutionen öffentlicher Hand auf die Spreeinsel umzuziehen, geradezu wie eine Erlösung wirken – auch wenn er im Grunde nur eine Verlegenheitslösung darstellte. Dieser Vorschlag entsprang naturgemäß zunächst ganz eigenen Interessen: Die Museen in Dahlem waren durch ihre Lage weit außerhalb des Zentrums, aber auch durch ihren schlechten baulichen Zustand ins Abseits geraten. Ein Umzug in die Mitte der Stadt sollte diese Museen, aber auch die Mitte selbst aufwerten helfen. Ähnliche räumliche Probleme hatten auch andere Institutionen der öffentlichen Hand: die Humboldt-Universität zu Berlin mit ihren wegen Raummangels selten vorzeigbaren musealen Wissenschaftssammlungen und die Zentrale Landesbibliothek mit ihren zwei Standorten in Berlin. Sie alle versprachen sich eine Stärkung ihrer eigenen Position, wenn sie sich auf der Mitte Spreeinsel ansiedeln könnten. Bund und Land Berlin versprachen sich die Lösung des Pro-

blems einer gesellschaftlich bedeutungsvollen und nun auch finanzierbaren Neuaneignung des „Schlossplatzareals“. Diese Aussicht bewog die Bundesregierung und den Berliner Senat, eine Internationale Expertenkommission zur Ausarbeitung von Empfehlungen für diesen Ort einzuberufen. Die Kommission hat dieses Nutzungskonzept mangels anderer Angebote weitgehend übernommen.

4.2 Problem stadträumlicher Kontext

Im Unterschied zur Vergangenheit vor dem Krieg hat der Ort Mitte Spreeinsel durch die Neugestaltung nach dem Krieg einen völlig neuen stadträumlichen Kontext erhalten. Wie auch immer der Verlust der historischen Bausubstanz und Stadtgestalt im Bereich der ehemaligen mittelalterlichen Stadt zu bedauern ist, so borniert wäre es, nicht auch den Gewinn der eingetretenen Veränderung zu bemerken, nämlich die Tatsache der neuen Bipolarität des Ortes gegenüber seiner früheren Monopolarität.

Die Frage ist, wie damit umzugehen sei – nicht zuletzt in Hinsicht auf eine neue bauliche Aneignung des Ortes Mitte Spreeinsel, an dem nach Wunsch so vieler wieder das Schloss stehen soll. Eines jedenfalls ist klar: der städtebauliche Kontext, über den es für diesen Ort auf der Insel zu entscheiden gilt, reicht vom Zeughaus bis zum Alexanderplatz.

Die Stadtplaner des Senats von Berlin, an ihrer Spitze Senatsbaudirektor Hans Stimmann, plädierten ganz im Sinne ihres „Planwerks Innenstadt“ für den Rückbau des neuen offenen Raumes östlich der Spree in die Struktur und Gestalt der alten Stadt und damit in die Zeit vor der DDR. Dadurch ließe sich nicht nur ein neu zu bauendes Schloss im Kontext traditioneller Stadt realisieren, sondern auch ein wesentliches Stück gebauter Stadt der DDR beseitigen. Kritiker dieses Planwerks Innenstadt verwiesen darauf, dass ein solcher Rückbau ein Zurückweichen vor der Aufgabe sei – nicht zuletzt unter dem Aspekt der deutschen Vereinigung, eben nicht unter dem Aspekt der Vereinnahmung -, die zu Raum und Stein gewordene geteilte Entwicklung Berlins produktiv aufzuheben in eine vereinte Weiterentwicklung der Stadt als deutscher Bundeshauptstadt. Wie das geschehen könne, müsse eben versucht und gesucht werden bei Bewahrung der historisch entstandenen Bipolarität in der Mitte der alten Stadt. Unbestritten notwendig dagegen wäre es, und darüber bestand auch Konsens, den leeren und sinnlos gewordenen Platzraum vor dem Palast der Republik in den früheren baulich-räumlichen Kontext zurück zu bauen, um die Qualitäten des Übergangs zur Straße Unter den Linden und zum Lustgarten zurück zu gewinnen.

In welchem Maße die Rückbau-Ideologie des Planwerks Innenstadt immer nur die historisch eingetretenen Verluste alter Stadtstruktur und Stadtgestalt, nicht aber auch den entstandenen Zugewinn zur Kenntnis nimmt, offenbart die Sicht auf die Berliner Stadtentwicklung in gern gezeigten Darstellungen, deren beabsichtigte

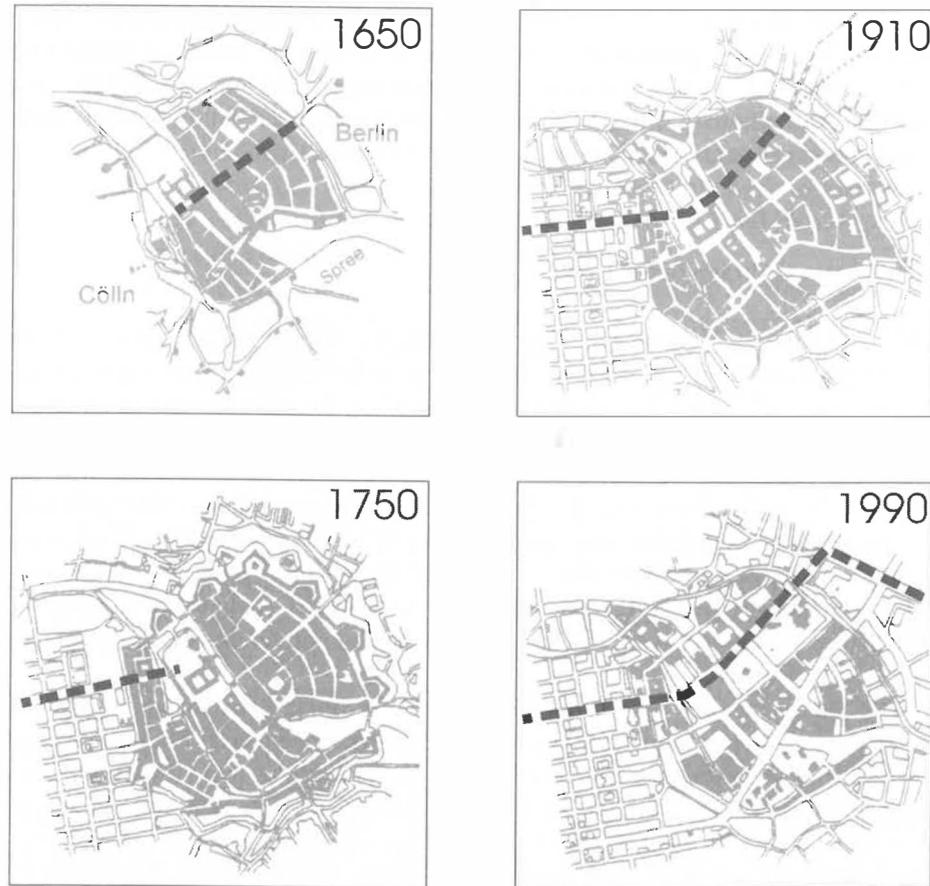


Abb. 6: Historische Mitte Berlin, Etappen ihrer Entwicklung. Hervorgehoben ist die stadträumliche Orientierung auf den Ort "Mitte Spreeinsel" mit dem Schloss und später mit dem Palast der Republik (Zeichnung: B. Flierl).

Aussage lautet: mutwillige Zerstörung der Stadtstruktur und Stadtgestalt durch den Nachkriegsaufbau der historischen Mitte Berlins durch die DDR. Wird in die Darstellung der durch Bausubstanz belegten Stadtgeschichte aber auch die Geschichte der dominanten stadträumlichen Orientierungen eingetragen, ergibt sich eine ganz andere Interpretation von Kontinuität und Diskontinuität der historischen Mitte von Berlin:

Der im 15. Jahrhundert zunächst als Zwingburg errichtete und danach als Schloss ausgebaute Herrschaftssitz der Brandenburgischen Kurfürsten lag am Rande der mittelalterlichen Bürgerstadt und wurde von dieser primär über ihre Hauptstraße,

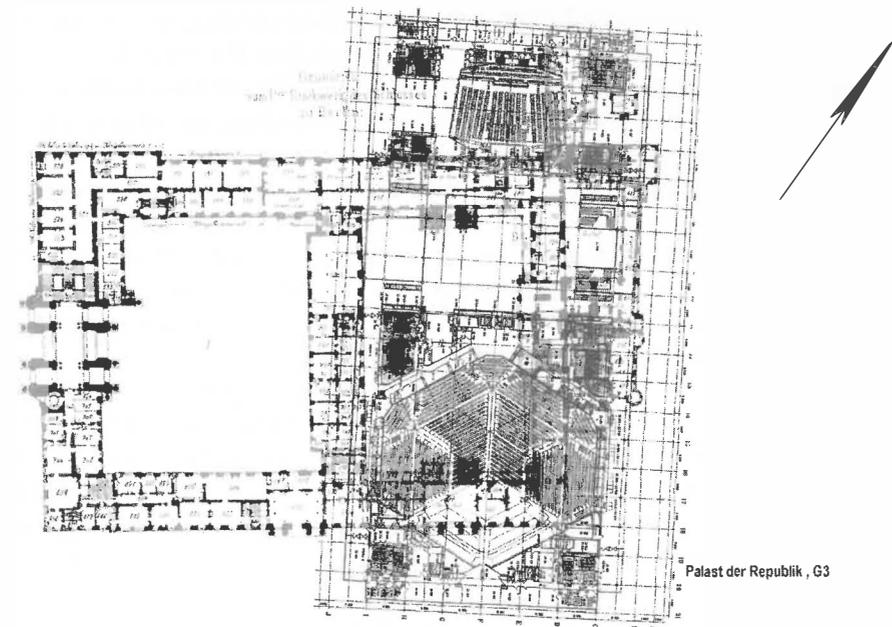


Abb. 7: Unmöglichkeit einer baulichen Fusion von Palast der Republik und Schloss wegen Überschneidung von Großem Saal im Palast und Schlüterhof im Schloss, falls auf keines der beiden inneren Raumelemente verzichtet würde (*SenStadt Berlin*).

die heutige Rathausstraße, erreicht. Anlässlich des Einzugs des 1701 in Königsberg gekrönten Königs zu Preußen in das Berliner Schloss begann der barocke Umbau des Schlosses durch Andreas Schlüter und zugleich die Planung für einen repräsentativen Schlossplatz mit einem neuen Dom anstelle der dort befindlichen, aber baufälligen alten Kirche. Daraus wurde jedoch nichts. 1747 entschied dann Friedrich II, den alten Kirchenbau abzureißen und den neuen Dom auf dem Lustgarten zu errichten. Dadurch gerieten das inzwischen schon erweiterte Schloss und der neue Dom in den Wahrnehmungsraum der Straße unter den Linden als der neuen Stadtachse der absolutistischen Stadterweiterung bis zum Brandenburger Tor. Die mit dem Standortwechsel der Domkirche markierte neue stadträumliche Orientierung des Schlosses in der gewachsenen Stadt blieb in der Entwicklung Berlins bis ins späte 19. Jahrhundert erhalten. Dabei wurde das Schloss selbst zur sozial-räumlichen Barriere zwischen einer Stadt des Absolutismus vor ihm und einer Stadt der Bürger hinter ihm. Erst mit dem nicht aufhaltbaren Drang des Verkehrs in der werdenden Metropole Berlin, die seit 1871 Hauptstadt des Deutschen Reiches geworden war, wurde 1885 zwischen Schloss und Dom, der einen Neubau erhalten sollte, eine Brücke über die Spree gelegt und die Straße Unter den Linden am Schloss vorbei in Ost-

West-Richtung durch die Stadt geführt. Versuche, diese Straßenführung später als Ost-West-Achse auszubauen, scheiterten schon nach dem Wettbewerb „Großstadt Berlin 1910“, aber auch nach dem Planungskonzept für die „Welthauptstadt Germania“ 1937-42. Die DDR realisierte mit dem Aufbau entlang der Stalinallee/Karl-Marx-Allee den Ostarm dieser räumlichen Verbindung durch die Stadt hindurch und verlieh eben dadurch dem Ort Mitte Spreeinsel eine neue räumliche Bipolarität.

Wichtig zu wissen ist, dass der Palast der Republik der neuen Bipolarität des Ortes Mitte Spreeinsel schon von seiner Planung her Rechnung getragen hat, indem er die räumliche Achse vom Brandenburger Tor bis zum Fernsehturm genau an ihrem Knick durch sein gläsernes Foyer transparent vermittelte und eben dadurch sich selbst stadträumlich wirkungsvoll fixierte.

Solche Analysen der stadträumlichen Lage und Wahrnehmung von Schloss und Palast wie auch möglicher anderer baulicher Gestalten wären eine wichtige Voraussetzung für jedwede bauliche Lösung am Ort Mitte Spreeinsel. Wer sich ohne solche Prüfung gleich das Schloss und den Rückbau der alten Stadt östlich der Spree wünscht, braucht freilich über solche Probleme der Aufhebung heute vorhandener gebauter Geschichte nicht nachzudenken.

4.3 Problem Bauwerk

Die wichtigste Erkenntnis für jegliche bauliche Lösung am Ort von Schloss und Palast ist, dass beide Bauwerke nicht ohne Verlust miteinander fusionieren können: Wer den Schlüterhof will, muss auf den Großen Saal im Palast verzichten – und umgekehrt. Andererseits ließe sich der Volkskammersaal in ein wieder aufgebautes Schloss nur mit größten Schwierigkeiten einbeziehen, auch wenn das manche gern möchten, um am originalen Ort an die „frei gewählte Volkskammer der DDR“ zu erinnern. Ökonomisch wäre ein solches Verlangen nicht zu verantworten, wenn nicht bewiesen werden könnte, dass gerade dieser Teil des Palastes, der übrigens architektonisch der schlechteste war, nicht auch aus anderen funktionellen Gründen als nur wegen des Gedenkens gebraucht würde.

Theoretisch gesehen gibt es drei Varianten, mit Schloss und Palast baulich umzugehen:

- Variante 1: Erhaltung des Palastes plus Weiterbau auf dem Platz vor ihm.
- Variante 2: Schloss statt Palast.
- Variante 3: Neubau mit Elementen von Palast und Schloss.

Für alle drei Varianten sind in den letzten zwölf Jahren zahlreiche Architekten-Entwürfe entstanden, die allesamt keine Realisierungschancen hatten, weil ihnen allen eines fehlte: nämlich ein auch nur einigermaßen funktionell fundierter und finanziell abgesicherter Auftrag. Dies vor allem deshalb, weil es keinen institutionalisierten Auftraggeber dafür gab, weil der für diesen Ort zuständige politische Auftragge-

ber – die Bundesregierung und der Berliner Senat – vor der historisch anstehenden Aufgabe versagte.

Die Öffentlichkeit allerdings gab die Schuld am Misserfolg der Architekten-Ideen in erster Linie den Architekten selbst, speziell jenen, die moderne Entwürfe vorgelegt hatten. Das wiederum festigte die Meinung der Schlossbefürworter, die eine Neuaneignung des Schlossplatzareals mit einer modernen baulichen Lösung ohnehin nicht für möglich halten.

Nach Einberufung der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ war zunächst die Hoffnung groß, nun endlich zu einer Lösung der vielen Probleme an diesem Ort zu gelangen. Die Lösung aber war die der Variante 2: Schloss statt Palast.

5. Empfehlungen zum Wiederaufbau des Schlosses

Die Expertenkommission arbeitete von Januar 2001 bis April 2002 unter der Leitung von Hannes Swoboda aus Wien. Ihr selbst gesetztes Ziel war es, zunächst über Probleme der Nutzung, des Stadtraums und der Finanzierung zu diskutieren und dann erst über Probleme des erwarteten Bauwerks. Auf diese Weise sollte vermieden werden, den jahrelangen Streit Schloss contra Palast unreflektiert fortzusetzen. Alles schien noch offen für produktives Denken. Aber es kam anders.

Die drei von sich aus selbst auf den Plan getretenen und vom politischen Auftraggeber, Bund und Land Berlin, protégierten Hauptnutzer – die Stiftung Preussischer Kulturbesitz, die Humboldt-Universität zu Berlin und die Zentrale Landesbibliothek Berlin – waren nicht in der Lage, ein kooperatives und synergetisch durchdachtes Nutzungskonzept zu erarbeiten, wozu sie aufgefordert waren, und darüber hinaus gehende Forderungen einer jahrelang geführten öffentlichen Diskussion nach einem kulturell-kommunikativem Bürgerforum darin einzubeziehen. Sie hatten vordergründig nur die Verortung ihrer eigenen Beiträge zu einer musealen und bibliophilen Bildungslandschaft im Sinne, die sie als „Humboldt-Forum“ verstanden wissen wollten, aber wenig Verständnis für eine „Agora“ als Ort für Themen des 3. Jahrtausends in der Dimension Deutschland, Europa und die Welt. Es fiel ihnen auch schwer, die künftige gesellschaftliche Rolle des Ortes Mitte Spreeinsel im funktionellen und stadträumlichen Kontext anderer gesellschaftlich bedeutender Orte in der Mitte Berlins zu denken – außer in Relation zur Museumsinsel. Erst nachdem Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin in seiner Funktion als einer der politischen Moderatoren der Expertenkommission sich für die Vereinigung der mit Humboldt-Forum und Agora bezeichneten Nutzungsideen einsetzte und für die Agora 20% der Nutzungsfläche sicherte, konnte der entstandene Konflikt gelöst werden. Das war im Herbst 2001. Doch erst im Dezember lag die ausformulierte, in ihren inneren Verflechtungen jedoch keineswegs schon geklärte komplexe Nutzungskonzeption vor. Und auch erst zu diesem Zeitpunkt, weil von der Nutzungskonzeption

abhängig, konnte das erwartete Finanzierungskonzept vorgelegt werden. Es orientierte auf die Finanzierung durch eine Aktiengesellschaft in public private partnership – also nicht mehr wie früher entweder allein auf staatliche oder private Finanzierung mit der ausdrücklichen Betonung der Dominanz des Öffentlichen gegenüber dem Privaten.

Die bedauerliche Verzögerung, ja das viel zu lange Ausbleiben einer rechtzeitig geklärten Nutzungskonzeption führte nicht zuletzt auch unter dem von den Medien entfachten Erwartungsdruck der Öffentlichkeit dazu, dass die Kommission unter der Regie ihres Vorsitzenden Hannes Swoboda und ihres Beraters in Sachen Städtebau, Senatsbaudirektor Hans Stimmann, genau das tat, was sie ursprünglich nicht tun wollte, nämlich dominant vom städtebaulichen Kontext her – und also unabhängig von der Nutzungskonzeption und der mit ihr verbundenen Sinnstiftung für den historisch so bedeutenden Ort Mitte Spreeinsel – ein „Schlossgebäude“ mit den Barockfassaden von Schlüter als beste bauliche Lösung und neue Sinnstiftung ins Auge zu nehmen. Dies wurde der Öffentlichkeit als mehrheitliche Ansicht der Kommission in einer Pressekonferenz am 13. Juli 2001, also auf halbem Wege der Arbeit mitgeteilt. Von da an war die weitere Richtung klar. Im September gab es dann noch ein Event der besonderen Art: ein nichtöffentliches Verständigungstreffen zwischen Vertretern großer deutscher Industrieunternehmen und Banken mit Mitgliedern der Expertenkommission in den Räumen der Deutschen Bank in Berlin, moderiert von Wilhelm v. Boddien. Einige Zeit später verlautete intern, dass an einer Mitfinanzierung der Wiedererrichtung des „Schlossgebäudes“ durch das große deutsche Kapital Interesse bestünde, wenn das neue Gebäude auch aussähe wie das alte Schloss, das heißt: mit den Barockfassaden von Schlüter.

Bis in diesem Sinne alles geklärt und ausformuliert war – und dazu gehörte auch die Zurückweisung der Forderung nach einem öffentlichen Wettbewerb zum Ort und zum Gebäude am Ort, und zwar auf der Grundlage einer abgeklärten Aufgabenstellung –, dauerte es noch eine Weile, bis dann am 17. April 2002 das Ergebnis der Kommissionsarbeit dem Auftraggeber übergeben werden konnte. Das Ergebnis lautete:

- Abriss des Palastes der Republik, aber eine zeitlich befristete Zwischennutzung des vom Asbest bereinigten Gebäudes.
- Errichtung eines Schlossgebäudes, das heißt, eines Gebäudes in den geometrischen Abmessungen des Schlosses und mit den Barockfassaden von Schlüter an den drei Außenseiten und im Schlüterhof, mit einer Überbauung des vorderen Schlosshofes zur Unterbringung der neuen Nutzungen, aber ohne die Kuppel von Stühler. Offen blieb die Gestaltung der Spreeseite des Gebäudes und die noch zu prüfende Einbeziehung des ehemaligen Volkskammersaales des Palastes der Republik anstelle einer Rekonstruktion des Renaissancegebäudeflügels mit der ehemaligen Schlossapotheke. Zur Lösung der damit verbundenen baulichen Probleme des Gebäudes soll ein Architekturwettbewerb ausgeschrieben werden.

- Nutzer des Gebäudes sind die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit den Museen für außereuropäische Kunst, die Humboldt-Universität zu Berlin mit ihren musealen Wissenschaftssammlungen, die Zentrale Landesbibliothek Berlin und der Betreiber der Agora. Alle Nutzungen, die im Schlossgebäude keinen Platz finden, sollen im Umfeld untergebracht werden: in den vorhandenen Gebäuden am alten Schlossplatz sowie in Neubauten entlang der Schlossfreiheit.
- Die Finanzierung erfolgt nach dem Modell einer Aktiengesellschaft in public private partnership.

Der Auftraggeber, vertreten durch den Bundesbauminister, Kurt Bodewig, und den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, nahmen das Ergebnis der Kommissionsarbeit dankend entgegen und versprachen, durch eine spezielle Arbeitsgruppe die Empfehlungen zur Nutzung und Finanzierung auf ihre Realisierbarkeit prüfen zu lassen, um dann den empfohlenen Wettbewerb ausschreiben zu können, bei dem – so ihre übereinstimmend geäußerte Ansicht – durchaus auch variante Fassadenlösungen möglich sein sollten.

Ausgelöst durch diese zusätzliche und von der Kommissionsempfehlung abweichende Bemerkung erhob sich im Lager der Schlossanhänger lautstarker Protest, weil sie darin eine Gefahr erblickten für die Realisierung des gewünschten Bildes vom Schloss mit den Barockfassaden. Unterstützt von einer breiten Pressekampagne begannen die Fraktionen des Deutschen Bundestages Beschlussempfehlungen zur Verteidigung des Schlossneubaus mit Barockfassaden zu formulieren. Das führte schließlich zu einer konzertierten Beschlussvorlage aller Bundestagsparteien außer der PDS mit dem Ziel, der Empfehlung der Expertenkommission zum Schloss „ohne Wenn und Aber“ zuzustimmen. So geschah es dann auch am 4. Juli 2002 mit beispiellosem Erfolg. Entscheidenden Anteil daran hatte der Bundestagspräsident, Wolfgang Thierse, der zuvor politischer Moderator der Expertenkommission war.

Begleitet wurde dieser auch als Kritik an der Bundesregierung und dem Berliner Senat verstandene demokratische Akt des Bundestages von einer emotional ausufernden Presse, die deutlich machen wollte, wie sehr doch der deutschen Öffentlichkeit, dem Volk, am Schloss liegt. So war am 4. Juli, also am Tag der Bundestag-Diskussion über das Schloss, quasi zur Ermunterung der Abgeordneten, in der „Welt“ zu lesen: „Wir sind das Schloss“. Was für eine Verkehrung der historischen Losung der revoltierenden DDR-Bevölkerung von 1989: „Wir sind das Volk“! Auf dem Weg von dieser Losung über die Losung „Wir sind ein Volk“ waren „wir“ also inzwischen „das Schloss“ geworden. Wen das noch nicht überzeugte, der konnte am Tag danach im „Tagesspiegel“ den Bericht lesen: „Das demokratische Schloss“. Nur weil ein demokratisches Gremium wie der Bundestag für das Schloss, wenn auch nur für einen Schloss-Verschnitt, plädierte, sollte also das Gebäude selbst schon demokratisch sein und, wie es im Text weiter heißt, als Symbol einer „wundersamen deutschen Einheit“ gelten! Was sind das für wundersame Geschichtsfälschungen! Zum Lachen sind sie jedenfalls nicht!

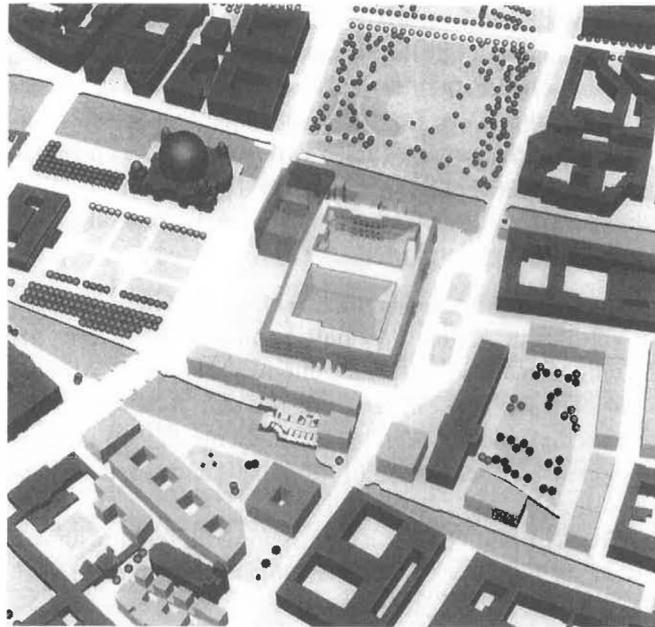


Abb. 8: Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission "Historische Mitte Berlin" 2002 zum Wiederaufbau des Schlosses (SenStadt Berlin).

Seit Juli vergangenen Jahres versucht nun die von der Bundesregierung und vom Berliner Senat eingesetzte Arbeitsgruppe die Fragen zu beantworten, für die sich der Bundestag, vordergründig auf das Bild vom Schloss fixiert, nicht sonderlich zu interessieren schien, nämlich vor allem: Wer soll das Gebäude wozu bauen und nutzen, bezahlen und betreiben? Das scheint weit schwieriger als erwartet zu sein, wie einem Zwischenbericht von Christina Weiss, der neuen Kulturstaatsministerin und Leiterin der Arbeitsgruppe, im Februar zu entnehmen war. Danach sind die Flächen für die geforderten Nutzungen im neuen Schlossgebäude zu groß. Kein Wunder, wenn wie geschehen zuerst die Form des Gebäudes fixiert und dann seine Funktion wie der Inhalt in den Topf gegossen wird und also „Überlauf“ entsteht, für den, wie sich jetzt herausstellt, auch im Umfeld kein Platz vorhanden ist, weil die geplante Bebauung an der Schlossfreiheit nicht realisiert und das Staatsratsgebäude der Unterbringung einer privaten „European Business School of Management and Technology“ geopfert wird. Auch das Finanzierungskonzept scheint inzwischen verändert worden zu sein. Wie schon in der Beschlussvorlage des Bundestages ist nicht mehr von public private partnership, sondern von Privat-öffentlicher Partnerschaft die Rede, was einer Umkehrung der Finanzierungsmachtverhältnisse gleich kommt und mit Sicherheit negative Auswirkungen auf den Charakter und den Grad von Öffentlichkeit und offen zugänglicher Nutzung des Gebäudes haben wird. Last not least: Im

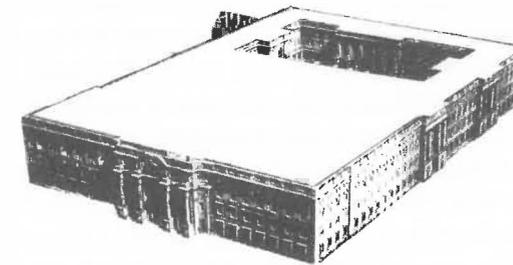
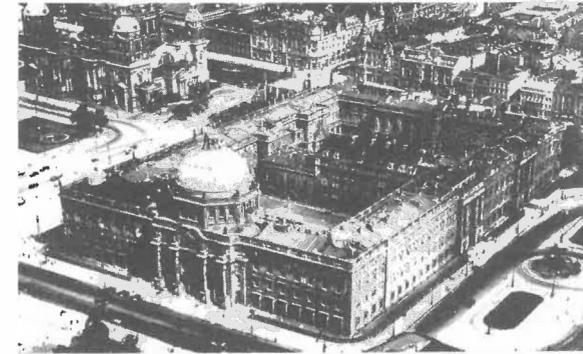


Abb. 9: Das wieder aufgebaute Schloss als "Schlossverschnitt" und Scheinwelt der Geschichte (Landesbildstelle Berlin, Zeichnung: B. Flierl).

März war in der Presse zu lesen, dass ein konkreter Baubeginn für das Schloss noch sehr in den Sternen stünde und deshalb überlegt werden müsse, die Dahlemer Museen zunächst an ihrem jetzigen Ort zu belassen und baulich zu sichern. Diese Aussicht führte zu ganz entgegen gesetzten Reaktionen. Auf der einen Seite begünstigte sie die Aktivitäten der Interessenten einer Zwischennutzung des Palastrohbaus für kulturelle Zwecke, zeitlich begrenzt auf drei Jahre: von 2004 bis 2006. Auf der anderen Seite ermutigte sie alle, die sich den Abriss des DDR-Palastes ohne Wenn und Aber schon immer gewünscht hatten, zu der Forderung, damit nun endlich sofort zu beginnen. Wenn schon so bald kein Schloss, dann auf keinen Fall noch länger den Palast! Eine grüne Wiese an diesem zentralen Ort der Hauptstadt – als Grabstätte widersprüchlicher deutscher Vergangenheit im versöhnenden Bild der Natur – ist ihnen lieber als der beunruhigende Blick auf bauliche Reste der jüngsten deutschen Vergangenheit an diesem Ort, dessen Zukunft noch so ungewiss ist: baulich und gesellschaftlich.

Nach dieser Analyse der Vorschläge und Entscheidungen auf dem Weg zum alten Schloss in der neuen Bundeshauptstadt abschließend nun einige Fragen. Fragen

zum Schloss und zum Ort des Schlosses. Fragen, die ich mir selber stelle, aber nicht für mich behalten möchte:

Erste Frage: Was bedeutet das alte Schloss als neue Sinnstiftung?

Was wird das sein, was laut Empfehlung der Expertenkommission „Historische Mitte Berlin“ und nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages auf der Mitte Spreeinsel entstehen soll? Das alte Schloss? Doch wohl nur von außen, dem Schein nach, nicht auch innen. Im Inneren wird etwas ganz anderes sein als von außen zu vermuten oder gar zu erwarten ist. Und dazu nicht einmal etwas Adäquates: museale Räume für Exponate, die an diesem historischen Ort und auch für das Schlossgebäude an ihm keinen Sinn machen, als Ergänzung der Museumsinsel gedacht aber das Schloss nicht brauchen.

Dieses Auseinanderfallen von Außenwelt als Scheinwelt Schloss in der Realwelt Mitte Berlin und von Innenwelt als Realwelt Museum in der Scheinwelt Schloss als Hülle schadet dem Ort, dem Gebäude an ihm und der Nutzung in ihm. Wer denkt bei diesem Auseinanderfallen von Realwelt und Scheinwelt nicht unwillkürlich an Las Vegas mit den Scheinwelten inszenierter Themenparks wie Luxor, Paris, Venice usw. als äußerer kultureller Verpackung der inneren Realwelt Casino? „Learning from Las Vegas“, nämlich „architecture as a decorated shed“ zu machen, wie Roberto Venturi das empfohlen hat, jetzt also auch in Berlin? Das Schloss als Themenpark Geschichte mit Schlüters Barock als Dekoration für Museen außereuropäischer Kunst mit Exponaten wie mexikanischen Skulpturen, indischen Teppichen und ostasiatischen Segelbooten? Was daran ist für eine Neuaneignung dieses bedeutenden historischen Ortes – wie es keinen zweiten in Berlin gibt – die Sinnstiftung als zukunftsorientierter Wert? Neuaneignung eines Ortes als Aufgabe und Leistung der Gegenwart kann doch nur als Aufhebung von Vergangenheit für die Zukunft vollbracht werden – aufheben dialektisch verstanden als Einheit von negieren, bewahren und emporheben auf eine neue Stufe der Entwicklung. Das führt zur zweiten Frage:

Zweite Frage: Was ist das Schloss als aufgehobene Geschichte wert?

Wie kann das gegenwärtig nicht vorhandene Schloss zur aufgehobenen Geschichte werden, wenn es zu diesem Zweck zunächst erst einmal materiell wieder hergestellt werden muss, um aufgehoben werden zu können in eine neue Zukunft an diesem Ort, dies aber den Abriss des Palastes der Republik zur Voraussetzung hat, der – noch als Rohbau, zu dem er wieder wurde – existente gebaute Realität und Metapher jüngster deutscher Geschichte ist?

Was also an Geschichte wird durch ein wieder aufgebautes Schloss aufgehoben, und was an Geschichte wird entsorgt? Was hat eine solche Korrektur von abgelaufener Geschichte mit Aufhebung von Geschichte zu tun? Zumal ein solcher Umgang mit Geschichte ja nicht auf den Palast als Gebäude beschränkt bleibt, sondern die konstituierenden Elemente der städtebaulichen Inszenierung Ostberlins zur DDR-

Hauptstadt insgesamt umfasst: neben dem Palast auch den Fernsehturm, die beide aus der ehemals geplanten Zentraldominante als gesplittete Dominanz hervorgegangen sind. Der Palast wird materiell entsorgt, der Fernsehturm – da er technisch noch brauchbar ist – wird hinsichtlich seiner Wahrnehmung in der großen Stadtradiale der Karl-Marx-Allee visuell entsorgt: Denn: Auf dem gesamten Weg entlang der Karl-Marx-Allee in die Stadtmitte verdeckt laut Planung für den Alexanderplatz eines der vorgesehenen Hochhäuser – das DEGEWO-Hochhaus, Ecke Grunerstraße/Alexanderstraße – absichtsvoll den Schaft des Fernsehturms und beschädigt auf diese Weise seine Rolle in der Stadtgestalt. Fehlt noch, wie schon erwähnt, der erwogene, nur noch nicht realisierte Rückbau des großen zentralen Grünraums zwischen Spree und Fernsehturm. Dann wäre es geschafft, wesentliche gebaute Geschichte der DDR-Hauptstadt entsorgt zu haben, als hätte sie es nie gegeben. Was aber ist dann das alte Schloss am alten Ort in der Mitte der Stadt als aufgehobene deutsche Geschichte wirklich wert? Es hat den Wert eines ausgewählten Teils zurück gebauter deutscher Geschichte.

Nicht genug damit. Das wieder aufgebaute Schloss wird selbst nur eine zurück gebaute Auswahl seiner eigenen Geschichte darstellen. Denn es soll ja – noch dazu nur im äußeren Bild – ausschließlich als Barockschloss reproduziert werden, so, wie es nie bestand und auch bis zum Krieg nicht zu sehen war, nämlich: ohne den Renaissancebau des Schlossapothekenflügel und ohne die Kuppel in der klassizistischen Architektur von Stühler, und dies alles angeblich zu Ehren von Andreas Schlüter, dem Schöpfer des Schlosses, um den ein geradezu peinlich wirkender Personenkult entfacht wurde, um nicht über Könige und Kaiser des Schlosses reden zu müssen. Ein Schloss für die Bundesrepublik als zeitlose Erfindung. Nur gut, dass wie kürzlich erst zu hören war die von der Expertenkommission empfohlene und vom Bundestag nicht bestrittene Idee aus finanziellen Mitteln nicht realisiert werden kann, vor dem Schloss wiederum auch noch Gebäude an der alten Schlossfreiheit erstehen zu lassen, wenn auch in zeitgemäßer Architektur, also eine bauliche Situation zu reproduzieren, die 1890 dem Preußisch-Deutschen Nationaldenkmal weichen musste. Aus welcher Zeit eigentlich sollen das Schloss und der Ort des Schlosses aufgehobene Geschichte sein? Das führt zur dritten und letzten Frage:

Dritte Frage: Worum geht es am Ort Mitte Spreeinsel?

Geht es an diesem Ort hauptsächlich um das Schloss oder um den Palast der Republik als Wert? Geht es um das Schloss als sinnstiftenden Schlussstein der bundesdeutschen Umgestaltung des Stadtzentrums von Berlin, wie gesagt wird, um vergessen zu machen, dass zuvor schon der Palast der Republik als Schlussstein sozialistischer Stadtumgestaltung galt? Geht es nicht vielmehr und zu allererst um eine neue gesellschaftliche Wertsetzung für die Mitte der Stadt, wie sie durch sinnstiftende Aufhebung von Geschichte entstünde, durch Aufhebung von so vielfach gebrochener deutscher Geschichte gerade an diesem Ort, nicht zuletzt jüngster geteilter deut-

scher Geschichte? Wäre die produktive Auseinandersetzung darüber – in der Dimension der deutschen Vereinigung von Ost und West sowie der fortschreitenden europäischen Integration und der weltweiten Globalisierung – nicht eigentlich das Hauptthema für eine kreative Neuaneignung des Ortes Mitte Spreeinsel? Wer dafür ein wieder aufgebautes Schloss braucht, gäbe ihm dann wenigstens schon von der Funktion her einen zukunftsorientierten Sinn und Wert aus dem Interesse heutiger Menschen an einer veränderbaren Zukunft. Nicht das Schlossgebäude – schon gar nicht das auf das bloße Bild reduzierte Schloss – wäre dann die Lösung für die Erlösung von den Übeln der Geschichte, in die wir Deutschen mit dem Zweiten Weltkrieg und mit der Teilung Deutschlands, aber auch mit den Schwierigkeiten der Vereinigung geraten sind, sondern umgekehrt: Die gesellschaftlich motivierte Aufhebung von Vergangenheit in eine andere Zukunft als Aufgabe und Tat der Gegenwart ist es, die eine bauliche Aufhebung des Schlosses überhaupt erst sinnvoll macht, zugleich aber auch die Frage nach dem Sinn einer baulichen Aufhebung des Palastes der Republik provoziert.

Darüber hätte ein politisches Gremium wie der Deutsche Bundestag debattieren müssen. Nicht primär über das architektonische Bild der Geschichte, sondern über den historischen Ort der Geschichte zur gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit ihr.

Gerade angesichts der nach dem Krieg in Berlin vollbrachten großen Leistungen gesellschaftlicher und baulicher Aufhebung von Geschichte – zunächst geteilt in Ost und West und jetzt in der vereinten Stadt – hätte in Hinsicht auf den noch nicht neu angeeigneten Ort Mitte Spreeinsel die wirklich wesentliche Frage lauten müssen: Was ist uns Deutschen dieser Ort wert – und: was sind wir uns wert an diesem Ort?

Kurt Fluri

Die Kulturpolitik der Stadt Solothurn (Schweiz)

Auch die Kulturpolitik basiert unter anderem auf der Geschichte, auf den politischen und rechtlichen sowie natürlich auf den finanziellen Rahmenbedingungen. In dieser Reihenfolge stelle ich Ihnen nun unsere Kulturpolitik vor:

Am ältesten Gebäude der Stadt, am Zeitglockenturm am Marktplatz, findet sich eine Inschrift, wonach Solothurn neben Trier die älteste Stadt in keltischen Landen, d.h. nördlich der Alpen, sei: „In Celtis nihil est Salodoro antiquius unis exceptis Treveris, quarum ego dicta soror“, was soviel heisst wie: dass es keine ältere Stadt in keltischen Landen als Solothurn mit Ausnahme von Trier gebe, weshalb man sie Schwestern nenne. Dieser Text hat sich tatsächlich auch an der früheren St. Paulinskirche in Trier vorgefunden mit folgender Inschrift von Franz Haffner: „Der Stadt Trier und Salodor/thuns wenig Stätt an Alter vor“ aus dem Jahre 1666. Diese Kirche ist allerdings dann 1674 bei einer Besetzung der Stadt durch französische Truppen zerstört worden, und mit ihr ist offenbar auch die Inschrift untergegangen, jedenfalls ist sie an der heutigen St. Paulinskirche in Trier nicht wieder zu finden.

Vermutlich aber ist lediglich der antike Name „Salodurum“ mit Sicherheit keltischen Ursprungs, der archäologische Nachweis eines keltischen Solothurn steht nämlich immer noch aus. Der keltische Ursprung des späteren römischen „Castrum Salodurum“ hingegen bedeutet ein „Wassertor“, eine „Flussenge“. Und das wiederum ist wohl unbestritten auch der Hauptgrund für die Gründung eines Römischen Vicus' eben hier an der engen Stelle der Aare, wo es günstig erschienen ist, über den Fluss zu setzen und einen gesicherten Brückenkopf an der bedeutenden Route zwischen Aventicum (Avenches) einerseits und Augusta Raurica (Kaiseraugst) bzw. Vindonissa (Windisch) anderseits zu sichern.

Im 12. Jahrhundert prägten die Zähringer die Altstadt Solothurns ebenso wie diejenigen von Bern und den beiden Freiburg in der Schweiz und im Breisgau sowie vieler anderer Städte im alemannischen Raum. Charakteristisch hierfür ist das historische Stadtbild ohne geplante Plätze, die in Zähringerstädten am Altstadtrand oder durch Häuserabbrüche bei Straßengabelungen entstanden sind.

Vor allem aber ist heute noch der französische Einfluss klar erkennbar. In der Zeit zwischen 1530 und 1792 weilte nämlich der französische Ambassador wegen des Söldnerwesens im kleinen Solothurn mit etwa 4.000 Einwohnern. Die Hauptgründe, dass Solothurn überhaupt Ambassadorsstadt wurde, waren folgende:

- die katholische Religion, welche im Gegensatz zur reformierten das Söldnerwesen zuließ,

- die jahrhundertealten engen Beziehungen Solothurns zur Westschweiz und
- die seit der Zugehörigkeit Solothurns zum Herzogtum Burgund unerschütterte Treue Solothurns zu Frankreich und zum französischen Solddienst.

Zahlreiche solothurnische Söldnerführer wurden in den französischen Diensten geadelt, kehrten reich versehen mit Pensionen und Renten zurück und errichteten hier feudale Herrschaftshäuser in der Stadt bzw. Sommersitze außerhalb der Stadt. Aufgrund der aus dieser Zeit stammenden barocken Bauelemente gilt Solothurn als „Schönste Barockstadt der Schweiz“.

Kulturpolitik gemäß eidgenössischem und kantonalem Verfassungsrecht

Die schweizerische Kulturpolitik ruht größtenteils auf den Schultern der Gliedstaaten, der Kantone, sowie der Gemeinden. Dies ergibt sich aufgrund folgender Bestimmungen von Bundes-, Kantons- und Gemeindeverfassung:

Art. 69 der Bundesverfassung (BV) in der Fassung vom 1.1.2000 lautet:

1. Für den Bereich der Kultur sind die Kantone zuständig.
2. Der Bund kann kulturelle Bestrebungen von gesamtschweizerischem Interesse unterstützen sowie Kunst und Musik, insbesondere im Bereich der Ausbildung, fördern.
3. Er nimmt bei der Erfüllung seiner Aufgaben Rücksicht auf die kulturelle und sprachliche Vielfalt des Landes.

Art. 69 BV ist aber nur ein Teil des neuen Kulturverfassungsrechts. Das Kulturstaatsverständnis zeigt sich auch in anderen Artikeln der Bundesverfassung: In der Zweckbestimmung von Art. 2 Abs. 2 BV fördert die Eidgenossenschaft unter anderem die „kulturelle Vielfalt des Landes“. Art. 4 BV hält die vier Landessprachen fest. Art. 18 BV gewährleistet die Sprachen-, Art. 21 die Kunstfreiheit. Art. 35 BV verpflichtet den Bund zur Verwirklichung der Grundrechte und damit auch zur Gewährleistung dieser Freiheiten. Art. 102 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8.6.1986 lautet:

1. Kanton und Gemeinden fördern die individuelle schöpferische Entfaltung und erleichtern die Teilnahme am kulturellen Leben.
2. Sie schützen und erhalten das Kulturgut.“

Und schließlich formuliert § 3 der Gemeindeordnung der Stadt Solothurn: „...sie unterstützt kulturelle Bestrebungen, die sinnvolle Freizeitgestaltung, die Jugendarbeit und den Sport.“

Die städtische Kulturpolitik

Die städtische Kulturpolitik wird in Solothurn nicht durch ein Kulturamt übernommen, sondern die Kulturpolitik wird im Rahmen seiner politischen Führungstätigkeit direkt durch den Stadtpräsidenten verantwortet.

Die Stadt Solothurn mit ihren rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohnern legt seit langer Zeit großen Wert auf die Erhaltung eines reichen Kulturlebens. Ein zweisprachiges Zweispartentheater zusammen mit der zweisprachigen Stadt Biel im Westen von Solothurn (das einzige zweisprachige und das kleinste Berufstheater der Schweiz), drei städtische Museen, ein Begegnungszentrum im Alten Spital, die mit dem Kanton gemeinsam getragene Kantonsbibliothek, seit bald 40 Jahren die Solothurner Filmtage, seit 25 Jahren die Solothurner Literaturtage, eine öffentliche Musikschule sowie unzählige Veranstaltungen mit Unterstützung der Stadt führen zu Kulturausgaben in der Höhe von netto rund 5 Mio. Franken (ca. 3,3 Mio. EURO) oder 6% des Budgets bzw. 8.6% des Steuerertrages.

Im schweizerischen Vergleich stehen wir somit derzeit nach Basel, Luzern, Genf und Lausanne an fünfter Stelle der Schweizer Städte, gemessen an den Pro-Kopf-Ausgaben.

Diese 5 Mio. Franken würden hingegen niemals reichen, das Kulturleben unserer Stadt in diesem Ausmaß zu betreiben. Glücklicherweise haben traditionell private Kreise stets als Mäzene (nicht als Sponsoren!) oder als Initiatoren gewirkt, wenn es darum ging, Kunst zu sammeln oder kulturelle Veranstaltungen zu organisieren und auch zu finanzieren. So besitzt zum Beispiel unser Kunstmuseum Sammlungen von nationaler, ja internationaler Bekanntheit dank Stiftungen von Privaten, u.a. auch hervorragende Bestände an Schweizer Kunst der Moderne. Eine neueste Schenkung zum Beispiel im vergangenen Jahr aus Solothurner Privatbesitz beglückte uns mit Werken von Alberto Giacometti und Meret Oppenheim. Etwa 10 Kunstgalerien tragen völlig privat zum Kunstleben bei. Aber auch die Filmtage und Literaturtage oder das ebenfalls bereits seit mehr als 10 Jahren abgehaltene Classic Openair sind privater Begeisterung für die jeweilige Kulturrichtung entsprungen und leben noch heute weitestgehend davon. Die Stadt Solothurn kann sich auf die Finanzierung des Betriebes und Gebäudes im Falle der Museen bzw. auf Subventionsbeiträge an die anderen Veranstaltungen beschränken. Lediglich das Städtebundtheater ist zur Hauptsache durch die öffentliche Hand alimentiert. Dabei wird sie teilweise von den Regiogemeinden unterstützt, auf rein freiwilliger Basis und zur Zeit in der Höhe von rund Fr. 900.000.– (ca. 600.000 EURO). Zudem unterstützen private Gönnervereine die verschiedenen Institutionen nicht nur finanziell, sondern sie sorgen auch für deren breite politische und gesellschaftliche Verankerung.

Daneben wird auch die sog. alternative Kulturszene gepflegt, denn auch diese vermittelt Werte, wenn auch vielleicht nicht hergebrachte und allgemein akzeptier-

te, aber doch solche, die in unserer glücklicherweise heterogenen und mehrdimensionalen Gesellschaft auch vorhanden und vertreten sind. Und schließlich war jede heute etablierte Kulturform irgendwann auch einmal neu, alternativ, aufmüpfig und unkonventionell. So waren gerade die Filmtage in ihrer Anfangszeit ausgesprochene Veranstaltungen, die vom 1968er-Geist geprägt waren und die Bürgerschaft entsprechend verunsicherten. Aber auch das etablierte Stadttheater hat in seinem Leistungsauftrag ausdrücklich die Aufgabe, auch avantgardistische Stücke zu bringen, obwohl das im Hinblick auf das Abonnentenpublikum mit seiner Vorliebe eher zum konventionellen Theater nicht unproblematisch werden kann.

Kultur braucht keine Legitimation, schon gar keine ökonomische

Das Bekenntnis unserer politischen Behörden zur Kultur stützt sich dabei auf folgende Überlegungen:

Nicht nur in Zeiten, in welchen die öffentliche Hand in finanziellen Problemen steckt, sondern ganz generell wird immer wieder die Unterstützung kultureller Veranstaltungen und Organisationen durch das Gemeinwesen speziell mit dem Hinweis darauf begründet (und gefordert), dass Kulturausgaben dank der sog. „Umwegrentabilität“ schließlich die Wirtschaft und damit indirekt via Steuereinnahmen wiederum die öffentliche Hand alimentierten. Und tatsächlich belegen zahlreiche Studien, dass jeder für kulturelle Zwecke ausgegebene Franken fast das Dreifache an Nachfragewirkungen auslöst.

Hinter diese Feststellungen möchten wir zwei Fragezeichen setzen: Zum einen halten wir es für durchaus möglich, dass dieser Multiplikator- oder zumindest Verstärkungsfaktor für die Wirtschaft effektiv zutrifft. Eine andere Frage ist es aber, ob davon auch das Gemeinwesen in ähnlichem Ausmaß profitiert. Nach unseren Feststellungen verdünnt sich der Strom der im Hinblick auf und während Kulturevents getätigten Konsumausgaben nach Durchlaufen der Betriebsbuchhaltungen und der Steuererklärungen zu einem recht dünnen Rinnsal, welches schließlich noch beim Fiskus anlangt. Von einer Vervielfachung für das Gemeinwesen kann keine Rede sein.

Zweitens aber geht es uns vor allem darum, dass die ökonomische Begründung von Kulturausgaben der öffentlichen Hand für die Kultur sogar gefährlich werden kann. Wird nämlich eine finanzwirksame Kulturpolitik mit der Umwegrentabilität begründet, so muss sie sich gefallen lassen, dass sie mit der Rentabilität anderer, nichtkultureller Aufwendungen von öffentlichen Geldern verglichen wird. Und hier spricht einiges dafür, dass viele nicht-kulturelle Mittelverwendungen höhere Umwegrentabilitäten haben und damit konsequenterweise bevorzugt werden müssten. Der Vergleich auf der Ebene der kurzfristigen Nachfragewirkung muss für die Kultur ungünstig ausfallen. Neben dieser sehr konkreten Gefahr für die Kultur wird mit

dieser Argumentation dem kulturellen Bereich aber auch seine Einmaligkeit für die Gesellschaft genommen. Die Kulturschaffenden, aber auch die an ideellen Werten orientierten Kulturpolitikerinnen und -politiker tun also gut daran, das Argument der Umwegrentabilität nicht allzu häufig zu gebrauchen und sich wieder auf die klassischen Argumente zugunsten der Kultur zu konzentrieren, die da sind: Kultur ist Lebensgestaltung und Lebensausdruck, Kultur ist Wertevermittlung, Kultur ist ein Wert an sich, der keine weitere Legitimation braucht, schon gar keine ökonomische. Die Förderung der Kultur durch die öffentliche Hand ist eine öffentliche Aufgabe wie andere auch, also wie die Bildung oder der Straßenbau. Selbstverständlich sind wir uns bewusst, dass gerade in der heutigen Situation der öffentlichen Hand, aber auch in einer Epoche, in welcher die materiellen Werte scheinbar alles andere dominieren, das kurzfristige und an Zahlen und Bilanzen orientierte Denken überwiegt. Gerade in solchen Zeiten aber ist es umso nötiger, auf absolute, nichtmaterielle Werte hinzuweisen und sie zu betonen. Die Kultur hat es nicht nötig, an materiellen Werten gemessen zu werden.

Aus dieser Werthaltung heraus lehnen wir es ab, Kultur primär als Teil der Standortpromotion oder Tourismusförderung zu propagieren. Dies wäre unseres Erachtens eine Degradierung der Kultur zum Mittel zum Zweck. So haben Behörden und auch die Bevölkerung unserer Stadt auch in den ärgsten Zeiten der Finanzknappheit Mitte der 1990er Jahre ohne Einschränkung und vorbehaltlos die wichtige Stellung der Kultur für unser Zusammenleben anerkannt und damit zugleich auch den Sammlungen, den Mäzenen und Leihgebern ihre Referenz erwiesen. Sie unterstreichen dies zum Beispiel noch zusätzlich dadurch, dass die drei Museen nach wie vor ohne Eintrittspreis zugänglich bleiben. Auch damit soll der Bildungsauftrag der Kultur unterstrichen, gewürdigt und verstärkt werden. Zwischen 1994 und 1998 erhöhte sich so der Anteil der Kultur an den Gesamtausgaben, weil diese in allen anderen Bereichen hinuntergefahren werden mussten.

Im Übrigen wird auch immer wieder versucht, die Kunst in den städtischen Alltag zu integrieren. Die Stadt stellt für jeweils maximal 3 Monate im Begegnungszentrum Altes Spital auswärtigen Kunstschaffenden ein Künstleratelier unentgeltlich zur Verfügung, damit sie während ihres Aufenthaltes in Wechselwirkung mit der Stadt künstlerisch tätig sein können. Im letzten Jahr zum Beispiel beobachtete eine Berliner Künstlerin den öffentlichen Raum der Stadt unter dem Thema „Raum – Einengung und Raum – Ausweitung“ und brachte an den meist frequentierten Standpunkten Markierungen an. Zur Zeit wird das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Kunstschaffenden aus Solothurn und Philadelphia ebenfalls in einem dieser Künstlerateliers unter dem Titel „So-Phil-Art“ gezeigt, und in der nächsten Theatersaison sucht unser Städtebundtheater den Weg zum Publikum und vor allem zur Jugend mit der Aufführung des Stückes „Klamms Krieg“, in welchem ein Schauspieler im Schulzimmer Themen wie Autorität, Schule, Gesellschaft und die Lehrerrolle mit all sei-

nen Nöten unmittelbar theatralisch und situativ abspielt und anschließend mit den Schülerinnen und Schülern darüber diskutiert.

Und schließlich spielt die Kultur als Kontaktmittel zu unserer deutschen Partnerstadt Heilbronn eine wichtige Rolle, finden doch beinahe jährlich Ausstellungen von Kunstschaffenden der einen in der anderen Partnerstadt statt.

Zusammenfassend möchte ich unsere Auffassung von Kulturpolitik mit den Worten des Philosophen Hans Saner wie folgt ausdrücken: „[Die Kunst]... braucht einfach Raum, in dem sie sein und leben darf, auch wenn sie zu nichts zu gebrauchen und ökonomisch disfunktional ist. Sie braucht nicht Duldung – denn das wäre eine Beleidigung der Kunst -, sondern ein Recht auf Leben und Gedeihen.“

Unsere Kulturpolitik ist es nun, zu versuchen, der Kultur diesen Raum geistig, finanziell und infrastrukturell zur freien Entfaltung zu bieten.

Hermann Vogler

Städtepartnerschaften

Ein Beitrag zum kulturellen Selbstverständnis

Nach Jehudi Menuhin ist Kultur „Die Gesamtheit der Lebensäußerungen einer Gemeinschaft. Kultur definiert die eigene Art des Ausdrucks eines jeden Menschen, seine Gefühle und Gedanken über sich selbst, sein Wertbewusstsein, seine Beziehung zu anderen Menschen, zur Erde und zu ihren Bewohnern. Kultur reicht von der Sprache bis hin zu Formen des Handwerks und zu dem individuellen Lebens- und Denkstil, zu der Art wie man sich ernährt und kleidet. Zur Kultur des Menschen gehören die Formen seines Glaubens und seines Aberglaubens, gehören Mythen und Symbole, Bilder, Worte und Musik. All dies gehört zur echten Kultur, die sich gravierend von den Kräften unterscheidet, die sich darum bemühen, eine Vielfalt von Kulturen unter eine Flagge oder eine Religion zu zwingen.“

Bundespräsident Rau spricht in seiner Berliner Rede vom Mai 2002 über die Chancen und Gefahren der Globalisierung: „Für viele Menschen bedeutet Globalisierung, dass ihre Traditionen und ihre Welt sich verdrängt und überlagert werden. Sie merken, wie wenig ihre Überlieferung, ihre Kultur, einfach ihr Anders-Sein respektiert wird, wenn es darum geht, dem wirtschaftlichen Fortschritt den Weg zu ebnen. Diese Menschen fühlen sich in ihrer Würde verletzt.“

In der gemeinsamen Veröffentlichung des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz vom Februar 1997 „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ heißt es: „Zum Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehört auch die Wahrnehmung internationaler Verantwortung – eine verbindliche weltweite Rahmenordnung für wirtschaftliches und soziales Handeln ist dringlich.“

Verantwortliches Handeln braucht ein Lernfeld „Global denken – lokal handeln“. Städte und Gemeinden bieten diese Lernfelder in den familiären, lokalen und regionalen Gemeinschaften der Bürgergesellschaft. Hier muss die Politik die Menschen abholen und mitnehmen – denn vor Ort erfahren sie Orientierung und Solidarität, sozialen Kontakt und Gemeinschaft, Motivation für neue Herausforderungen.

So hat auch der Gemeinderat der Stadt Ravensburg im Juli 2002 zum Mehrjahresprogramm für die Städtepartnerschaft folgendes beschlossen: „Ravensburg unterstützt das Zusammenwachsen in Europa und die internationale Verständigung mit Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften und über freundschaftliche Verbindungen von lokalen Initiativen. Austauschprogramme werden zur Erweiterung der sprachlichen und kulturellen Kompetenz sowie mit Blick auf neue Lerngemeinschaften gefördert.“

Ravensburg liegt in der Bodenseeregion. Die Stadt verdankt ihren Reichtum im Mittelalter und die Schönheit ihrer gotischen Altstadt dem Handel mit ganz Europa – zwischen Wilna und Barcelona, zwischen Amsterdam und Sizilien. Unseren Wohlstand heute verdanken wir dem Glück dieser Geschichte, dem Wunder, dass wir im Zweiten Weltkrieg von Bomben verschont geblieben sind, dem „Zufall“, dass wir nach 1945 auf der Sonnenseite der Welt lagen und nicht zuletzt den Unternehmen unserer Stadt und Region – und vielen engagierten Menschen in der „Bürgerstadt“.

Wie in anderen Städte auch hat Ravensburg in den letzten 40 Jahren Städtepartnerschaften begründet: über politisch bewusste Initiativen, persönliche Freundschaften, aber auch aufgrund zufälliger Kontakte und Begegnungen – im „Geleitzug“ oder als Vorläufer von Entwicklungen in der internationalen Politik.

Zur deutsch-französischen Verständigung hat Ravensburg mit seiner Partnerschaft mit der südfranzösischen Stadt Montélimar seit 1964 beigetragen. Auch in Ravensburg haben wir erlebt, wie aus einer historischen Feindschaft viele Freundschaften gewachsen sind.

Die deutsch-französische Verständigung war der Grundstein für den Weg nach Europa, den die Städte und Gemeinden mit Partnerschaften begleitet und gefestigt haben. In Ravensburg waren dies 1983 Rivoli im Piemont, 1994 Rhondda Cynon Taff in Süd-Wales und seit 2002 erste Kontakte mit Mollet de Vallès in Katalonien.

Christine Landfried beschreibt in der Süddeutschen Zeitung vom Dezember 2002 dieses Europa als einen wahren Energiespeicher an Vielfalt der Kulturen und an Leistungsfähigkeit. Sie spricht von einem „immensen Reichtum an Verschiedenartigkeit. Es ist die Verschiedenartigkeit der Sprachen, der Musik, der großen und kleinen Theater, der Malerei, der Literatur, der Architektur, der Landschaften, der politischen Kulturen, Institutionen und Lebensformen.“

„Ebenso wichtig wie die Vielfalt an Differenz ist die europäische Erfahrung in der Auseinandersetzung mit Differenz. Im Lauf einer langen Geschichte mit Konflikten, verheerenden Kriegen und Verbrechen an der Menschheit haben die Europäer gelernt“, so zitiert Christine Landfried Jürgen Habermas, „mit der Konkurrenz zwischen geistlichen und weltlichen Mächten, mit dem Streit der Konfessionen, mit der Rivalität zwischen Nationalstaaten friedlich umzugehen. Die Erinnerung an die Folgen nationalistischer Exzesse können den Übergang zu einer postnationalen Demokratie ebnen, die auf der gegenseitigen Anerkennung der Differenzen zwischen stolzen Nationalkulturen beruht.“

Erinnern und Begegnen steht über einer ganz anderen kulturellen Herausforderung: die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte, mit dem Nazi-Regime. Wie in den meisten Städten, so hat diese Auseinandersetzung auch in Ravensburg relativ spät, nämlich erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre begonnen. Dabei ging es nicht nur um äußere Zeichen der Erinnerung – etwa an jüdische Familien, die 1938 nach der Reichspogromnacht vertrieben wurden.

Auf Initiative von Pinchas Erlanger, dem Sohn einer vertriebenen Familie, der

heute in Israel lebt, wurde eine Partnerschaft als Projekt zur Begegnung zwischen der Highschool in Nahariya in Nordisrael und zwei Gymnasien bei uns gegründet, angeregt auch durch den Ende der 1980er Jahre wieder aufflammenden Rechtsradikalismus und durch die Erfahrung, dass sich die leidvolle Geschichte der Juden in Deutschland um Unterricht nur noch schwer vermitteln lässt.

Pinchas Erlanger hat zehn Jahre später zu dieser Partnerschaft folgendes gesagt: „Diese Schulpartnerschaften und dieser Austausch ist weit mehr als ein touristisches Ereignis für die Schüler. Für diese ist es lebendige Geschichte, wie sie besser in keinem Schulzimmer gelehrt und gelernt werden könnte und hat sie hoffentlich für ihr ganzes Leben gegen das Gift des Rassismus und Radikalismus gefeit. Das Motto ‚Erinnern und Begegnen‘ unter dem dieser Austausch steht, könnte sinniger nicht sein.“

Eine bewusst politische Entscheidung war der Weg in die Partnerschaft mit einer Stadt in der ehemaligen Sowjetunion. Im August 1987 hat eine Delegation des Stadtrates mit Vertretern der damals deutsch-sowjetischen Gesellschaft – heute West-Ost-Gesellschaft – drei Städte in Weißrussland und in der Ukraine besucht. Im September 1989, wenige Wochen vor dem Fall der Mauer, haben wir in Brest in Belarus den Partnerschaftsvertrag unterzeichnet – in einer Welt, in der wir uns damals fast wie auf einem anderen Stern vorgekommen sind. Als Verbindung mit einer Stadt, die 1941 beim Angriff von Deutschland auf die Sowjetunion total zerstört wurde.

Und kurz danach der Fall der Mauer und die Deutsche Einheit, „die deutsche Mondlandung“ wie Heribert Prantl zehn Jahre später zum 1. Oktober 2000 in der Süddeutschen Zeitung schreibt: „Deutschland im Einheitsjahr 1990: die Hälfte aller Deutschen waren nach dem Zweiten Weltkrieg geboren, sie hatten das einig Vaterland nicht mehr erlebt. Als wir zur Welt gekommen waren, gab es kein Mecklenburg und Vorpommern mehr, kein Thüringen, keine Mark Brandenburg. Die alten Ländernamen waren abgeschafft. Im Westen hießen sie nun eine Schulzeit lang SBZ, Sowjetische Besatzungszone. Für den, der keine Verwandten dort hatte, war das ein seltsames Land, bevölkert von Toten und Sagengestalten: Karl Mai, Martin Luther, Rubezahl und Johann Sebastian Bach.“

Unser Partner ist seit Februar 1990 Coswig bei Dresden im Oberen Elbtal. Es war mehr als notwendig, die Menschen in unserer Region im Süden auf diesem Weg in die Deutsche Vereinigung mitzunehmen, damit Menschen aus beiden Städten sich kennen lernen, Vorurteile abbauen und Mauern in den Köpfen niedriger werden. Auch wir im Süden waren damals im „Tal der Ahnungslosen“.

Die Hochwasserflut im vergangenen Jahr 2002 war eine zweite Chance – eine neue Hoffnung. Werden sie wie nutzen? „Die deutsche Einheit ist schwieriger als eine Mondlandung. Auf dem Mond hat es genügt, mit technischem Gerät zu landen, eine Fahne aufzupflanzen und ein paar bewegende Sätze zu sagen. Im Osten genügt das nicht. Die Arbeit an der Einheit hat erst begonnen“, so Heribert Prantl in seinem oben genannten Artikel.

Die jüngste Partnerschaft sind wir mit Varazdin in Kroatien eingegangen – im Dreiländereck Kroatien/Slowenien/Ungarn. Vorausgegangen waren jahrelange Kontakte zwischen den beiden deutsch-kroatischen Gesellschaften und die Aufnahme von Familien und Kindern in unserer Region während des Krieges in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien.

Bereits seit den 1960er Jahren leben viele Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien – auch aus Kroatien – in unserer Region. Deren Kinder haben vielfach längst einen deutschen Pass und sprechen unseren Dialekt.

In seiner Rede zur Globalisierung im Mai 2002 sagt Bundespräsident Rau: „Die Entwicklungsländer müssen stärkeres Gewicht bekommen in den Entscheidungsgremien der Welt. diese Organisationen sind den Menschen auf dem ganzen Globus verpflichtet und nicht wirtschaftlichen oder anderen Einzelinteressen. Wir Europäer müssen unsere Vorstellung in einer sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft noch stärker als bisher einbringen.“

Die entwickelten Regionen der nördlichen Halbkugel sind einseitige Nutznießer der ungerechten Weltwirtschaftsordnung – und dort wiederum sind es in erster Linie die Städte und Stadtregionen. Somit haben gerade die Städte eine besondere Verantwortung sich dieser Aufgabe zuzuwenden. Es geht darum, unseren Kindern die „Eine Welt“ zu vermitteln und die eigene Entwicklung auf eine nachhaltige Nutzung der Naturgüter umzustellen. Wir brauchen eine Neuorientierung von Werten und Verhaltensmustern.

Neben vielen Initiativen, Vereinen und Kirchengemeinden unserer Stadt, die sich in solchen Projekten engagieren und in einer Agenda-Gruppe verbunden sind, engagiert sich Ravensburg seit 1993 in einer Partnerschaft mit der Stadt Huehuetenango in Guatemala mit Projekten zur Alphabetisierung unserer Stadtentwicklung – Schulbücher, Stadtbücherei, Landapotheken, ländlicher Wegebau.

Als Touristen sind wir neugierig auf fremde Länder und interessieren uns für unbekannte Kulturen. Nicht wenige lassen es aber im eigenen Land an der Wertschätzung und Anerkennung der anderen kulturellen Herkunft fehlen – mit der gedankenlosen mitteleuropäischen Herablassung und Überheblichkeit. Dabei haben auch bei uns die Wanderungen längst zu einer Vielfalt von Herkunft und Identität geführt – und wie in anderen Regionen der Welt auch, in der Folge vielfach zur Abschottung und zur Angst vor dem Fremden.

Im Gegensatz zum Tourismus üblicher Art können Städtepartnerschaften ein Baustein für das Zusammenleben und die Integration in der eigenen Stadt werden. Motoren der Integration sind neben Betrieben, Kirchengemeinden und Vereinen vor allem die Schulen. Deswegen steht auch in Ravensburg seit jeher der Schüler- und Jugendaustausch im Mittelpunkt der Städtepartnerschaften. Er lässt sich unkompliziert gestalten und erlaubt unbefangene und private Begegnung junger Menschen in den Gastfamilien. Schülerinnen werden für Fremdsprachen motiviert. Alle Jugendlichen einer Klasse können unabhängig vom Geldbeutel der Eltern an solchen Begegnungen teilnehmen.

Traditionell sind es schon wegen der Fremdsprachenkenntnisse Kinder und Jugendliche der Gymnasien, die am Schüleraustausch teilhaben. In Ravensburg haben wir ganz bewusst auch Austauschprogramme für Hauptschulen, Realschulen und berufliche Schulen.

Regelmäßig an den Partnerschaftsbegegnungen sind auch Vertreterinnen des Schülerrates beteiligt. Sie planen jetzt für den Herbst 2003 zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den Partnerstädten eine internationale Jugendkonferenz, auf der sie sich mit ihren Lebenswelten, der Kultur ihrer Heimat und Zukunftschancen für junge Menschen in Europa auseinandersetzen. Aus den offiziellen Begegnungen, häufig als „Funktionärstourismus“ abgetan, haben wir in Ravensburg seit einigen Jahren eine kommunal-politische Lerngemeinschaft entwickelt. Wir wollen zusammen mit unseren Partnerstädten eine neue Art von Begegnungen voranbringen: die fünf bzw. sieben Partnerstädte werden sich nach ersten Erfahrungen regelmäßig treffen, um konkrete kommunalpolitische Themen aufzugreifen und gegenseitig von den unterschiedlichen Verhältnissen zu lernen.

Städtepartnerschaften sind Begegnungen von Menschen, aus denen verlässliche, konkrete und persönliche Verbindungen und Freundschaften wachsen. Vor diesem Hintergrund und mit den Erfahrungen in vielen anderen Städten hat Ravensburg im Herbst 2002 eine Partnerschaftsgesellschaft gegründet. Deren Mitglieder sind Bürgerinnen und Bürger der Stadt und der Region, sie sollen das Programm und die Inhalte der Städtepartnerschaften mitbestimmen.

„Zum Grundkonsens einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehört auch die Wahrnehmung internationaler Verantwortung“ heißt es in der gemeinsamen Erklärung der beiden Kirchen. Die Städte stellen sich dieser Verantwortung.

Autoren

HERMANN GLASER (1928), Dr. phil.; Studium der Germanistik, Anglistik, Geschichte und Philosophie in Erlangen und Bristol, Promotion 1952. 1964-1990 Kulturdezernent der Stadt Nürnberg. Honorarprofessor für Kulturvermittlung an der TU Berlin. Zahlreiche Bücher und Veröffentlichungen zu sozialwissenschaftlichen, pädagogischen, kulturhistorischen und kulturpolitischen Themen; u.a. „Spießerideologie“ (1964), „Angst vor der Zukunft“ (1978), „Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland“ (1986 ff.).

BRUNO FLIERL (1927), Dr. Ing. Dr. sc. phil., publiziert seit 1952 wissenschaftliche Arbeiten zu Problemen der Theorie und Geschichte der Architektur und des Städtebaus. Bruno Flierl war zunächst Mitarbeiter der Deutschen Bundesbauakademie, danach Dozent an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1984 ist er freiberuflich als Bauhistoriker und Architekturkritiker tätig.

KURT FLURI (1955), Stadtpräsident der Stadt Solothurn/Schweiz (Mitgliedsstadt der AG Die Alte Stadt), studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Bern und Basel. Abschluss lic.jur. 1981 sowie als Rechtsanwalt und Notar 1984, danach eigenes Anwaltsbüro. 1985 Wahl in den Gemeinderat von Solothurn, 1989 Wahl in das Kantonsparlament, 1993 Wahl als Stadtpräsident und 2003 Wahl in den Nationalrat (Große Kammer des Eidg. Parlamentes).

ADELHEID VON SALDERN, Dr. phil., Professorin für Geschichte an der Universität Hannover. Besonderer Forschungsschwerpunkt sind stadtgeschichtliche Themen wie Stadtpolitik, städtische Lebenswelten, Wohnungspolitik und Wohnen. Mitherausgeberin der Zeitschrift WerkstattGeschichte sowie Mitgliedschaft in mehreren wissenschaftlichen Beiräten und Kommissionen. Stellvertretende Vorsitzende der neu gegründeten Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung (gsu).

ERIKA SPIEGEL; Dr. phil., Universitätsprofessorin (em) an der TU Hamburg-Harburg für Stadt- und Planungssoziologie. Studium der Soziologie, Nationalökonomie und Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg. Promotion im Jahre 1956. Zahlreiche Veröffentlichungen zu stadtsoziologischen Themen, z.B.: Die Stadt, der Städter und die städtische Gesellschaft – Was hält sie zusammen? (1998). Mitherausgeberin der Zeitschrift „Die alte Stadt“.

HERMANN VOGLER (1944) ist Oberbürgermeister von Ravensburg (Mitgliedsstadt der AG Die alte Stadt). Nach dem Studium der Landschafts- und Raumplanung an der TU München Direktor Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben 1974-1987; Lehrauftrag an der Fachhochschule Konstanz, Honorarprofessor; Mitglied im Europaausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und im Vorstand des Baden-Württembergischen Städtetags.

FORUM

Noch ist das Kieler Schloss nicht gerettet

In Berlin und Braunschweig sollen Schlösser „wieder aufgebaut“ werden, dem Kieler Schloss hingegen drohte der Abriss. Dieses erscheint nur auf dem ersten Blick kontradiktorisch, tatsächlich ist es Ausdruck der gleichen zeittypischen Betrachtungsweise, Geschichte und Architekturqualität nur unter Gesichtspunkten der Vermarktung zu sehen. Das Kieler Schloss ist als Einkaufszentrum nicht geeignet: Es liegt abseits der City und seine Gestalt wird durch das Nebeneinander originaler, rekonstruierter und neuer Bauteile geprägt, die zusammen wenig von dem vermitteln, was man üblicherweise von einem Schloss erwartet.

Die Landesregierung beabsichtigt seit langem, den Schlosskomplex zu veräußern, da sie die „Immobilie“ nicht mehr zu benötigen glaubt, der Unterhalt zu teuer sei und die Gebäude sich nicht für andere Nutzungen eignen. Schon einmal standen die Verhandlungen mit einem Investor, der nach Abbruch wesentlicher Teile des Schlosses ein Altenpflegeheim mit Seniorenresidenz errichten und baulich ergänzen wollte, vor dem Abschluss. Nach Aufdeckung obskurer Vorgänge erfolgte ohne Erfolg eine europaweite Ausschreibung zum Verkauf. Nunmehr soll der Komplex für einen symbolischen Euro an den Betreiber der Veranstaltungsräume verkauft und der Status quo

erhalten werden. Wer die Privatisierung in anderen Bereichen beobachtet, weiß, dass das Schloss damit noch lange nicht gerettet ist.

Das Kieler Schloss steht an der Stelle einer Burg der Schauenburger Grafen und ist ein „geschichtsschwerer Ort“ (J. Habich). Es erfüllte die Funktion einer Neben- und zeitweise auch Hauptresidenz der Gottorfer Herzöge, später eines Witwen- und Verwaltungssitzes, und war Schauplatz bedeutender Ereignisse: 1460 unterzeichnete König Christian I. von Dänemark einen Grundlagenvertrag der 400 Jahre währenden staatlichen Ordnung des dem dänischen Gesamtstaat angehörenden, „up ewig ungedeelten“ Schleswig-Holsteins. Hier fanden 1665 die Feiern zur Gründung der Kieler Universität statt, 1745 die Vermählung des späteren Zarenpaares Peter III. und Katharina die Große. Eine letzte Glanzzeit erlebte das Schloss Ende des 19. Jh. als Wohnsitz des Prinzen Heinrich, Bruder des letzten deutschen Kaisers, der sich ebenfalls mehrmals hier aufhielt.

Von der mittelalterlichen Burg ist nur ein Granitsockel geblieben, auf dem sich ab 1558/68 der „Adolfbau“, ein später mehrfach verändertes Wohnschloss, erhob. Gegenüber entstand kurz vor 1700 der sog. „Pellibau“ des Architekten D. Pelli, ein nüchterner und ungegliederter Backsteinbau mit hohem Walmdach.



Abb.: Das Kieler Schloss: links der rekonstruierte Pellibau, dahinter die aufgeständerte Landeshalle, im Hintergrund der moderne Adolfbau mit dem rekonstruierten NW-Turm.

Beide Gebäude wurden durch einen niedrigen Südflügel verbunden, der den Schlosshof zur Stadt hin abschloss, während der Hof zum Schlossgarten offen blieb.

1938 brannte das Schloss aus und wurde durch ein Notdach gesichert. Während des Zweiten Weltkrieges versanken 78% der Stadt in Trümmern, nach einem Bombenangriff am 4.11.1944 standen vom Schloss nur noch die ausgebrannten Umfassungsmauern. Beim Wiederaufbau verzichtete man bewusst auf eine historisierende Rekonstruktion und setzte den Entwurf der Architekten H. Sprotte und P. Neve von 1957 als freie Interpretation der historischen Bauten um. Zu-

gleich hatte der damalige Stadtbaurat H. Jensen die Verknüpfung der Altstadt mit dem Landschaftsraum der Förde als Planungsziel definiert. Der kubische Hauptbau auf dem mittelalterlichen Granitsokkel mit rekonstruiertem Nordwestturm folgt der Kontur des verlorenen Adolfbaus, der Pellibau wurde dagegen instand gesetzt, der Südflügel durch einen aufgeständerten Ausstellungsbau ersetzt. Damit entspricht die Kubatur des neuen Schlosses weitgehend der des älteren Baus. Der Schlosskomplex erfuhr nach Süden eine Ergänzung durch einen Konzertsaal, der die funktionale Neudefinition des Schlosses als Kulturschloss und das Bekenntnis der Landesregierung zu diesem Ort von Kultur- und Landesgeschichte bekräftigte. Diese Funktion hat das Schloss aber nur teilweise erfüllt: Bei den Bürgern waren die Veranstaltungsräume und ein Restaurant in den mittelalterlichen Gewölben stets beliebt, Landesbibliothek und Denkmalamt entfalten dagegen ebenso wenig Ausstrahlung nach außen wie die Pommernstiftung mit einer hochrangigen Kunstsammlung im Pellibau. Nach Auszug aller Institutionen – die Pommernstiftung nach Greifswald – stehen die Gebäude nunmehr weitgehend leer.

Architektonisch ist das Schloss durch die für Norddeutschland charakteristische und in der Reformarchitektur der 1920er Jahre wurzelnde moderat-konservative Moderne der 1960/1970er Jahre geprägt. Der backsteinsichtige Hauptbau zeichnet sich durch blockhafte Fernwirkung und subtile Balance horizontaler und vertikaler Gliederungselemente aus; Schlichtheit und flächenhafte Geschlos-

senheit finden ihre Entsprechung in der ungegliederten Lochfassade des Pellibaus. Neben dem Bemühen, an die Geschichte des Ortes anzuknüpfen, lassen Ablesbarkeit der Funktionen, Offenheit zu Landschaft und Wasser sowie architektonische Gestaltung das neue Schlossensemble zu einem gültigen Beispiel der Nachkriegsmoderne werden, das dem unter Denkmalschutz stehenden Rathaus in Aschaffenburg von D. Brandi verwandt ist. Für Tietz ist es ein „Stück „kritischer Rekonstruktion“ zu einer Zeit, als man anderswo noch gar nicht wusste, was das eigentlich ist.

Eine öffentliche Diskussion findet kaum statt. Zu sehr haben das oberflächlich gesehene „moderne“ Aussehen des Schlosses, ein vernachlässigtes Umfeld und die Verlagerung der innerstädtischen Hauptattraktionsbereiche von der Altstadt weg nach Süden das Schloss im Bewusstsein der Bürger getilgt; es gibt nur wenige, die sich dafür wirklich interessieren. Vom Oberbürgermeister wurde immerhin eine der Bedeutung des Ortes angemessene Nutzung angemahnt, während die Vorbereitungen zur Verstämmelung des Schlosses weitergingen. Die Vertreter der staatlichen Denkmalpflege hielten sich auffällig zurück, dagegen hat die Architekten- und Ingenieurkammer S.-H. eindeutig Position für das Schloss bezogen.

Vom Forum Architektur + Stadt, gebildet durch die Berufsverbände BDA, SRL, BDLA u.a. folgte 2001 ein zweitägiger Workshop, in dem Potenziale zur Aufwertung der Altstadt und Nutzungsmöglichkeiten für das Schloss diskutiert wurden. Die Ergebnisse waren allerdings

Wasser auf die Mühlen der Privatisierer, denn es entstand mehrheitlich der beliebige Nutzungs-Mix wie allorts: Hotel, Einkaufsstätten gehobenen Anspruchs, Multifunktionshallen u.ä. Völlig unscharf war dabei stets der Begriff des öffentlichen Raumes: Ort für Vielfalt, Spontanes, Widersprüchliches, auch Ärgerliches oder Raum in privater Verfügbarkeit, zugänglich für eine zahlungskräftige Klientel? Vorschläge zur Schaffung kultureller Einrichtungen wurden dagegen wegen fehlender Finanzierbarkeit abgelehnt, obwohl zeitgleich über ein Historisches Ausstellungszentrum der Stadt, ein Schiffahrtsmuseum und ein Haus der Landesgeschichte (natürlich in Neubauten) debattiert wurde. Das Forum hat noch mehrmals intern und ohne Ergebnis über das Schloss diskutiert. Eine weitere öffentliche Veranstaltung kam aber nicht zustande, zu sehr gerieten privatwirtschaftliche Interessen mit öffentlichen Bekenntnissen zur Baukultur in Widerspruch. Auch das geringe öffentliche Interesse ist noch geringer geworden. Seitdem konnte sich jeder Interessent per Internet am Schlosskauf beteiligen. Neuerdings hat sich die über die Mehrheit im Stadtrat verfügende Koalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Schloss bekannt, ohne allerdings zu definieren, was das konkret bedeutet. Die nunmehr bekannt gewordenen neuesten Pläne zur Veräußerung und die Erhaltung des Status quo lassen alle Denkmodelle vom „guten Ausgang“ über den Konkurs eines neuen Eigentümers bis zur Demolierung des gesamten Komplexes als denkbar erscheinen. Das

Land würde im Ernstfall das Schloss sicher auch nicht geschenkt wieder übernehmen wollen. Noch ist das Kieler Schloss also nicht gerettet!

Das alles könnte eine Randnotiz für „Kommunales“ sein, wenn nicht hier eine Reihe grundsätzlicher Fragen der Baukultur fokussierte: das Verständnis der politisch Verantwortlichen von Geschichte und Stadt, das Rollenverständnis von den „genius loci“ beschwörenden und gleichzeitig die Stadt der Belieblichkeit ausliefernden Planern, der gesellschaftliche Auftrag der Denkmalpflege und deren Selbstverständnis, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit als Determinanten der europäischen Stadt (gibt es die noch?), Rolle und Bedeutung

von Baukultur im Spannungsfeld wirtschaftlicher Interessen und Baukulturrhetorik. Nachbau verlorener Bauten und Abriss authentischer Geschichtsdokumente geben sich damit als Ausdruck der gleichen (Un-)Geisteshaltung zu erkennen.

Dieter-J. Mehlhorn, Kiel

Literatur: *J. Habich*, Ein geschichtsträchtiger Ort. Im Kieler Schloss besiegelten Herrscher ihre Staatsverträge und Ehen, in: Wege ins Land, Ein Kulturmagazin der Kieler Nachrichten; *D. Lafrenz*, Workshop zum Kieler Schloss, Januar 2001, hrsg vom Forum Architektur + Stadt, Kiel 2002; *J. Tietz*, Der Zweite Blick: Das Kieler Schloss, in: Deutsches Architektenblatt 6/2003

Von der Treppe zur Scalalogie

Die Gesellschaft für Treppenforschung

Die „Gesellschaft für Treppenforschung (Scalalogie) e.V.“ kann in diesem Jahr auf eine zwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken. 1983 gründete Friedrich Mielke (vgl. Die Alte Stadt, 28. Jg. 3/2001) die Gesellschaft, die sich mit der Interdependenz von Mensch und Treppe befasst. Der Forschungsgegenstand der wissenschaftlichen „Treppenkunde“ ist die Art der Überwindung von Höhenunterschieden durch die Konstruktion von Stufen. Die Ergebnisse einer solchen Forschung sind für Praktiker, die selbst Treppen bauen oder konstruieren, gleichermaßen von Interesse wie für Archi-

tektur- oder Kunsthistoriker.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden seit 1985 unter dem Titel „Scalalogia. Schriften zur internationalen Treppenforschung“ in einer eigenen von Mielke herausgegebenen Zeitschrift bzw. Reihe veröffentlicht. Inzwischen liegen 13 Bände vor. Davon behandeln fünf monographisch Treppen und die dazu gehörige Architektur in den Städten Breslau (1990), Eichstätt (1989), Ingolstadt (1992), Potsdam (1994) und Wien (1990). 4 Sammelbände kamen zwischen 1985 und 2001 mit Aufsätzen zu den verschiedensten Aspekten der

Treppenkunde unter dem Titel „Collec-taneen“ heraus. Band 9 der Reihe beschäftigte sich 1999 mit den „Treppen der Gotik und Renaissance“ und die sich daran anschließende Arbeit nahm sich 2001 dann generell die „Treppen in der Kunst“ zum Thema. Spezielle orientalische Truppen wurden in Band 13 vorgestellt. Man warf hier 2002 einen Blick auf „steinernen Wendeltreppen in türkischen Minaretten“. Treppen als Symbole und Metaphern, etwa als „Himmels-treppe“ oder „Tugendleiter“, wurden 2001 im Band 12 „Geistige Treppen, Treppen des Geistes“ behandelt.

Bis auf den ersten Band, der vergriffen ist, können alle Arbeiten noch beim

Verlag Ernst Vögel, Stamsried, bezogen werden. Der Umfang der Bände variiert zwischen 60 und 350 Seiten. Alle Arbeiten sind mit zahlreichen Fotos, Plänen und Zeichnungen illustriert. Leider ist der Bestand der Schriften in öffentlichen Bibliotheken nicht in dem Maße gegeben, wie es der Bedeutung der Reihe entspräche. Lediglich in Buchereien der sechs Städte Berlin, Hannover, Heidelberg, München, Münster und Nürnberg ist die „Scalalogia“ bis jetzt vollständig nachgewiesen.

Winfried Mönch, Stuttgart

Council for the European Urbanism

Gründung eines europäischen Netzwerkes für Städtebaureform in Brüssel/Brügge

Sprachlosigkeit und Separatismus, Lagerbildung und Abschottung kennzeichnen allzu oft die Situation in den fachlichen Debatten Europas – auch im Städtebau. Was aber tun? Ein ungewöhnlicher Personenkreis unterschiedlicher Professionen und Positionen kam in der ersten Aprilwoche 2003 zusammen, um den „Council for European Urbanism“, ein europaweites Netzwerk für den Umbau der Städte und Regionen, zu gründen. Eingeladen hatte eine europäisch-amerikanische Initiative, der Eurocouncil. 75 Vertreter aus nahezu allen westeuropäischen und wenigen osteuropäischen Ländern sowie den USA waren der Einladung zu diesem informellen Treffen ge-

folgt. Organisiert hatte es der belgische Unternehmer Christian Lasserre. Symbolträchtig und mit Bedacht waren die europäische „Hauptstadt“ Brüssel und die altehrwürdige Nachbarstadt Brügge, seit 2000 Weltkulturerbe und im Jahr 2002 Kulturhauptstadt Europas, als Begegnungsstätten ausgewählt worden.

Schillernd bot sich das Spektrum der Teilnehmer dar: Neoklassizistische Architekten aus Portugal oder Italien um den „Papst“ der Szene, Leon Krier, waren ebenso vertreten wie Planer aus der Schule des modernen Wohnungsbaus der Niederlande oder Schwedens. Institutionen wie die Prince's Foundation (London), IPHS (International Planning Hi-

story Society) und INTBAU (England und Norwegen) sowie Architekten, Developer, Soziologen, Verkehrs-, Stadt- und Regionalplaner markierten das Spektrum derer, die eine Städtebaureform im sich wandelnden Europa für notwendig halten. Sicher war dies keine repräsentative Gruppierung, die da zusammenkam, und schon gar nicht war sie irgendwie legitimiert: Doch die Herausforderungen, die sich aus der EU-Erweiterung, vor allem aber aus dem Wandel der Städte selbst ergeben, ermuntern zu einem Grenzen überschreitenden, vernetzenden Handeln.

Beflügelt wurde die Debatte durch die Vertreter des amerikanischen New Urbanism, einer vor 10 Jahren entstandenen Bewegung gegen den suburban Sprawl, gegen die Zersiedlung und Desurbanisierung der USA. Bemerkenswert für die europäischen Akteure sind vor allem der interdisziplinäre Charakter und die konsequente Praxisorientierung dieser Bewegung. Die Ziele des Congress for the New Urbanism (CNU) und die Bedingungen, unter denen in den USA eine Reform auf den Weg gebracht wurde, sind allerdings sehr verschieden von denen Europas. Daher bietet der New Urbanism zwar Anregungen, kann aber nicht einfach kopiert werden.

Im Zentrum der Debatte stand denn auch zunächst die vorhandene alte Stadt in Europa: Ihrer Erneuerung bzw. Rekonstruktion galt die Aufmerksamkeit. Es zeigte sich aber bald, dass die Hauptprobleme weiter gefasst werden müssen: Die gigantischen Neubaugebiete an den Rändern der Städte, insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die sog. Plattenbaugebiete, die zwischen

Sheffield und Moskau das Bild der „europäischen Stadt“ prägen, avancierten zum „Top-Thema“ der Zusammenkunft. Die „Slab-Urbs“ sind ein wenig das Gegenstück zum amerikanischen Sprawl. Ein Katalog von insgesamt „13 Herausforderungen“ fand die Zustimmung der Teilnehmer, der als Basis für eine weiterführende Debatte, ja als Einstieg in den Aufbau eines europäischen Netzwerkes für Städtebaureform dient:

- *Unzulängliche Wohngebiete: Großsiedlungen in Plattenbauweise sowie wenig verdichteter Siedlungsbrei*
- *Separierte öffentliche Funktionsbereiche: Gewerbe-Parks, Einkaufs- und Unterhaltungszentren „auf der grünen Wiese“*
- *Zunahme an „Wegwerf-Bauten“*
- *Verschwinden von lokalen, regionalen und nationalen Besonderheiten*
- *Entwertung des öffentlichen Raumes*
- *Autodominanz des Transportsystems*
- *Inakzeptable Gestaltung von Straßen und Wegen*
- *Unverbundene Straßennetze*
- *Autokratische Planung und Überregulierung*
- *Verfall und Aufgabe von Dörfern und ländlichen Strukturen*
- *Maßstabsprengende Implantate in historischen Stadtgebieten*
- *Voreingenommenheit gegenüber kontextueller Gestaltung in historischen Gebieten seitens der Charta von Venedig und Krakow*
- *Mangelnde regionale und soziale Kohäsion.*

Mit der Fixierung dieser „Herausforderungen“ ist die Diskussion keineswegs

abgeschlossen. Im Gegenteil, sie dauert an und präzisiert die Inhalte weiter, bis diese dann im Herbst als gemeinsames Verständnis der Problemlagen in den europäischen Städten in eine Charta einfließen können.

Ob Neoklassizist oder Bauhaus-Verfehrer, ob Developer oder Dorfgestalter, ob Stadtsoziologe oder Plattenbausanieierer, in diesen Punkten fanden alle Teilnehmer ihre gemeinsame Basis für eine strategisch anzulegende Reform. Besonders betont wurde die Offenheit des Netzwerkes für alle, die sich dem Anliegen einer Erneuerung des Städtebaus verpflichtet fühlen. Keine berufsständischen Zugehörigkeiten, keine stilistischen Auffassungsunterschiede oder gesellschaftlichen Positionen bestimmen die Mitarbeit – ein ehernes Anliegen jedenfalls, das die oft festzustellenden Kommunikationsbarrieren überwinden will. Gleichzeitig sollen die bereits vorliegenden Reformvorschläge und die zahlreichen Projekte partnerschaftlich diskutiert werden.

Damit konnte der Grundstein gelegt werden für den Aufbau des „Council for European Urbanism“ (CEU). Eine Charta und eine Projektliste, die entlang der Kriterien dieser 13 Punkte Ziele und Möglichkeiten einer Städtebaureform in Europa veranschaulichen und damit natürlich zur Debatte aufrufen soll, sind in Arbeit. Erste nationale Netzwerke gründen sich bzw. sind in der Diskussion. Das CEU–German Network ist im Aufbau und wird sich im November in Wittenberg erstmals treffen. Und dann richtet sich der Blick auf den weiteren Höhepunkt der Kommunikation: 2005 soll ein Weltkongress der beiden nichtstaatlichen Netzwerke für Städtebaureform, CNU und CEU, stattfinden.

Gründungsvertreter im CEU aus Deutschland sind: Harald Bodenschatz, Harald Kegler, Karl-Heinz Maschmeier, Duane Phillip. Kontakte: CEU–German Network: Dr. Harald Kegler, Ziebigkerstraße 28, 06846 Dessau.

Harald Kegler, Dessau

BESPRECHUNGEN

SUSANNE GÄNSHIRT-HEINEMANN, *Der Krögel. Die Entdeckung und Ästhetisierung der Altstadt Berlins in Fotografien 1887 bis 1938 (= Publikationen der historischen Kommission zu Berlin), Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag 2003, 183 S., 45 Abb., Euro 9,95.*

Die wohl an der Stelle eines kleinen ehemaligen Wasserlaufs zwischen Molkenmarkt und Spree im Zentrum Alt-Berlins entstandene Häusergruppe hat eine erstaunliche Karriere erfahren: Die eher abseitige Wohn- und Gewerbegasse wurde zur Berliner „Altstadt“ an sich stilisiert und damit auf eine „Bedeutungsebene“ erhoben. Mit dem tatsächlichen, vom Mittelalter an immer wieder veränderten Baubestand, der in einem „imaginären Gang durch den Krögel“ dem Leser nahe gebracht wird, hatte dies wenig zu tun. Die Abfolge der für Berlin untypischen verschachtelten Gassen- und Hofansichten auf engem Raum dienten als Ersatz und Projektion für eine in der preußischen Metropole ansonsten nicht mehr sichtbare Altstadt.

Es war die Fotografie, die den Krögel als malerischen Ort einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht hat und zugleich den Ort mit seinem Bestand und letzten Veränderungen dokumentieren sollte. Erst der Blick der Fotografen, hier ist F. Albert Schwartz an erster Stelle zu nennen, hat das Gefühl für die Qualität des Gebietes, dessen Gebäude von der an künstlerischen Einzelleistungen orientierten Denkmalpflege nicht beachtet wurden, bekannt gemacht. In den vom Märkischen Museum 1911 bis 1914 herausgegebenen Alben „Malerisches Berlin“, hatten die Winkel des Krögel ebenfalls ihren

Ort. Doch in dem 1898 erschienenen Werk „Die Bau- und Kunstdenkmäler von Berlin“ kam der Krögel nicht vor. Auch der Heimatschutzgedanke, in dem ja dem historischen Idyll eine besondere Rolle zukam, konnte – so zeigt die Autorin auf – auch keinen nachhaltigen Schutz für das Gebiet bringen. Das aus dem Geist dieser Zeit heraus entstandene „Ortsstatut zum Schutz der Stadt Berlin gegen Verunstaltungen“ von 1909 war ebenfalls für diesen Bereich nicht anwendbar. Die spezifischen Traditionen der preußischen Denkmalpflege haben sich – so scheint es dem Rezensenten – als stärker erwiesen.

Mit der Entwicklung des Städtetourismus im frühen 20. Jahrhundert entstand das Bedürfnis, dem Berlin-Besucher auch eine „Altstadt“, zu präsentieren. Auch dieses Bedürfnis wurde mit dem Besuch des Krögels, der inzwischen in die Reiseführerliteratur als „Tourismusziel“ aufgenommen wurde, abgedeckt und bildete einen reizvollen Kontrast zu den ebenfalls besuchten Bauten der Moderne.

Die Kehrseite der malerischen Hofidylle, die dahinter liegenden schlecht beleuchteten und belüfteten Wohnungen, wurden erst als Ärgernis in der Öffentlichkeit bekannt, als es darum ging, auch hier eine Neubebauung vorzubereiten. Ein Massenproblem gab es hier nicht, waren doch nur 121 Wohnungen genutzt. Unter den Mietern befanden sich auffällig viele Unterbeamte. Die ungepflegte Bausubstanz und das niedrige Ausstattungsniveau der Wohnungen wurden in der Presse herausgestellt und verhinderten eine breite Bewegung zugunsten des Erhalts des bekannten Ortes. Diesen Abschnitt fasst die Autorin unter dem Begriff „Stigmatisierung“ zusammen. Wie in vielen anderen Fällen waren es flankierende Maßnahmen bei der Anlage großer Verkehrsbauten – hier dem Ausbau der Mühlendamm Schleuse und ihrer Brücke –, denen schließlich das als solches nicht geschützte Ensemble ab 1935 zu Opfer fiel.

In einer Phase der „Musealisierung“ wurde ein aufwändiges Modell des abgerissenen Baukörpers angefertigt. Die Reste zerstörte der Krieg. Der Aufstieg und Fall des nur als Straßename fortlebenden Krögels vollzog sich – wie Susanne Gänshirt-Heinemann zeigt – auf mehreren Ebenen. Das Bedürfnis, in der größten deutschen Stadt eine „Altstadt“ vorzufinden, überstand indes den Abriss und die Auslöschung des Krögels. Im „Nikolaiviertel“, ist daher eine fragwürdige Karikatur einer Altstadt entstanden, deren Genese freilich nicht mehr im Rahmen der vorliegenden Arbeit behandelt werden konnte. Doch ist das Problem keineswegs eine Berliner Spezialität. Es lohnt sich, für die „Traditionsinseln“ innerhalb vielfach veränderter Stadtkerne anderer deutscher Städte vergleichende Untersuchungen anzustellen.

Felix Escher, Berlin

JOST LÜBBEN, *Die Nordwestdeutsche Zeitung 1895 bis 1933/45. Ein Beitrag zur Entwicklung und politischen Ausrichtung der Generalanzeigerpresse in Deutschland (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Bremerhaven, 13), Bremerhaven 1999, 220 S., Euro 19,—.*

OLAF SCHULZE, *„Zum Nutzen und Bequemlichkeit der Einwohner“. Geschichte der Pforzheimer Zeitungen, Redaktionelle Bearbeitung: CHRISTIAN GROH (Materialien zur Stadtgeschichte, hrsg. vom Stadtarchiv Pforzheim, 13), Ubstadt-Weiher: Verlag Regionalkultur 1999, 214 S., Euro 14,90.*

Zwei fulminante Bücher zur Pressegeschichte des deutschen Nord- und Südwestens gilt es vorzustellen. Beide Werke haben einen lokalhistorischen Ausgangspunkt und stellen für die jeweilige örtliche Pressegeschichte

einen Meilenstein dar. Aber beide Werke, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, sind auch für die allgemeine Pressegeschichte von großem Interesse. Damit sind die Gemeinsamkeiten aber noch nicht erschöpft. Beide haben fast dasselbe Format und Umfang und wurden herausgegeben von den jeweiligen Stadtarchiven in ihrer Reihe als Band 13.

Bei dem Buch von Jost Lübben handelt es sich ursprünglich um eine Dissertation von – für heutige Verhältnisse – sensationeller Kürze. Darunter hat aber die Tiefe und Detailfreude der Darstellung nicht gelitten, aber Übersichtlichkeit und Prägnanz erheblich gewonnen. Es geht dem Autor nicht in erster Linie um eine Firmengeschichte, die aber selbstverständlich ebenfalls geboten wird, sondern um die grundsätzliche Frage, welche Rolle der neue Zeitungstypus des „Generalanzeigers“ gespielt hat, exemplarisch untersucht an der Bremerhavener Nordwestdeutschen Zeitung (NWZ). Der Untersuchungszeitraum ist dadurch begrenzt, nämlich auf den Erscheinungszeitraum des besagten Organs.

In aller Kürze, doch in ausreichender Klarheit, werden anfangs die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen der aufstrebenden Hafenstadt und Neugründung der Stadt Bremen und ihres Umfeldes geschildert. In den sich entwickelnden Städten an der Unterweser gab es Ende des 19. Jahrhunderts nur kleinere Lokalzeitungen oder parteipolitisch orientierte Blätter, auch die Bremer Zeitungen hatten noch nicht Fuß gefasst, so dass die Neugründung eines hauptsächlich von Anzeigen getragenen parteipolitisch neutralen Blattes Erfolg versprach.

Gegründet von Kaufleuten und einem Bankier – insgesamt zeichneten 120 Gesellschafter Anteilsscheine von mindestens 500,- Mark – diente das Blatt in erster Linie dem Gelderwerb. Ein Ziel das ausweislich der guten Dividendenzahlungen auch erreicht wurde.

Tatsächlich hatte die übliche Strategie – anfangs wurden die Zeitungen gratis verteilt und allein über Anzeigen finanziert, danach wurde versucht, mit niedrigen Gebühren Abonnenten zu gewinnen – auch hier Erfolg, denn die NWZ war bald die auflagenstärkste in der Gegend.

An Hand der Biografien der Chefredakteure, soweit diese noch nachgezeichnet werden konnten, zeigt sich, dass auf Hochschulbildung von Anfang an Wert gelegt wurde, ja dass einige sogar promoviert waren. Zur Schilderung werden durchgängig alle verfügbaren Quellen aus privaten und öffentlichen Archiven und Veröffentlichungen zu Rate gezogen, so dass sich eine quellensatte Abhandlung ergibt.

Im vorliegenden Buch wird nicht nur die Geschichte der NWZ geschildert, sondern auch die Presselandschaft der Unterweser insgesamt beschrieben. Besonders dramatisch ist die Schilderung, wie die dortige SPD-Zeitung versucht hat, im Jahre 1933 ihrem Verbot zu entgehen, bzw. nach dem Verbot versucht wurde dieses zu umgehen. Von allgemeinhistorischem Interesse ist auch die quellenkritische Untersuchung der „Hunnenrede“ von Kaiser Wilhelm II., die der Oberbefehlshaber vor seinen nach China zur Niederschlagung des Boxeraufstandes in Bremerhaven eingeschifften Truppen gehalten hatte und die der entsprechende Redakteur mit eigenen Ohren hörte. So kommt der Darstellung der NWZ, wonach der Kaiser „kein Pardon geben wollte“, nach Meinung des Autors, eine wesentlich größere Authentizität zu, als der später offiziös verbreiteten und entschärften Version. Die Aufregung, die die „Hunnenrede“ auch international hervorrief, ging entscheidend auf die Berichterstattung der NWZ zurück.

Die starken Vorbehalte gegenüber diesem Zeitungstyp speisten sich aus der Befürchtung, sie würden von ihren Inserenten abhängig. Die vorliegende Untersuchung – detailliert wird die Kommentierung wichtiger politischer Ereignisse, wie z.B. der Beginn des

Ersten Weltkrieges, die Novemberrevolution und die „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten untersucht – zeigt nun keine Abhängigkeit von Inserenten, aber einen starken Leseropportunismus, d.h. die Redaktion und die Herausgeber richteten sich in der Berichterstattung nach dem vermeintlichen Willen der Leser. Das führte dazu, dass die politische Richtung, die sich als bürgerlich charakterisierte, von vorsichtiger Rücksichtnahme auf die starke SPD-Anhängerschaft unter den Arbeitern bis zur vorsichtigen Verteidigung der Republik beim Kapp-Putsch und zur scharfen Verurteilung des Hitler-Putsches, schließlich bei der begeisterten Begrüßung der Kanzlerschaft Hitlers endete. Was allerdings den Chefredakteur nicht vor dem Unmut der Nazis rettete. Diese zumindest hatten nicht vergessen, dass er sich zehn Jahre zuvor noch äußerst abfällig über Hitler geäußert hatte. 1936 musste er gehen. Immerhin gelang es dem Verlag, sich den Beteiligungsversuchen des Nazi-Verlages zu widersetzen, so dass der Verlag wirtschaftlich unabhängig blieb, wenn er auch inhaltlich völlig gleichgeschaltet wurde.

Während das Buch über den Norden einen kurzen Zeitraum sehr tiefgehend untersucht, wird in dem Band über die Zeitungsgeschichte im Südwesten ein Zeitraum von fast 200 Jahren beleuchtet. Hierbei geht es um die Geschichte und die Bedeutung der Lokalpresse – heute immer noch das gedruckte Medium mit dem größten Verbreitungsgrad. Vor Einführung von Radio und Fernsehen als Massenmedium sogar konkurrenzlos. In dieser Arbeit, die ursprünglich innerhalb eines Jahres als Fortsetzungsgeschichte in einer Pforzheimer Zeitung erschien und nun mit Hilfe des Stadtarchivars redaktionell überarbeitet und mit Anmerkungen und zahlreichen Bildern versehen als Buch vorliegt, wird einerseits die Entwicklung aller je in Pforzheim nachweisbaren Zeitungen und andererseits die Berichterstattung über wichtige politische Entwicklungen in der Lokalpresse beschrieben. Lokale Entwicklungen

werden eher am Rande gestreift, vor allem wenn sie etwas skurriler Natur sind.

Bereits 1794 wurde unter dem Titel „Wöchentliche Nachrichten von und für Pforzheim“ die erste Lokalzeitung gegründet; zuvor hatte man sich seit 1757 im „Carlsruher Wochenblatt“ über die Vorgänge in der Stadt am Nordrande des Schwarzwaldes informieren können.

Anfangs erschien das Blatt nur einmal pro Woche und war nicht sehr aktuell. Bedingt durch die liberalen Zustände in Baden erfreute man sich im Jahre 1832 einer kurzfristigen Pressefreiheit, die auf Druck des Deutschen Bundes wieder zurückgenommen werden musste, was im „Beobachter“, wie das Blatt inzwischen hieß, kritisch kommentiert wurde und sei es, indem weiße Stellen auf der Seite verblieben. Der „Pforzheimer Beobachter“ überlebte das Zeitungsterben nach der 1848er Revolution, um im folgenden Jahrzehnt zum wochentäglichen Erscheinen überzugehen.

Wie in den meisten deutschen Städte nahm die Einwohnerzahl von Pforzheim im 19. Jahrhundert gewaltig zu – allein zwischen 1852 und 1914 von knapp 10.000 auf 80.000, was nicht zuletzt dem Markgraf von Baden zu danken war, der die Stadt zur nationalen Schmuckschatulle gemacht hatte. Mit dieser Bevölkerungszunahme kam es auch zu weiteren Zeitungsgründungen besonders ab den 1860er Jahren, wie des „Pforzheimer Tagblattes“, der „Pforzheimer Zeitung“ oder des „Pforzheimer Anzeigers“. Anfang des 20. Jahrhunderts kam noch ein Parteiorgan der Sozialdemokraten dazu, die „Pforzheimer freie Presse“.

Von den Vorgängen während des Ersten Weltkrieges erfuhren die Daheimgebliebenen vor allem durch die Zeitungen, die nun teilweise mehrmals täglich erschienen. Bei besonders dramatischen Vorfällen sammelten sich Menscentrauben vor den Verlagen, um die neuesten Sonderblätter zu ergattern. Die Berichterstattung war natürlich kriegsbedingt eingeschränkt, später auch der Papierver-

brauch. Die Nachkriegswirren und die Inflation überlebten nicht alle Zeitungen, so musste auch die traditionsreichste – inzwischen in „Pforzheimer Neueste Nachrichten“ umbenannt – im Jahre 1922 ihr Erscheinen einstellen.

In den Jahren nach Ende der Inflation wurden dafür eine Reihe neuer Zeitungen gegründet, darunter auch erstmals eine Zeitung, die sich an der katholischen Zentrums-partei orientierte, das „Pforzheimer Morgenblatt“. Die politischen Meinungskämpfe in der Endphase der Weimarer Republik spiegelten sich auch in der Pforzheimer Presselandschaft wider. Eine Besonderheit bestand darin, dass die Nationalsozialisten keine örtliche Ausgabe ihrer Parteizeitung herausgaben, weil die auflagenstärkste Zeitung, der „Pforzheimer Anzeiger“, auf Betreiben des Verlagsleiters Dr. Paul Bode kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in ein Sprachrohr der neuen Machthaber verwandelt wurde, indem die übrigen Mitgesellschafter aus dem Familienbetrieb ausgeschaltet wurden. Gauleiter Robert Wagner dankte dies, indem er im Oktober des Jahres 1933 den „Anzeiger“ zum „parteiamtlichen Organ der NSDAP für den Amtsbezirk Pforzheim“ ernannte.

In Pforzheim, eine Hochburg der Nazis schon vor 1933, wurden die politischen Zeitungen schnell zum Schweigen gebracht, allein die rechtskonservative „Pforzheimer Rundschau“ konnte gleichgeschaltet bis 1943 überleben, während das Zentrumsblatt, nachdem es trotz wiederholter Verbote noch mutig gegen den Stachel gelockt hatte, 1934 endgültig verboten wurde.

1946 erschien für Pforzheim, das erst unter französischer dann unter amerikanischer Besatzung stand, mit einer Regionalausgabe der Badischen Neuesten Nachrichten aus Karlsruhe wieder eine lizenzierte Tageszeitung, woraus 1948 der „Pforzheimer Kurier“ entstand. Einer der Lizenzträger war Wilhelm Baur (CDU), der seit den 1920er Jahren aufs Engste mit dem „Pforzheimer

Morgenblatt“, der Zentrumszeitung, verbunden war. 1947 wurde Pforzheim mit dem Vorläufer der späteren „Pforzheimer Zeitung“ dann wieder Verlagsort eines Presseorgans. Nach Aufhebung der Lizenzpflicht versuchten auch andere Verleger ihr Glück. Kein Blatt konnte sich aber gegen die beiden Lizenzblätter behaupten. Der Comebackversuch des „Pforzheimer Anzeigers“ scheiterte ebenfalls kläglich. Auch die Parteiblätter konnten nicht mehr an die Verhältnisse vor dem Krieg anknüpfen, da die Leser genug hatten von parteipolitisch ausgerichteten Blättern.

Im Anhang des Buches ist eine Liste aller in Pforzheim oder für Pforzheim erschienenen Zeitungen mit Erscheinungsjahren und Standorten noch vorhandener Bestände angefügt, was besonders für die Lokalgeschichte sehr hilfreich ist, weil sämtliche städtischen Akten dem verheerenden Luftangriff im Februar 1945 zum Opfer fielen, so dass die Zeitungsbestände, die z.T. ebenfalls dezimiert wurden, häufig die einzig noch vorhandene Quelle darstellen. Die Arbeit selber stützt sich denn auch überwiegend auf Zeitungsberichte, aber auch die einschlägigen lokalhistorischen Bücher und die Akten des Stadtarchivs wurden herangezogen.

Rainald Schröder, Diepholz

HELMUT ERFURTH, *Zwischen Biedermeier und Bauhaus. Ein Rundgang durch das historische Dessau, Dessau: Anhalt Edition Dessau 2002, zahlr. Abb., 127 S., Euro 27,—.*

Städte haben, wie man neudeutsch sagt, ihr „Image“. Zu diesem gehören Vorstellungen, die man mit einem bestimmten Ort in Verbindung bringt. Der eine mag bei „Dessau“ an Flugzeuge und Warmwasserbereiter denken, weil hier die Junkerswerke ansässig

waren. Ein anderer erinnert sich an Preußens Gloria und verwelktes Lorbeer, wenn er den Namen der Stadt hört; brachte es doch Feldmarschall Leopold I. von Anhalt-Dessau, besser bekannt unter seinem Beinamen der „Alte Dessauer“, im 18. Jahrhundert zu Ruhm und Ehre. Dem Zeitgenossen von heute dürfte allerdings zuerst die Verbindung von Dessau und Bauhaus als Inbegriff „moderner“ Architektur in den Sinn kommen. Und alle drei Themen bringt natürlich auch Erfurth in seinem Buch zur Sprache.

Doch dabei bleibt es nicht. Die Geschichte der Stadt wird mittels des vielfach zu Unrecht unterschätzten Mediums der Bildpostkarte ausführlich vorgestellt und illustriert. Die überwiegend farbigen Vorlagen werden in Originalgröße reproduziert. Die sachkundigen Erläuterungen zu den abgebildeten Häusern, Straßen und Stadtansichten sind für sich häufig schon kleine stadthistorische Essays mit einem hohen Informationswert, der weit über das hinausgeht, was man sonst in der Gattung der städtischen Bildbände üblicherweise zu lesen bekommt. Allerdings hätte man sich am Schluss des Buches ein kleines Verzeichnis weiterführender Literatur gewünscht.

Die Bildpostkarte war das visuelle Massenmedium der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit seiner Ästhetik und der Vielfalt des Abgebildeten zieht es den Betrachter nach wie vor in seinen Bann. Und so liegt die überregionale Bedeutung von Erfurths Buch jenseits der lokalhistorischen Darstellung im Verweis auf den genuinen Wert von Bildpostkarten als historischer Quellengattung eigener Art. Erfurth entwickelt anhand seines Dessauer Materials anregende Fragen und Thesen zu einer speziellen „Ansichts- bzw. Bildpostkartenforschung“, die sich des Mediums mittels seiner eigenen bildgestalterischen Geschichte annimmt. So werden, soweit dies auf den Karten ersichtlich ist, Fotografien, Verlage und Verlagsorte aufgeführt. Für jedes Bild wird das ihm zugrunde liegende Druckverfahren genannt. Mit dem Wan-

del dieser Verfahren änderte sich im Laufe der Zeit auch der Charakter der Ansichtskarten. Die meisten Bilder aus der Kaiserzeit waren farbenprächtig. Die verschiedenen damals verwendeten Herstellungsverfahren gaben den Bildern eine spezifische farbliche Note mit einem eigenen Reiz. In den 1920er Jahren kamen Schwarz-Weiß-Ansichtskarten unter der Bezeichnung „Echte Photographie“ in Mode. Die Fotografie des Bauhauses bediente sich fast ausschließlich dieses Mittels zur Darstellung seiner Architektur. Das schroffe Schwarz-Weiß der Bauhausfotos und der damit gegebene Hell- und Dunkel-Kontrast heben sich nachdrücklich vom Bunt der traditionellen Dessauer Stadtansichten ab. Erfurths Werk setzt Maßstäbe, an denen sich zukünftig lokale Bildbände und Editionen von Bildpostkarten messen lassen müssen. Es ist in des Wortes eigentlicher und übertragener Bedeutung „vorbildlich“.

Winfried Mönch, Stuttgart

KLAUS JORDAN, *Bibliographie zur Geschichte des Festungsbauens von den Anfängen bis 1914. Festungsbau(kunst), Angriff und Verteidigung von Festungen, Belagerungs- und Festungskrieg, Küstenbefestigung, Feldbefestigung, Minir(kunst), Geschichte der Ingenieur-Korps, mit Anhang: Militärische Enzyklopädien, Lexika und Wörterbücher, chronologisches Kurztitelverzeichnis, Sachregister, Marburg: Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung e.V., 2003, 432 S., 54 Euro.*

„Stadt“ und „Festung“ waren vom Beginn der Neuzeit bis weit ins 19. Jahrhundert hinein eine durchaus übliche Kombination. Militärische Bedrohung auf der einen und vermeintlicher Schutz durch Wehrbauten auf der anderen Seite prägten über einen sehr langen Zeitraum hinweg das Stadt- und Landschafts-

bild. Städtebau war immer auch Festungsbau und umgekehrt. Barocke Idealstädte wären etwa ohne die entsprechenden Fortifikationen unvollständig gewesen. Riesige Festungsanlagen entstanden an den politisch neuralgischen Punkten ihrer Zeit. Die Karte Europas war überzogen von Festungen und Festungsstädten. Belagerungen bestimmten vielfach den Kriegsverlauf.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erwachte in Deutschland das Interesse an erhaltenen Festungen und zeitgemäßer, ziviler Nutzung der erhaltenen Anlagen erst relativ spät. Das Verdienst, dass sich dies inzwischen ein wenig geändert hat, gebührt sicherlich auch der Deutschen Gesellschaft für Festungsforschung e.V. Seit Anfang der 1980er Jahre war sie bemüht, ein Bewusstsein für den Denkmalswert von Festungen und deren Erhaltungswürdigkeit zu wecken. Die Gesellschaft hat nun im Rahmen ihrer publizistischen Tätigkeit eine Bibliographie herausgegeben, die der profunde Kenner und Sammler historischer Festungsbauliteratur Klaus Jordan geschaffen hat. Jordan listet mit einem gewissen Anspruch auf Vollständigkeit die Monographien auf, die zur Technik des Festungsbauens vom Ende des 15. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts erschienen sind. Selbstverständlich war die Wissenschaft vom Festungsbau zugleich auch die Lehre von der Fortifikationszerstörung, d.h. Angriff und Verteidigung bedingten sich in ihrer Vorgehensweise wechselseitig.

Der Hauptteil der Bibliographie besteht aus 4.220 Titeln, die alphabetisch nach Autoren sortiert sind. Schriften großer Festungsbauer wie Vauban stehen so neben Arbeiten von Verfassern, die heute unbekannt oder nur einem Fachpublikum geläufig sind. Dazu kommen noch einmal 242 Nummern mit militärischen Nachschlagewerken. Dieser immense Fundus von beinahe 4.500 Titeln wird anschließend chronologisch aufgeschlüsselt. Der erste Nachweis stammt aus dem Jahre 1472. Seit dem 16. Jahrhundert erschienen dann fast jedes Jahr immer mehr neue Bü-

cher über den Festungsbau im Allgemeinen und über die verschiedensten Manieren und Systeme im Besonderen. Es entwickelte sich eine richtige Wissenschaft, die auf mathematischer Grundlage immer neue Fortifikationsvarianten für befestigte oder zu befestigende Orte schuf. Pläne und Risse von Städten und Festungen, die dabei entstanden, haben mit ihren Kreisen und Polygonen, die in mannigfacher Variation dargeboten wurden, einen eigenen ästhetischen Reiz.

Jordan hat die verzeichneten Bücher mehrheitlich per Autopsie gesichtet, anhand der Forschungsliteratur verifiziert und fast immer mindestens einen Standort in deutschen und österreichischen Bibliotheken nachgewiesen. Jordan geht es um die „Theorie“ und nicht um die „Praxis“, d.h. die umfangreiche Literatur zu einzelnen Belagerungen, bei denen sich Festungen, gegen Angreifer behaupten mussten, konnte daher nur ausnahmsweise berücksichtigt werden. Reproduktionen von Titelblättern ausgesuchter Bücher vermitteln einen Eindruck von der Typographie ihrer Entstehungszeit. Leider fehlt ein Ortsregister. Das Sachregister weist fast nur die im Untertitel der Bibliographie genannten Begriffe auf, was der Benutzbarkeit nicht eben förderlich ist. Es stehen einfach zu viele Nummern unter einem einzelnen Begriff, um eine schnelle Orientierung zu ermöglichen. Nichtsdestoweniger ist das Werk ein unverzichtbares Handwerkszeug für Antiquare, Bibliophile, Bibliothekare, Architektur- und Kunsthistoriker, Militärhistoriker und Stadtgeschichtler. Es dürfte in Zukunft sicherlich schwer fallen, alte Literatur zum Thema Festungsbau zu finden, die nicht in Jordans Werk nachgewiesen wäre. So wird es dann sicherlich stets heißen: „Siehe Jordan Nr. ...“.

Winfried Mönch, Stuttgart

STEINBACH, MATTHIAS, *Abgrund Metz. Kriegserfahrung, Belagerungsalltag und nationale Erziehung im Schatten einer Festung 1870/71* (Pariser Historische Studien, Bd. 56), München: Oldenbourg 2002, VII, 167 S., 18 Abb., Euro 29,80.

Das Schicksal und die Rolle von Städten im Krieg ist ein von der Stadtgeschichtsforschung wie auch von der Militärgeschichtsschreibung lange sträflich vernachlässigtes Thema. So ist der vorliegende Band eines jungen Historikers, der sich mit der Belagerung der Festungsstadt Metz im Deutsch-Französischen Krieg befasst, grundsätzlich erst einmal zu begrüßen. Die Belagerung von Metz – oder genauer die Blockade, denn eine eigentliche Belagerung mit systematischer Annäherung des Angreifers und der gezielten Zerstörung der Festungswerke, um eine Eroberung vorzubereiten, fand nicht statt – war einer der entscheidenden Vorgänge dieses heute jenseits seiner politischen Aspekte heute erstaunlich vergessenen Krieges.

Metz, „der Ort des Geschehens“ war schon in der Frühen Neuzeit zu einer der stärksten Festungsstädte Frankreichs ausgebaut worden, wurde stets weiter modernisiert und sozial von der Eigenschaft als Garnison- und Militärstadt geprägt. Die Friedensbesatzung der 48.000 Einwohner zählenden Stadt betrug bereits rund 9.000 Soldaten. Als eines der stärksten Glieder des französischen Festungsgürtels war die Stadt in allen großen Kriegen gefährdet, doch kam es bis 1870 nie zu einem nennenswerten Angriff.

Nach den Schlachten von Colombey-Nouilly, Mars-la-Tour und Gravelotte am 14., 16. und 18. August hatte sich die französische Rheinarmee unter Bazaine auf die Hauptfestung Metz zurückgezogen. Die Blockade dauerte vom 19. August bis zum 27. Oktober 1870 und endete mit der Kapitulation der ganzen französischen „Rheinarmee“, die sich aus Mangel an Verpflegung nicht länger halten konnte. Die Dimensionen

waren erheblich: Eine deutsche Armee von zeitweilig bis zu über 180.000 Mann bildete einen Ring von rund 50 km Umfang um die Festungsstadt, wobei die Vorposten sich den Außenforts bis auf wenige Kilometer näherten. Auf dem Areal der Festung lagerte die Rheinarmee mit ebenfalls rund 180.000 Soldaten; mit den Einwohnern und 28.000 Flüchtlingen aus dem Umland summierte sich die Zahl der Eingeschlossenen auf rund 250.000 Menschen. Während die Stärke der Verteidiger einen Angriff auf die Festung praktisch verbot, war es klar, dass die auf engem Raum zusammengedrückte Menschenmasse in relativ kurzer Zeit ausgehungert sein würde. Abgesehen von einigen großen Ausfallgefechten, darunter der Schlacht von Noisseville, lag der Schwerpunkt der Kämpfe auf dem ständigen Kleinkrieg der vorgeschobenen Infanterie beider Seiten.

Die Lektüre ist durchaus unterhaltsam, zumal der Autor ausführlich aus „Augenzeugenberichten“, seiner zentralen Quellengruppe, zitiert; einzelne wichtige Beobachtungen und besonders einige aus den Quellen entwickelte Passagen sind ebenso eindrucklich wie erhellend. Dass man das Buch dann aber doch etwas enttäuscht aus der Hand legt, hängt mit dem erheblichen Abstand zusammen, der zwischen den Erwartungen liegt, die der Titel im Leser weckt und die durch die Veröffentlichung in einer renommierten wissenschaftlichen Reihe bekräftigt werden, und der in jeder Hinsicht schmalbrüstigen Darstellung. Dass der Gesamtüberblick über das Thema und die Literatur- und Quellenbasis, namentlich hinsichtlich militärgeschichtlicher Grundlagen, relativ begrenzt und unvollständig sind, möchte man dem Autor nicht a priori vorwerfen, entstand die Studie doch zunächst als Staatsexamensarbeit unter den entsprechenden Bedingungen und stellt als solche eine gewiss sehr beachtliche Leistung dar. Dass es zur Publikation in Buchform kam, verwundert freilich umso mehr, als etwa die Hälfte des Textes mit dem Kernstück der

Untersuchung schon früher als Aufsatz veröffentlicht worden ist (Matthias Steinbach, Metz 1870 – Zum Alltag einer Belagerung im Deutsch-Französischen Krieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 55 (1996), Heft 1).

Der Autor erliegt sowohl der Begeisterung für sein Material als auch einem allgemeinen Mitteilungsbedürfnis, er reißt viel mehr Aspekte an, als er zu verarbeiten in der Lage ist, so muss dem Text letztlich die notwendige Konzentration auf ein Thema fehlen. Auf nur 136 Seiten Fragen zum „Kriegsalltag aus Sicht des „kleinen Mannes“, zur „Nationsbildung qua kollektiver Identität“, nach dem „zivil-militärischen Verhältnis“ beantworten zu wollen, solche der „Geschlechter- und schließlich der Medizingeschichte“ zu erörtern und damit auch noch „eine gewisse Versöhnung von Alltags- und Sozialgeschichte im Rahmen der erzählenden Form“ (4) erreichen zu wollen, ist schon sehr mutig. So interessant Steinbachs Beobachtungen zu den Schlachten im Umfeld der Festung, zum Einsatz der Kavallerie, zur erschütternden Situation Schwerverwundeter u.s.w. sind, so sehr füllen sie den Raum, der für die Erörterung der spezifischen Probleme und der Situation des Belagerungskrieges, um den es doch eigentlich gehen soll, fehlt. So sind den „Zustände[n] in Metz“ nur knapp zehn Seiten gewidmet (73-82), was nicht nur den Städtehistoriker enttäuschen muss. Zum Zustand der Festung und den daraus resultierenden Folgen für das militärische Handeln erfährt man praktisch nichts, kaum etwas über die Bedeutung der Artillerie; widersprüchlich erscheinende Behauptungen wie die, dass der Kampf um Metz „von vor-modernen Zügen geprägt“ gewesen sei, andererseits aber sich der „Charakter des maschinellen Krieges der Zukunft“ angedeutet habe (134) bleiben letztlich ungestützt im Raum stehen. Auch der an sich löbliche Versuch, das tatsächliche Geschehen kritisch mit dessen Verarbeitung und Umwertung in persönlichen Erinnerungen und nationalpatrio-

tischem Gedenken zu vergleichen, resultiert eher in Unschärfen der Darstellung als in nachvollziehbarer Quellenkritik.

Hätte sich der Autor mehr Zeit zum Lesen und Schreiben gegönnt, wäre entweder eine umfangreichere Studie herausgekommen, die seinem Gespür für erzählende Passagen und wohl gewählte Quellenauszüge den nötigen Raum gelassen hätte, oder er hätte sich für einen konzentrierten historischen Essay mit klar definierter Fragestellung entscheiden müssen. Leider ist das Büchlein weder das eine noch das andere; so überwiegt am Ende die Enttäuschung.

Daniel Hohrath, Esslingen

FRANK HATJE, „Gott zu Ehren, der Armut zum Besten“. *Hospital zum Heiligen Geist und Marien-Magdalenen-Kloster in der Geschichte Hamburgs vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Hamburg: Convent-Verlag 2002, 735 S., Euro 39,90.*

Spitaljubiläen sind oft der Anlass, die Geschichte der betreffenden Institution mehr oder weniger ausführlich darzustellen. Manchmal bedarf es dazu gründlicher archivalischer Quellenforschung. Wenn dann das Resultat noch über die Lokalgeschichte hinaus von Interesse ist, dann handelt es sich um einen seltenen Glücksfall. 775 Jahre Hospital zum Heiligen Geist in Hamburg war so ein Anlass. Das Ergebnis der Auftragsarbeit zum Jubiläum kann sich sehen lassen: 735 Seiten Stiftungs- und Hospitalgeschichte auf hohem Niveau, und zwar auch unter Berücksichtigung neuester und zum Teil auch internationaler Forschungen zur Geschichte bürgerlicher Stiftungen im allgemeinen und der Sozialgeschichte des Spitals im besonderen. So ist dieses Buch auch mehr als nur ein Beitrag zur Hospitalgeschichte, wie Frank Hatje – mit Recht – in der Einleitung hervorhebt.

Es liefert gleichzeitig einen wichtigen Baustein zur Bürgertums- und Eliteforschung, und zwar über die Grenzen der Hansestadt hinaus.

Zwei Einrichtungen, an denen sich der Charakter des hamburgischen Stiftungswesens besonders gut erkennen lässt, sind das Heilig-Geist-Hospital und das Marien-Magdalenen-Kloster. Sie stehen im Zentrum der historischen Analyse, wenngleich Hatje auch noch weitere kleinere Armenstiftungen in seine Untersuchung mit einbezieht. Das Heilig-Geist-Hospital wurde im zweiten Viertel des 14. Jahrhunderts gegründet. Das Franziskaner-Kloster und die Kirche St. Marien Magdalena gehen dagegen auf eine Stiftung Graf Adolfs IV. von Schauenburg hervor, die der Legende nach 1227 erfolgt sein soll. Beide Institutionen sind also ungefähr zur selben Zeit entstanden. Hatje verfolgt die Geschichte beider karitativen Einrichtungen von den Anfängen bis zu den Rechtsnachfolger-Institutionen der Gegenwart – ein spannendes Kapitel bürgerlicher Armenpflege. Die Darstellung ist in vier Zeitabschnitte gegliedert: 1227-1527, 1520-1830, 1815-1914, 1914-1953. Die leichten zeitlichen Überlappungen wurden wohl deshalb gewählt, weil die Übergänge nicht immer mit einem bestimmten Ereignis in Verbindung gebracht werden können.

Für die Leser der Zeitschrift *Die alte Stadt* dürften vor allem die beiden ersten Zeitabschnitte von Interesse sein. Während die Quellen für das Mittelalter eher spärlich sind, schöpft das Kapitel über die Frühe Neuzeit aus dem Vollen. Nicht nur erfahren wir etwas über den relativ geringen Einfluss, den die Reformation auf beide Einrichtungen hatte, wir bekommen auch einen Einblick in die Rekrutierung bürgerlicher Eliten für Verwaltungsaufgaben innerhalb des Armen- und Gemeinwesens. Daneben erfahren wir etwas über die Zusammensetzung der Spital- und Klosterinsassen, ihren Alltag im Spital. Außerdem werden die materiellen Grundlagen (Einkünfte), die die Kontinuität dieser Ein-

richtung bis in die Gegenwart sichern halfen, sorgfältig herausgearbeitet.

Fazit: eine vorbildliche Fallstudie zur Geschichte des bürgerlichen Stiftungs- und Armenwesens.

Robert Jütte, Stuttgart

ANDREW LEES, *Cities, Sin, and Social Reform in Imperial Germany, Ann Arbor: The University of Michigan Press 2002, 432 Seiten, 10 Abb., Namen-, Sach- und Ortsregister, \$ 65,—.*

Das vorzustellende Buch ist in eine Anfang der 1980er Jahre beginnende Strömung einzuordnen, die die von der Bielefelder Schule vertretene Sonderwegsthese kritisch hinterfragt. Dabei geht es Andrew Lees allerdings weniger um eine Neuinterpretation sozialer Strukturen, sondern – beeinflusst durch die neuere Kulturgeschichte – um die Ansichten und Meinungen zu denjenigen sozialen Problemlagen, die im deutschen Kaiserreich in der Folge der raschen Industrialisierung und Urbanisierung entstanden sind, sowie um die Maßnahmen und Aktivitäten einzelner Personen, des Staates und verschiedener sozialreformerischer Organisationen zur Lösung dieser Probleme. Lees betont, dass man nicht einseitig von einer kulturkritischen, kulturpessimistischen und rückwärtsgewandten „Deutschen Ideologie“ sprechen könne, sondern auch die positiven und „modernen“ Stimmen hören müsse. Mit solchen positiven und konstruktiven Antworten auf die Herausforderungen der modernen Industriegesellschaft beschäftigt sich der Großteil des Buches. Der Autor wendet sich gegen die These, dass das deutsche Bürgertum unmündig und reaktionär gewesen sei, sowie gegen die Behauptung, dass der Liberalismus versagt habe.

Das Buch besteht aus zehn selbständigen Essays, die jedoch alle in gewisser Weise miteinander verbunden sind: zum einen durch die theoretische Ausrichtung, die die Sonderwegsthese kritisiert und die modernen Strömungen, die Deutschland mit anderen westlichen Ländern vergleichbar macht, betont; zum anderen inhaltlich durch die Fokussierung auf die Stadt. Allerdings beschäftigen sich nur die ersten beiden Kapitel mit dem Thema „Stadt“, aber auch in den Kapiteln zur Unsittlichkeit, zur Kriminalität, zu einzelnen Sozialreformern, zu sozialreformerischen Organisationen sowie zur staatlichen Sozialpolitik bildet das Thema „Stadt“ so etwas wie einen Basso continuo: Die diagnostizierten Probleme und die vorgeschlagenen Maßnahmen sowie die tatsächlich durchgeführten Aktivitäten bezogen sich hauptsächlich auf die Stadt, und es war vor allem die Großstadt, die in den Augen zahlreicher der hier vorgestellten „Sozialreformer“ zum Zusammenbruch der Moral, zur Zunahme „unsittlicher“ Verhaltensweisen und zur Entstehung und Verbreitung „schmutziger“ Kunst beigetragen hat.

Im ersten Kapitel werden sowohl die großstadtfeindliche als auch die „reformerische“ Stadtkritik geschildert. Zunächst geht Lees auf die Tradition der Stadtkritik seit Riehl ein und beschreibt die gegen Ende des 19. Jahrhunderts von Hansen und Ammon formulierten Thesen, dass die Stadt aufgrund der dort herrschenden niedrigen Geburtenrate die biologische Konstitution der deutschen Nation massiv gefährde. Andere argumentierten weniger biologisch, sondern eher moralisch: Das städtische Leben untergrabe ethische Standards, denn hier würden sich soziale und religiöse Bindungen und Kontrollen auflösen und auf diese Weise Egoismus und Selbstsucht fördern. Diese Autoren verwiesen auf die Zunahme der Kriminalität, der Prostitution, des Alkoholismus und anderer „unmoralischer“ Lebensweisen, wozu auch das Anwachsen der Sozialdemokratie gezählt

wurde. Mit derartigen Argumentationsweisen ging vielfach eine strikte Ablehnung der Großstadt sowie eine Idealisierung und Verklärung ländlicher Lebensweisen einher.

Es gab aber auch Stimmen, die zwar die o.g. Kritik nicht leugneten, aber erkannten, dass die moderne Großstadt eine nicht mehr rückgängig zu machende Tatsache war. Ihre Vorschläge zur Behebung der Probleme zielten deshalb nicht auf deren Abschaffung, sondern auf Reformen des städtischen Lebens. Es waren vor allem Ökonomen, die insbesondere auf die positiven Funktionen der Stadt für das wirtschaftliche Wachstum, für die intellektuelle Auseinandersetzung sowie für die Stärke der Nation im Allgemeinen verwiesen.

Im zweiten Kapitel geht es um „a chorus of voices whose members sang complementary melodies of praise for urban society and culture. In their view, the big city throbbed with creative energies that would enable its inhabitants not only to lead fulfilling and moral lives as individuals but also to combat immorality as members of organized groups... These writers believed that city setting could help energize and bring together members of urban communities in ways that would surely add to collective as well as individual well-being“ (49). Die Stadt erschien diesen Autoren als ein Ort, der ökonomische Vorteile für den Einzelnen bietet, an dem das kulturelle Leben blüht, der eine emanzipatorische Funktion erfüllt, indem er die individuelle Freiheit fördert und unterstützt. Diese Freiheit führe aber nicht zu Egoismus, sondern in der Stadt fänden sich die Individuen aus freien Stücken in Organisationen, Vereinen, Institutionen etc. zusammen, um ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. Die Bereitschaft, sich dem allgemeinen Willen unterzuordnen und für das Wohl aller zu arbeiten, sei in der Stadt besonders ausgeprägt.

Die beiden folgenden Abschnitte kreisen um das weite Feld des „abweichenden Verhaltens“ und die unterschiedlichen Wahrneh-

mungen und Deutungen dieses Phänomens. Wenn auch in den meisten zeitgenössischen Beiträgen zugestanden wurde, dass es nicht nur in den Großstädten Verbrechen und unmoralische Lebensweisen gab, galt doch die Stadt als Hauptort dieser moralischen Verfehlungen. Eine konservative Sichtweise des „abweichenden Verhaltens“, wie sie in Stellungnahmen von protestantischen Geistlichen, Frauen, katholischen Moralisten und Pädagogen zum Ausdruck kam, akzentuierte weniger kriminelle, sondern stärker unmoralische und unsittliche Handlungen wie Prostitution, außerehelichen Geschlechtsverkehr, Alkoholismus, das Konsumieren „anrüchiger“ Kunst, das Lesen „gefährlicher“ Bücher (z.B. von Nietzsche) und das Engagement in der Sozialdemokratie. Eine andere Perspektive wurde vielfach von den Wissenschaften eingenommen, denen es im Kern um Kriminalität und weniger um Unsittlichkeit ging. Hier konkurrierten solche Ansichten – meistens von Geistlichen und Juristen vertreten –, die die Verantwortung des Individuums für sein Tun in den Vordergrund stellten, mit denjenigen Meinungen, die eine deterministische Sicht des kriminellen Verhaltens propagierten. Die letztgenannte Vorstellung wurde hauptsächlich von Juristen und Ärzten vorgebracht, die entweder die vererbte Anlage oder das soziale Umfeld für die Taten des Verbrechens verantwortlich machten. Das hatte auch Auswirkungen auf die Vorstellungen über das Strafmaß. Die einen wollten das Individuum für seine Tat bestrafen, wollten also Vergeltung; die anderen suchten hingegen die Gesellschaft vor Verbrechen zu schützen. Die Vertreter der letztgenannten Ansicht forderten denn auch konsequenterweise Reformen der Gesellschaft sowie Maßnahmen zur positiven Beeinflussung des Kriminellen. Der sich anschließende Buchabschnitt (Kapitel 5-8) beschreibt in vier biographischen Essays das Leben, das Denken und die Aktivitäten von Viktor Böhmer, Johannes Tews, Walther Classen sowie Alice Salomon. Sie alle gehörten zu den

moralischen Kritikern der Großstadt, versuchten aber, die Probleme nicht durch eine Rückkehr zu ländlichen Lebensweisen, sondern durch Reformen innerhalb des städtischen Rahmens zu lösen. Ihre Bemühungen zielten in der Hauptsache auf eine moralische Verbesserung der Menschen durch im weitesten Sinne pädagogische Maßnahmen. Aber sie übersahen dabei keineswegs die sozialen Umstände, die von den Individuen vielfach nicht kontrolliert werden konnten, und unterstützten deshalb staatliche Aktivitäten zur Verbesserung des sozialen Umfeldes.

Im neunten und zehnten Kapitel stehen nicht Individuen, sondern sozialreformerische Organisationen und die staatliche Sozialpolitik im Mittelpunkt. Ausgehend von der Beobachtung, dass die in den vorangegangenen Kapiteln vorgestellten Sozialreformer keine Einzelgänger waren, sondern sich in zahlreichen Organisationen engagierten, die zusammen so etwas wie ein Netzwerk privater Sozialreformen bildeten und damit ein bestimmtes Klima für soziale Diskurse schufen, zeigt Lees am Beispiel der „Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen“ und der Nachfolgeorganisation „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ die Geschichte und die Auswirkungen solcher sozialreformerischer Institutionen.

Die städtische sowie die Sozialpolitik auf nationalstaatlicher Ebene bilden den Fokus des zehnten Kapitels, wobei Lees zu dem Schluss kommt, dass man die staatliche Sozialpolitik zwar als Versuch der Regierung und der höheren Beamten, die Arbeiterklasse zu kontrollieren und ihren Einfluss zu beschränken, interpretieren kann, dass dies aber nur eine Seite der Medaille sei. Auf der anderen Seite seien durch die Beteiligung des Reichstages an der Entstehung z.B. der Sozialversicherungsgesetze sowie durch die Einbeziehung organisierter Arbeiter in die Verwaltung der Krankenversicherung sowohl der Parlamentarismus als auch die Sozialdemokratie gestärkt worden: „Moreover, the overall coverage provided by these programs

enabled growing numbers of insured persons to avoid the civic disabilities entailed by acceptance of poor relief, further contributing to popular emancipation“ (388).

Ähnliches gelte für die städtische Sozialpolitik: „Finally, although some scholars have argued that urban social workers sought to impose new forms of social control on the lower classes, the record of reform in German cities suggests on the whole a genuine flowering of socially conscious liberalism“ (388).

Im Schlussteil liefert Lees eine Zusammenfassung seiner Argumente und zieht daraus weitergehende Folgerungen, die sich hauptsächlich auf die Auseinandersetzungen über die Rolle und die Leistungen des Wilhelmischen Bürgertums beziehen. Die vielen freiwilligen Helfer im Bereich der Sozialarbeit, der Volksbildung, der Armenfürsorge etc. zeigen nach Lees, dass auch im kaiserlichen Deutschland die bürgerliche Gesellschaft maßgeblich wirksam war. Wenn auch auf nationaler Politikenebene der politische Einfluss des Bürgertums gering gewesen sei, habe es dennoch eine beträchtliche Reihe von Erfolgen im ökonomischen und sozialen Bereich vorzuweisen. Besonders in den Städten hätten sich bürgerliche Werte in Form von Rechtsstaatlichkeit, von gewählten Stadtparlamenten und eben auch in Form der freiwilligen Aktivitäten im Bereich des Sozialen durchgesetzt. Die bürgerlichen Sozialreformer seien also keineswegs antimoderne Bremsen auf einem deutschen Sonderweg gewesen, so dass sich auf diesem Feld eher Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und dem Westen als Unterschiede zeigten.

In diesem Zusammenhang widmet sich Lees auch der hauptsächlich von Detlev Peukert im Anschluss an Adorno/Horkheimer vertretenen These, dass die besondere Akzentuierung der dunklen Seite der rationalen Moderne ein Kennzeichen des Nationalsozialismus gewesen sei. Lees unterschätzt keineswegs das Janusgesicht der Moderne, kommt jedoch vor dem Hintergrund seiner Analy-

sen zu dem Fazit, dass diese Interpretation differenzierter formuliert werden müsse: „The view advance here is nonetheless that such tendencies were still held in check among many members of the German Bürgertum by a humanistic insistence on the need to defend individual autonomy and dignity“ (405).

Matthias Weipert, Siegen



2003. 133 Seiten mit 1 Farb- und 92 s/w-Abbildungen auf 48 Tafeln
Geb. € 38,- / sFr 60,80.
ISBN 3-515-08344-8
(Forschungen zur Geschichte und Kultur des östlichen Mitteleuropa, Band 18)

Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V., Leipzig

Wojciech Batus

Krakau zwischen Traditionen und Wegen in die Moderne

Zur Geschichte der Architektur und der öffentlichen Grünanlagen im 19. Jahrhundert

Krakau gehört zu den schönsten und wichtigsten Städten Ostmitteleuropas. Seine Geschichte im 19. Jahrhunderts ist besonders interessant. Einerseits lag die Stadt in Österreich, andererseits galt sie für die polnische Nation als „geistige Hauptstadt“. Das Buch befaßt sich mit Architektur und Parkanlagen im Krakau des 19. Jahrhunderts. Im architekturhistorischen Teil des Buches wird gezeigt, daß die Idee der „geistigen Hauptstadt“ nicht vornehmlich als Grund für die Suche nach einem Nationalstil verwandt war, sondern vielmehr als Anstoß, die Architektur als Ausdruck der städtischen Identität zu benutzen. Der Druck der großen Vergangenheit war so mächtig, daß vielen neuentworfenen Gebäuden die Aufgabe gestellt wurde, die traditionelle Krakauer Atmosphäre zu bewahren. Neue Strömungen in der Kunst und Kultur kamen zum Vorschein in den Krakauer Parkanlagen, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts angelegt wurden. Aber auch in diesen modernen Werken haben sich die Tendenzen zur Modernität mit dem Kultus der nationalen Geschichte verschmolzen.

AUS DEM INHALT

Geschichte und städtebauliche Entwicklung Krakaus 1796-1918 im Überblick → Die Krakauer Architektur auf der Suche nach der städtischen Identität → Die öffentlichen Grünanlagen in Krakau: zwischen städtischer Identität und Wegen zur Modernität

Franz Steiner Verlag

Geschichte



Postfach 101061, 70009 Stuttgart
www.steiner-verlag.de
service@steiner-verlag.de